



Suchergebnisse: Stände

2 – Die älteste nachweisbare Aufzeichnung über die Bierzubereitung

An den Ufern des Euphrat und Tigris * Die älteste nachweisbare Aufzeichnung über die Bierzubereitung stammt von den Ufern des Euphrat und Tigris. Es ist eine kleine Tontafel mit in Keilschrift eingedrückten Darstellungen, die das Enthüllen des „Emmers“ für die Bierzubereitung und ein Tier- und Bieropfer zeigen. Ohne freilich die Zusammenhänge zu verstehen, entdeckten die „Sumerer“ nicht nur den Gärprozess am zum Ruhen gestellten Brotteig, sondern verstanden es darüber hinaus auch noch, diesen Vorgang beliebig oft zu wiederholen.

800 – Ein Vorgängerbau der Georgskirche vermutet

Bogenhausen * Ein Vorgängerbau der Georgskirche muss hier gestanden haben. Es sind zwar keine Bauteile einer romanischen Kirche bekannt, dennoch dürfte dieser Kirchenbau ein im Grundriss langrechteckiges Langhaus mit flacher Holzdecke gewesen sein, dem sich ein eingezogener rechteckiger und eingewölbter Altarraum anschloss. Aber, alles Spekulation.

März 1096 – Die ersten Kreuzfahrer-Kontingente machen sich auf den Weg

Frankreich * Von einer Woge populärer Begeisterung getragen, machen sich - gegen dem Wunsch des Papstes - die ersten Kreuzfahrer-Kontingente auf den Weg. Die meisten dieser Kreuzzugs-Pilger entstammen dem einfachen Sozialmilieu des Bauernstandes und der Städte. Viele von ihnen verkaufen ihre geringe Habe, um die Reise nicht völlig ohne Barschaft antreten zu müssen. Wegen des dadurch entstandenen Überangebots fallen die Preise dramatisch, sodass sich der Verkauf oft kaum mehr lohnt. Andere lassen einfach alles liegen und stehen und schließen sich einem Pilgerzug in den Nahen Osten an. In den nächsten sechs Jahren folgen etwa 130.000 Frauen und Männer ihrem Beispiel. Aus dem Stand des Adels und der Ritter kommen kaum zehn Prozent der Kreuzfahrer. Allerdings übernimmt diese Gruppierung die Führerschaft und - neben den sie begleitenden Priestern - die Verantwortung für die nachfolgend beschriebenen Judenpogrome. Nach den Beweggründen für die Teilnahme an den Kreuzzügen zu suchen ist müßig. Sie sind nicht rational sondern ideologisch begründet. Die meisten, die den Aufrufen der Päpste folgen, bereuen später ihr - in einer durch Predigt und Propaganda bewusst ausgelösten Atmosphäre religiöser Hysterie -



abgelegtes Gelübde. Die meisten dieser am sogenannten „Vor-Kreuzzug“ beteiligten Pilger kommen nicht weiter als bis zum Balkan. Besteht für die Kirche die Rechtfertigung für den „ersten Kreuzzug“ in der Besetzung Jerusalems durch die Muslime, so entfesselt die Kreuzzugsbewegung aber auch gewalttätige Emotionen in eine andere Richtung. Viele der christlichen Kreuzfahrer nehmen, bevor sie sich überhaupt ins „Heilige Land“ aufmachen, erst einmal Rache an den Juden, die - nach ihrer Auffassung - für die „Kreuzigung des Heilands“ verantwortlich sind. Die aus einfachsten Verhältnissen stammenden Kriegsteilnehmer haben bis dahin ein sehr bescheidenes Dasein gefristet und setzen nun als „Wagemutige“ ihre Existenz aufs Spiel. Und dass etliche Juden durch ihre Geschäfte reich geworden sind, steht im krassen Gegensatz zur kirchlichen Doktrin, wonach die Juden als Strafe und Zeugnis für den ihnen zur Last gelegten „Gottesmord“ sichtbar in „Knechtschaft unter den Christen“ leben sollen - und nicht umgekehrt. Da die Kreuzfahrer ihr gegen die Muslime gerichtetes Feindbild und die damit verbundenen Aggressionen problemlos auch gegen die Juden anwenden können, entsteht eines der dunkelsten Kapitel in der eh schon so grausamen Kreuzzugs-Geschichte.

1140 – Das umfangreiche Imperium der Tempel-Ordensritter

Paris * Die Templer besitzen ausgedehnte Ländereien in Frankreich, England, Schottland, Spanien, Portugal, Flandern, Italien, im Deutschen Reich, Ungarn und in der Levante. Geschenkt wird ihnen vor allem für die Ablösung von Sünden sowie das Seelenheil des Spenders und seiner Angehörigen. Durch Tausch, Verkauf und Erwerb optimieren die Templer die Ertragslage ihrer Schenkungen zu wirtschaftlich lukrativen Gebilden. Da ihre Besitzungen hohe Renditen erwirtschaften, fließen dem Ritterorden daraus reichliches Einkommen zu. Viele ihrer landwirtschaftlichen Gründe haben sie verpachtet. Nur wenn sich die Ertragslage der Böden wirklich rentiert, dann bearbeiten sie diese auch in Eigenbewirtschaftung. Dafür holen sie sich eigens qualifizierte Spezialisten. In Spanien und auf den Balearen beschäftigen die Tempelherren dafür sogar geschickte Muslime. Durch ihren Kontakt zur jüdischen und islamischen Welt sind die Tempelherren recht weltoffen und für neue Wissenschaften und Ideen empfänglich geworden. Der Orden besitzt die fortschrittlichste Technologie der Zeit: im Bereich der Landwirtschaft, des Vermessungswesens, des Straßenbaus und der Schifffahrt. Die Templer veranlassen die Bewässerung des Rio-Cinca-Tales in Aragón, den Bau eines Mühlensystems an der Aude und die Einführung des vierjährigen Fruchtwechsels in der Normandie. Mit Mühlen lässt sich ebenso viel Geld verdienen wie mit dem Weinanbau in Portugal. Der Wein wird bis nach England verkauft. Auch die Templer-Schiffe bringen einen erheblichen Gewinn. Den Ordensrittern gehören eigene Häfen, Werften und Schiffe. Sie sind die



Ersten in Europa, die mit einem Magnetkompass ausgestattet sind. Selbst die der europäischen weit überlegene arabische Medizin ist den Templern nicht fremd. In den Krankenhäusern des Ordens kommen moderne Prinzipien wie Hygiene und Sauberkeit zum Tragen und sogar das Wissen um die antibiotische Wirkung von bestimmten Pilzen ist vorhanden. Die Tempelherren sind also keineswegs reine Haudraufs. Neben ihren kriegerischen, politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten betreiben sie auch noch Geldgeschäfte. Sie sind die einzigen Christen, die aufgrund eines weiteren päpstlichen Privilegs Geld gegen Zinsen verleihen dürfen. Dadurch können sie einen gewaltigen Reichtum anhäufen. Und da, um seine Wertgegenstände aufzubewahren, nichts so sicher und unverletzlich ist wie ein gottgeweihtes Haus und nichts mehr Vertrauen erweckt als die Templer-Burgen, die von hohen Mauern geschützt, von Ritter-Mönchen verteidigt vor jedem Angriff sicher scheinen, dienen diese bald als Tresore für Kostbarkeiten von weltlichen und geistlichen Herren. Sie werden zu Depots für Wertgegenstände, Schmuck und Geld, die den Grundstock des immer noch gesuchten Tempelerschatzes bilden. Die Templer verwalten die Depots ihrer Kunden, die damit über ein laufendes Konto verfügen. Sie können Geld abheben, Zahlungen durch einen simplen Brief an den Schatzmeister entrichten und erhalten darüber hinaus drei Mal jährlich einen Kontoauszug zugeschickt. Zu jedem trogähnlichen Geldschrank gibt es, ähnlich wie bei den heutigen Bankschließfächern, zwei verschiedene Schlüssel. Je einen für den Hüter der kirchlichen Kostbarkeiten und dem Depotinhaber. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Depots der Templer absolut sicher, da geldgierige Herrscher nur ganz selten ihre Finger nach ihnen ausstrecken. So können sich die Niederlassungen der Templer in Europa und im Nahen Osten zu Zentren des Finanzwesens entwickeln und das Pariser Ordenshaus, der Temple, zum europäischen Finanzzentrum. Der König von Frankreich vertraut beispielsweise im 13. Jahrhundert seine Kronjuwelen der Obhut der Pariser Templer an. Die Finanzspezialisten der Tempelherren führen bald fortschrittliche Techniken im Kreditwesen und in der Buchführung ein. Sie entwickeln den bargeldlosen Zahlungsverkehr und führen den Wechselbrief und den Scheck in Europa ein. Wer also in einem Ordenshaus eine Summe einzahlt, kann sie nach Vorlage der Kassenanweisung in einer weit entfernten Komturei wieder in Empfang nehmen. Der Orden kassiert dafür lediglich Gebühren und verdient an den Zinsen. Doch wird dadurch der risikoreiche Transfer von Münzgeld fast völlig entbehrlich. Neben der einfachen Vermögensverwaltung für Dritte betreibt der Templer-Orden auch Geldleihe, wodurch er die eigenen Gelder und die ihnen durch Dritte anvertrauten Einlagen arbeiten lässt. Alle Klöster und Konvente fungieren deshalb als Leihkasse. An Bauern verleihen die Templer kleinere Summen, damit diese einen Engpass überbrücken können, Kaufleuten geben sie größere Kredite. Als Sicherheit ziehen sie Grundbesitz heran. Gibt es bei der Rückzahlung des Kredits Probleme, dann halten sie sich an den Ländereien des Schuldners schadlos. Zwar passen die Finanzaktivitäten des Templer-Ordens nicht zu ihrer religiösen Berufung, es ist aber die allgemein den Ritterorden aufgetragene Mission, die sie auch



in diesem Bereich tätig werden lassen. Auch die Johanniter, der Deutsche Orden und selbst die traditionellen Mönchsorden betätigen sich ähnlich, allerdings auf einer wesentlich niedrigeren Stufe. Um im Orient überleben zu können, muss der Templer-Orden über umfangreiche Finanzmittel verfügen und all seine Einkünfte weitestgehend in Geld verwandeln. Sie kaufen dazu auf Märkten und Messen möglichst viele Rechte und Monopole, die ihnen wiederum Einnahmen sichern. So wird zum Beispiel das ausschließliche Wiegerecht, das der Orden vom Grafen der Champagne erwirbt, sehr zu Ungunsten der dort ansässigen Bürger vereinnahmt. Von dem eingenommenen und erwirtschafteten Verdienst gehen anfangs ein Drittel an die Häuser im Orient. Später werden die Abgaben auf ein Zehntel reduziert. Aus abendländischer Sicht entsteht immer wieder der Eindruck, als hätten die Männer und Frauen aus dem Westen die Kultur in den Nahen Osten gebracht. Genau das Gegenteil ist richtig. Die arabischen Reiche sind den Christen nicht nur militärisch, sondern auch in ihrer Kultur weit überlegen. Dort im Osten ist das geistige Erbe der Griechen und Römer bewahrt und weiterentwickelt worden. Geniale Mathematiker und Astronomen sowie geschickte Kaufleute kommen von dort her. Die Araber haben ein Zahlensystem entwickelt: die arabischen Ziffern, die wir heute noch verwenden. Eine der wesentlichen Neuerungen besteht darin, dass es für „nichts“ ein eigenes Zeichen gibt: die Null. Diese macht das Multiplizieren und das Bruchrechnen viel einfacher und erlaubt die einprägsame Darstellung des Dezimalsystems. Und genau dieses System lernen die Christen, allen voran die Tempelherren, zur Zeit der Kreuzzüge kennen. Die arabischen Ziffern ersetzen die bisher üblichen römischen. Da die Kaufleute nun einfacher rechnen können, rechnen sie auch besser und erhalten damit ein genaueres Bild über den Verlauf ihrer Geschäfte.

Oktober 1147 – Französische und deutsche Heere erreichen Konstantinopel

Naher Osten * Die zwei in den Orient ziehenden Hauptheere bilden die unter der Führung ihres Königs Ludwig VII. stehenden Franzosen und den Deutschen unter dem „Stauferkönig“ Konrad III.. Beide Heere ziehen in engen räumlichen und zeitlichen Abständen durch Europa und erreichen Konstantinopel. Weitere Kreuzfahrer aus den verschiedensten europäischen Regionen kommen per Schiff ins Heilige Land. Sie alle haben nur ein Ziel: die Rückeroberung von Edessa.

Doch der Zweite Kreuzzug wird sich als völliger Fehlschlag erweisen und in einem demoralisierenden Rückzug enden. Der Kriegsverlauf ließ die Kreuzfahrer resignieren. Erst die Tempel-Ritter stellen die Disziplin wieder her. Dennoch geben die Glaubenskrieger ihr ursprünglich gefasstes Ziel, die Eroberung Edessas, wieder auf und greifen stattdessen Damaskus an.

1180 – Die erste Isarbrücke



München * Eine Münchner Brücke über die Isar ist vorhanden. Ob sie noch im Auftrag des Welfenherzogs Heinrich oder bereits vom Freisinger Bischof Albert gebaut wurde, ist unklar. Der Verlauf der Salzstraße findet sich heute in der Einstein- und in der Fortsetzung in der Inneren-Wiener-Straße wieder. Beim später entstandenen Leprosenhaus führt sie über den Streckenabschnitt Am Gasteig [= gacher Steig = steiler Weg] mit einem starken Gefälle hinunter zur Isar, die durch mehrere Inseln in viele Flussläufe geteilt ist.

1202 – Die Seelhäuser haben ihren Ursprung in der Armenbewegung

München-Graggenau * Die Münchner Seelhäuser mit ihren kleinen Gemeinschaften der Seelnonnen haben ihren Ursprung in der Armenbewegung und der religiösen Frauenbewegung des Spätmittelalters. Sie stehen damit in Beziehung zu der weite Teile Europas erfassenden Beginenbewegung. In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts hat sich die Lebensform der weiblichen Beginen und der männlichen Begarden rasch in Flandern, Brabant, den nördlichen Niederlanden, in Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz ausgebreitet. In einem Bericht aus dem Jahr 1241 heißt es dazu: „Die Anzahl gewisser Frauen, die das Volk Beginen nennt, mehret sich, vor allem in Deutschland, bis zu Tausenden und Abertausenden in unglaublicher Weise; sie geloben und beobachten die Keuschheit und fristen von ihrer Hände Arbeit ein Leben der Zurückgezogenheit“. Die frühesten zeitgenössischen Berichte über Beginengemeinschaften verweisen auf das Herzogtum Brabant, auf die Diözese Lüttich. Als älteste nachweisbare Niederlassung gilt das Beginenhaus von Tirlemont in Brabant. Es besteht bereits vor dem Jahr 1202. In die ersten Jahrzehnte des 13. Jahrhunderts fallen die Entstehung der brabantischen Beginensiedlungen von Nivelles [1220] und Herentals [1226] sowie der große Beginenhof von Löwen [1232]. In der Grafschaft Flandern entstehen die Beginenhöfe in Gent [1234], Kortrijk [1238] und Brügge [1245]. Die Hochburgen der Beginen im deutschen Sprachraum sind Großstädte und Bischofssitze wie Köln, Straßburg, Mainz, Basel, Worms, Trier und Würzburg, die als soziale, wirtschaftliche und geistige Zentren günstige Voraussetzungen für das Entstehen von Beginengemeinschaften bieten. Schon für das Jahr 1211 - oder kurz danach - ist der Ursprung eines Beginenkonvents in Nürnberg bekannt, aus dem später das Dominikanerinnenkloster Engental hervorgeht. Der erste Beginenhof in Ulm, die Sammlung, wird kurz nach dem im Jahr 1229 entstandenen Franziskanerkloster gegründet. Für 1241 sind Beginen in Nördlingen, 1243 in Dillingen belegt. Anno 1242 wird eine „femina religiosa“ in Frankfurt, 1244 eine „sorores conversae“ in Straßburg genannt. Gegen Ende des 13. Jahrhunderts entstehen auch in München mehrere Seelhäuser als Stiftungen wohlhabender Bürger.



11. März 1209 – München wird als „burgus“ bezeichnet

München * In einer Urkunde wird München als „burgus“ bezeichnet. Darunter wird eine neugegründete Siedlung verstanden, die nicht unbedingt befestigt oder ummauert ist.

1311 – Eine Walkmühle, ein Loder-Ram und ein Lohstampf

München-Lehel * Eine Walkmühle zur Tuchbereitung sowie ein Loder-Ram, ein Eisenrahmen, auf dem das Tuch gespannt wird, sind im später so genannten Lehel entstanden. Auch die Lederer betreiben hier ihren Lohstampf.

5. Juni 1311 – Die Ottonische Handfeste gibt den Ständen neue Privilegien

Landshut * Herzog Otto III. von Niederbayern gewährt in der Ottonischen Handfeste den Niederbayerischen Ständen Privilegien und Rechte gegen die Leistung einer einmaligen Steuer. Der Adel, der Klerus sowie die Städte und Märkte erhalten dadurch für ihre Besitzungen die Niedere Gerichtsbarkeit.

18. März 1314 – Jacques de Molay und Geoffroy de Charnay werden verbrannt

Avignon - Paris * Die Verfügungsgewalt über die höchsten Würdenträger des Templer-Ordens hat sich der Papst vorbehalten. Sie werden von einem Kardinalskollegium zu lebenslanger Haft verurteilt. Zwei von ihnen, der Großmeister Jacques de Molay und der Praeceptor der Normandie, Geoffroy de Charnay, pochen auf ihre Unschuld und lehnen das Urteil ab. Jacques de Molay und Geoffroy de Charnay werden - ohne Rücksicht auf den Papst - noch am gleichen Tag auf der Ile de la Cité in Paris verbrannt. Der letzte Templer-Großmeister soll den Papst und den König noch auf dem Scheiterhaufen verflucht haben, weshalb Clemens V. später „der verfluchte Papst“ genannt wird. Der Templer-Prozess ist bis heute einer der ganz großen Justizskandale geblieben. Dem Templer-Orden wurde bis zum heutigen Tage keine Genugtuung erteilt. Das Hauptziel der Verfolgung der Tempelherren durch König Philipp „den Schönen“, sich das bewegliche Vermögen des Ritterordens anzueignen, war allerdings gescheitert. Der sagenhafte Schatz der Templer wird nie gefunden, sein Verbleib nie geklärt. Das bildet wiederum die Grundlage für eine Vielzahl von Spekulationen. Und kein Orden bot so viel Anlass zu



Spekulationen wie der der Templer. Durch ihr Engagement im Heiligen Land kamen die Tempelritter mit Traditionen der jüdischen Welt, des Islam und nicht zuletzt der Antike in Berührung, die ihren mittelalterlichen Horizont enorm erweiterten. Ihre beachtlichen Erfolge auf technischem und finanziellem Gebiet lassen sich darauf zurückführen. Sie entwickelten ein eigenes Weltbild, das höchstwahrscheinlich als Fernziel die Vereinigung der monotheistischen Religionen anstrebte. Gleichzeitig musste der Ritter-Orden erkennen, dass sein neu erworbenes Wissen für das abergläubische mittelalterliche Europa noch nicht nachvollziehbar war und deshalb Schwierigkeiten heraufbeschwören musste. So wurde vieles geheim gehalten, und aus diesen Geheimnissen entstanden sowohl die „Arroganz der Wissenden“ als auch viele Legenden.

4. Mai 1315 – Die Freiong des Münchner Marktplatzes wird verbrieft

München * Die Freiong des Münchner Marktplatzes wird von König Ludwig IV. dem Bayern verbrieft. Der „Gunstbrie“ bezieht sich nur auf den Marktplatz. Eine generelle Regelung für alle Bausachen erhält die Stadt erst am 8. Mai 1342. Die Freiong bedeutet, dass die Stadt das alleinige Recht in Bauangelegenheiten auf diesem Platz hat, und dass die Kommune das Nuteigentum der Immobilie Marktplatz besitzt. Damit kann die zunehmende Verengung des Areals gestoppt werden. Die ersten Betroffenen sind die Metzger, die ihre Fleischbänke vor das Talburgtor [= Alter Rathausturm] verlegen müssen. Dabei spielten hauptsächlich die unhaltbaren hygienischen Zustände eine Rolle.

1. Mai 1316 – Ludwig der Bayer erlässt für die Siechen am Gasteig eine Hausordnung

Haidhausen * König Ludwig der Bayer erlässt für die Siechen am Gasteig eine Hausordnung. Die Ordnung enthält unter anderem eine Vorschrift, wonach „aus der ganzen Versammlung der siechen Menschen“ ein Hausmeister und eine Hausmeisterin benennen sind, die auf die Einhaltung der Hausordnung zu achten haben. Die Spital-Insassen müssen ihnen Gehorsam leisten. Übertretungen einzelner Bestimmungen haben zum Teil sehr empfindliche Strafen für die Kranken zur Folge. Disziplinierungsmittel sind vorgesehen. Sie reichen von Geldstrafen bis zu Fasten bei Wasser und Brot, dem Essen auf dem Stubenboden, der Verrichtung von vorgeschriebenen Gebeten - kniend auf dem Stubenboden - in Anwesenheit der anderen Spitalinsassen. Selbst Strafen in der Kche, dem Kerker, bei Wasser und Brot, sind unter bestimmten Umständen möglich. Mit vier Stunden nehmen die religiösen Übungen und Gebete den größten Teil des Tages ein. Die Arbeitszeiten zugunsten des



Leprosenheime werden auf dreieinhalb Stunden pro Tag begrenzt. Commissionäre überwachen die Arbeit im Siechen-Spital. Mittelalterliche Spendentätigkeit hat sehr viel mit dem Seelenheil des Geldgebers zu tun. Je größer deren Spendierfreudigkeit ausfällt, desto länger sind die Gebete der Almosenempfänger und desto schneller kommen die Reichen dem „Paradies“ ein Stückchen näher. Das Leprosenhaus ist vornehmlich für Münchner Bürger und die in der Stadt Dienenden bestimmt. Nur sie erhalten hier unentgeltliche Aufnahme und Verpflegung. Für die „Auswärtigen Siechen“ müssen die zuständigen Landgerichte die anfallenden Kosten übernehmen.

1318 – Das Speditionswesen ist durch die Rott organisiert

Mittenwald * Das Speditionswesen ist in Mittenwald durch den Verein der bürgerlichen Fuhrleute, der sogenannten Rott, organisiert. Die „Strata inferior“, die Untere Straße, die über den Brenner durch die Grafschaft Werdenfels führt, ist eine der Haupttransitstrecken. Zahlreiche Ortschaften entlang dieses Verkehrsweges verdanken ihren Aufschwung diesem spätmittelalterlichen Handel und Verkehr. Neben den Städten Bozen, Meran, Innsbruck oder Schongau, sind dies in der Grafschaft Werdenfels Mittenwald und Partenkirchen. Für diesen Handel bildet sich ein Frachtwesen heraus, das unter dem Namen Rottfuhrwesen bekannt ist. Und so ist die Rott organisiert: An der Handelsstraße werden in Tagesabständen [20 bis 30 Kilometer] Rottstationen [= Niederlagen] errichtet. Den Rottfuhrleuten dieser Stationen steht das alleinige und ausschließliche Recht zu, Rottgüter gegen Niederlagegeld und Fuhrlohn von ihrer Station zur nächsten zu befördern. Außerdem wird bereits von einem regen Floßverkehr auf der ab Mittenwald floßbaren Isar berichtet.

28. September 1322 – Die Schlacht bei Mühldorf erzwingt die Entscheidung

Erharting * Ludwig der Baier und Friedrich der Schöne treffen mit jeweils Tausenden Kämpfern im Nordosten von Mühldorf aufeinander. Sie standen sich in über sieben Jahren sechs Mal gegenüber, wichen aber einer militärischen Auseinandersetzung immer wieder aus. Doch jetzt wollen die feindlichen Parteien endlich eine Entscheidung erzwingen. Die kriegerische Auseinandersetzung gilt als die letzte große Ritterschlacht auf deutschem Boden. Das Gefecht zieht sich über mehrere Stunden hin und fordert eine Unzahl von Toten. Der Thronkampf endet mit einem Sieg des taktisch klüger agierenden Königs Ludwig des Baiern. König Friedrich der Schöne wird gefangen genommen und auf die Burg Trausnitz bei Nabburg in der Oberpfalz gebracht. Das Kampffeld lag westlich der Gemeinde Erharting. Die



Kriegshandlung ging aber als Schlacht bei Mühldorf beziehungsweise als Schlacht bei Ampfing in die Geschichte ein.

1333 – Die Bleichen sind im später so genannten Lehel entstanden

München-Lehel * Die Bleichen, in der die Färber ihre Tücher zum Trocknen und Bleichen auslegen können, sind im später so genannten Lehel entstanden.

28. Januar 1342 – Ludwig der Brandenburger erlässt den Großen Tiroler Freiheitsbrief

Tirol * Herzog Ludwig der Brandenburger, der älteste Sohn Kaiser Ludwigs des Bayern und künftiger Ehegatte der Gräfin Margarete von Tirol, erlässt den Großen Tiroler Freiheitsbrief. Darin bestätigt er den Tirolern die Rechte des Landes und verspricht ihnen, keine Steuern ohne Zustimmung der Landstände zu erheben, sowie die Regierung nur nach Rücksprache mit den Landständen zu führen. Außerdem darf er keine Ausländer - auch keine Bayern - in Dienst nehmen und Margarete nicht außer Land bringen.

1361 – Die ältesten Kleiderordnungen in Altbayern kommen aus Landshut

Landshut * Die sowohl ältesten als auch einzigen Kleiderordnungen in Altbayern, die nicht vom Fürsten, sondern vom Rat der Stadt erlassen wurden, enthält das Landshuter Stadtbuch. Obwohl Landshut in dieser Zeit in besonderer wirtschaftlicher Blüte steht, will der Rat der Stadt, dass sich die Bürgerin bescheidener kleidet. Den Landshuter Frauen ist verboten, Perlen, Samt, Gold, Goldstoffe und Hermelin zu tragen. Nur den Reichen ist eine Goldborte von der Breite eines kleinen Fingers um den Busen und am Mantel erlaubt. Bis auf wenige Knöpfe ist den Frauen jeglicher Silberschmuck an den Kleidern verboten. Es war eine reine Luxusbeschränkung, die noch kaum eine standesgemäße Trennung vorsieht. Es entsteht eher der Eindruck, dass diese Verordnung nur deshalb erlassen wurde, um den Ehemännern und Vätern den Kostenaufwand für die Einkleidung ihrer Frauen, Töchter und Söhne zu begrenzen. Neben Kleidervorschriften befasst sich die Verordnung auch Fragen der Bewirtung der Gäste bei Hochzeiten sowie der Anwesenheit von Frauen am Wochenbett und Geschenke für das Taufkind und die Mutter.



1371 – „Der Stern“ beherbergt Münchens erstes erwähntes Bordell

München-Kreuzviertel * Eine Frau Aerdingerin verkauft ihre Häuser mit dem Hausnamen „Venediger“ und „Der Stern“, die beide „in unserer Frauen-Pfarrei an der Ringmauer, bei unserer Herren Thor [= Schwabinger Tor] gelegen“ waren. Die Häuser standen entweder auf dem Gebiet der heutigen Theatinerkirche oder am Salvatorplatz. Im Haus „Venedig“ ist vermutlich ein ehemaliges Hospiz für Venedig-Fahrer untergebracht; der „Stern“ beherbergt Münchens erstes erwähntes Bordell, das als Privatunternehmen geleitet wird.

20. September 1378 – Zwei Päpste konkurrieren untereinander

Fondi * Die protestierenden Kardinäle verlassen den päpstlichen Hof, schließen sich mit den Franzosen zusammen und wählen in Fondi Robert von Genf zum Papst Clemens VII.. Damit ist das Schisma besiegelt: Zwei Päpste konkurrieren um den Anspruch, der „wahre Inhaber der kirchlichen Höchstgewalt“ zu sein. Das Abendländische Schisma unterscheidet sich gegenüber früheren Kirchenspaltungen fundamental. Waren es in vergangenen Zeiten meistens Könige und Kaiser, die im Streit mit dem Papst ihnen genehme Gegenpäpste einsetzten, so war die jetzige Trennung aus der Mitte der Kirche entstanden. Außerdem gleicht es einem revolutionärer Akt, dass sich das Kardinalskollegium selbst die Kompetenz zusprach, einen Papst abzusetzen und einen Nachfolger zu wählen. Frankreich, England und Spanien erklären Clemens VII. zum rechtmäßigen Papst. Das deutsche Reich ist uneins, aber Kaiser Carl IV. und sein Nachfolger Wenzel unterstützten Urban VI., ebenso Schottland, Ungarn und weitere Territorien.

1380 – Das Isartor wird nun auch Zolltor genannt

München-Graggenau - München-Angerviertel * Aufgrund seiner Zweckbestimmung als Zollstätte für den Einfuhrzoll wird das Isartor nun auch Zolltor genannt. Das Isartor besteht zunächst nur aus dem vierzig Meter hohen, sechsgeschossigen Turm. Die spitzbogigen Torgewölbe sind gerade so breit, dass ein Planwagen die Durchfahrt passieren kann. Der Zugang zum Turm befindet sich, leicht erhöht, innerhalb der gewölbten Torhalle. Vor dem Tor muss erst der von Bächen bewässerte Stadtgraben überwunden werden. Über die Wasserfläche führen hölzerne Brücken, deren letztes Stück - unmittelbar vor dem Portal - als Zugbrücke hochgeklappt werden kann. Beim Turm des Isartores kann man noch heute sehr gut den ins Mauerwerk eingelassenen Führungsschacht eines Fallgitters erkennen, dessen Einzelstäbe aus jeweils 10 bis 15 Zentimetern starkem Eichenholz bestanden haben.



1381 – Mittenwalder Fuhrleute müssen die Warenniederlage nicht beachten

Mittenwald * Den Mittenwalder Fuhrleuten wird das Recht zugestanden, die in Partenkirchen gesetzlich festgelegte Warenniederlage nicht beachten zu müssen.

31. Mai 1415 – Papst Johannes XXIII. erhält seine Absetzung

Heidelberg - Konstanz * Papst Johannes XXIII. erhält während seiner Gefangenschaft auf Schloss Heidelberg seine vom Konzil in Konstanz ausgesprochene Absetzung. Er erklärt sich mit seinem Rücktritt unter der Bedingung einverstanden, dass auch die beiden anderen Päpste abtreten.

12. Oktober 1435 – Agnes Bernauer wird in Straubing in der Donau ertränkt

Straubing * Agnes Bernauer, die nicht-standesgemäße Frau des späteren Herzogs Albrecht III., wird in Straubing in der Donau ertränkt.

28. Oktober 1437 – Das neue städtische Bordell wird eröffnet

München-Angerviertel * Das neue Stadtbordell wird eröffnet. Es befindet sich in der Mühlgasse am Anger, Ecke Rossmarkt und Blumenstraße. Umgeben ist das Gebäude von einem kleinen Garten. Das Münchner Frauenhaus ist ein zweigeschossiges, äußerlich an ein oberbayerisches Bauernhaus erinnerndes Gebäude mit 32 großen und zwei kleinen Fenstern. In jedem Geschoss ist eine Stube untergebracht, in der die Kontakte zwischen dem Freier und den Prostituierten hergestellt werden. Hier kann aber auch gezecht und vermutlich gespielt werden. Sie sind also ein Ort der Geselligkeit. Um diese Stuben, die als einzige Räume beheizbar sind, gruppieren sich insgesamt zwölf abschließbare Kammern. Diese sind mit je einem Bett bestückt. Sehr wahrscheinlich sind das die einzigen Einrichtungsgegenstände dieser Räume. Das Münchner Frauenhaus "ähnelte demnach eher einem modernen Barbetrieb mit angeschlossenen chambres séparées als einem heutigen Eroscenter. Das Frauenhaus ist nicht weit vom Haus des Scharfrichters entfernt. In dem direkt an das Haus angebauten Gebäude mit dem Aufzuggiebel ist lange Zeit der städtische Schinder, Wasenmeister oder Abdecker untergebracht, der ebenso wie der Henker bis zum Ende des 18. Jahrhunderts als „ehrlos“ gilt und nicht im bürgerlichen Wohnbereich geduldet wird.



1481 – Streit der Bäcker mit den Brauern

München * Ein Ratsprotokoll berichtet erstmals vom Streit der Bäcker mit den Brauern, bei dem es um das Recht der Hefezubereitung geht. Die Brauer lieferten den Bäckern die Hefe. Da diese aber mit der Qualität sowie der Art und Weise wie die Brauer die Hefe lieferten nicht einverstanden waren, gingen sie dazu über, ihre Backhefe selbst herzustellen. Dadurch verlor den Brauern die Hefe, wodurch sie einen großen, vermutlich finanziellen Schaden erlitten.

1484 – Ein früher Entwurf einer Münchner Brauordnung

München * Aus diesen Jahren stammt ein Entwurf einer Münchner Brauordnung. Als Begründung für das Entstehen dieses Entwurfs nennen die Verfasser Missstände im Bräuamt und zahlreiche Beschwerden darüber. Die städtischen Gesetze umfassen die Organisation des Handwerks, die Herstellung des Produkts vom Einkauf der Rohstoffe bis zur Fertigung des Produkts und dessen Vertrieb. Zudem finden sich in diesem ratsherrlichen Entwurf Anweisungen zum Bierpreis und zur Biersorte. Die städtische Obrigkeit tritt eindeutig für die Interessen der Verbraucher ein.

1487 – Herzog Sigmund von Tirol erklärt Venedig den Krieg

Bozen * Herzog Sigmund von Tirol lässt auf dem Bozener Markt 130 venezianische Kaufleute verhaften und erklärt darüber hinaus der Republik Venedig den Krieg. Aus diesem Grund schlagen die venezianischen Händler ihre Kaufstände seither im bischöflich-freisingischen Mittenwald auf.

8. Juli 1506 – Das Primogeniturgesetz legt die Unteilbarkeit Baierns fest

München * Im sogenannten „Primogeniturgesetz“ legt Herzog Albrecht IV. die Unteilbarkeit Baierns fest. Künftig soll nur mehr der erstgeborene Sohn im Baiernland herrschen soll. Für die nachgeborenen Söhne müssen die herzoglichen Familienväter anderswo Einnahmen und Finanzquellen eröffnen. Als sich Baiern während der Gegenreformation nicht nur eindeutig zur katholischen Sache bekennt, sondern auch mit allen Mitteln dafür eintritt, bieten sich zur standesgemäßen Versorgung die kirchlichen Pfründe für eine Sekundogenitur geradezu an. Gleichzeitig kann damit Baierns politischer Einflussbereich erheblich vergrößert werden. Das Ziel der bayerischen Kirchenpolitik ist der zur Kaiserwahl wichtige Kölner Erzbischofsstuhl und - mit



ihm verbunden - möglichst viele Bischofsstühle zwischen Hildesheim und Lüttich, aber auch in Freising und Regensburg.

1526 – Die Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X. erlassen eine „Ordnung der Klaider“

München - Landshut * Von den Herzögen Wilhelm IV. und Ludwig X. wird im wiedervereinigten Baiern erneut eine „Ordnung der Klaider“ mit dem Untertitel „Von Überflüssigkeit der Klaider“ erlassen. Diese mit den Landständen abgestimmte Bekleidungsvorschrift ist sehr umfangreich und ausführlich. Sie teilt die bayerische Bevölkerung in 17 Gruppen ein, was jedoch keine rangmäßige Einstufung bedeutet. So bilden die Frauen und Töchter des Adels, der Patrizier-Geschlechter, der Kaufleute und reichen Bürger sowie der Handwerksmeister jeweils eine eigene Gruppe. Die dem „Hofgesindt“ zugerechneten oberen Beamten wie die fürstlichen Räte und die nicht-adeligen Sekretäre sind mit den Patrizier-Bürgergeschlechtern gleichgestellt. Der ebenfalls zum „Hofgesindt“ gehörende höhere Beamtenstand, wozu die fürstlichen Pfleger, Richter, Kastner, Mautner, Zöllner, Ungelter, Forstmeister, oberste Jäger, Futterschreiber, Küchenschreiber und Mundköche gehören, sind kleidungstechnisch im selben Rang wie die Kaufleute und die reichen Bürger. Der gemeine Bürger ist dem Handwerksgesellen und der Tagelöhner dem Bauern gleichgestellt. Das ergibt insgesamt acht Standesgruppen.

1530 – Der Rat der Stadt ändert die bestehende Bettelordnung

München * Der Rat der Stadt ändert die schon länger bestehende Bettelordnung. Sie verbietet allen Bürgern und Gästen beiderlei Geschlechts das Betteln und gestattet es nur denjenigen, die vom Rat die ausdrückliche Erlaubnis dazu haben. Diese drückt sich eben im Tragen des Bettelzeichens aus. Zur Erteilung der Bettelerlaubnis muss aber zuvor die Bedürftigkeit nachgewiesen werden. Dazu gehört neben der Darlegung des Personenstandes, der Kinderzahl und der Vermögensverhältnisse, die Bestätigung des Beichtvaters, dass der Antragsteller im vergangenen Jahr mindestens einmal gebeichtet und die Absolution erhalten hat. Der Hausbettel ist nach der Bettelordnung strengstens verboten. Hauptsächlich vor den Kirchentüren, nicht aber im Kircheninneren ist das Betteln erlaubt. Missgestaltete, behinderte Bettler müssen ihre „Gebersten“ bedecken, damit schwangere Frauen durch den Anblick nicht Schaden nehmen. Es dürfen auch keine gemalten Bilder, wunderliche Tiere und sonstige Schaustücke gezeigt werden. Lediglich Singen ist ihnen gestattet. Den Schülern ist das Betteln nur dann zu genehmigen, wenn sie in der Schule fleißig



und gehorsam waren und für bettelnde Wöchnerinnen werden gesonderte Zeichen bereitgehalten. Es werden vier Bettelmeister bestellt. Deren Hauptaufgabe ist die gerechte Auswahl der berufsmäßigen Bettler. Halbjährlich müssen sie die Inhaber der Bettelzeichen - gemeinsam mit ihren Kindern - an einem Ort zusammenkommen lassen und prüfen, ob ihre Bedürftigkeit auch weiterhin besteht. Für die Einhaltung der Bettelordnung sind die Bettelknechte verantwortlich. Sie müssen vor ihrem Amtsantritt geloben und schwören, dass sie niemanden bevorzugen oder benachteiligen und dass sie sich nicht bestechen lassen.

23. Juli 1532 – Kaiser Carl V. schließt den Nürnberger Religionsfrieden

Nürnberg * Kaiser Carl V. schließt mit den evangelischen Reichsständen den Nürnberger Religionsfrieden. Gegen Bezahlung einer Türkenhilfe dürfen sie ihre Religion vorläufig frei ausüben.

1553 – Juden ist der Aufenthalt im Herzogtum Baiern verboten

München * Die Vertreibung aller Juden aus dem Herzogtum Baiern wird von den versammelten bayerischen Landständen in der neuen „Landesordnung“ aufgenommen. Die „Landschaft“ besteht aus Vertretern des Klerus mit Grundherrschaft, des Adels sowie der Städte und Märkte mit niederer Gerichtsbarkeit. Weil der Landtag in der Regel nur alle drei Jahre zusammenkommt, ist es für Herzog Albrecht V. die erste Gelegenheit, seinen Erlass zur Vertreibung aller Juden vom 21. Dezember 1551 gesetzlich zu verankern.

1554 – Philipp Apian soll das Herzogtum Baiern kartographisch erfassen

Ingolstadt * Herzog Albrecht V. erteilt Philipp Apian den Auftrag, das Herzogtum Baiern kartographisch zu erfassen. Der Herzog gefällt sich als Förderer der Wissenschaft, weshalb er seinen Ingolstädter Studienkollegen mit diesem Mammutprojekt betraut. Die Karten sollen die 1526 bis 1533 entstandene Bairische Chronik des Johannes Aventinus ergänzen. „Sechs oder schier sieben Summer“, von 1554 bis 1561, reitet Philipp Apian mit seinem Bruder Timotheus und einem Vermessungsgehilfen Ober- und Niederbaiern, die Oberpfalz, das Erzbistum und Hochstift Salzburg und das Bistum Eichstätt und führt Landvermessungen durch. Das zu bearbeitende Gebiet umfasst rund 50.000 Quadratkilometer.



17. Dezember 1554 – Herzog Ernst von Baiern kommt zur Welt

München * Herzog Ernst, der jüngste Sohn Herzog Albrechts V. und dessen Ehefrau Anna von Österreich, wird geboren. Um ihn standesgemäß zu versorgen, wird für ihn seit seiner frühesten Jugend eine kirchliche Laufbahn vorgesehen. Seine theologische und humanistische Ausbildung erhielt er von den Jesuiten in Ingolstadt und Rom. Als Sekundogenitur wird der Kölner Bischofsstuhl ins Auge gefasst.

18. Oktober 1566 – Der Freisinger Bischof gibt seine Resignation bekannt

Freising * Da Herzog Albrecht V. seinen zwölfjährigen Sohn Ernst auf einen Bischofsstuhl unterbringen will, gibt der Freisinger Bischof Moritz von Sandizell seine Resignation zugunsten des Prinzen bekannt. Der schmale Streifen Land der „gefreiten Reichsgrafschaft Ismaning“ ist ein empfindlicher Stachel im Fleisch der Wittelsbacher Besitzungen, das diese mit der Besetzung von Bischofsstühlen durch ihre nachgeborenen Söhne auszugleichen versuchen, um ihren politischen Einflussbereich zu vergrößern und damit die standesgemäße Versorgung ihrer Zweitgeborenen zu erreichen.

1573 – 120 Fässer Einbecker Bier an den Herzogshof nach München geliefert

Einbeck - München * Werden anfangs jährlich vierzig bis fünfzig Fässer Einbecker Bier nach München geliefert, so steigert sich der Bedarf des Herzoghofes und erreicht in den Jahren 1573 und 1574 - mit jeweils einhundertzwanzig Fässern - die Höchstgrenze. Danach sinken die Lieferungen wieder auf dreißig bis fünfzig Fässer pro Jahr ab. Doch die ständig offensichtlicher werdende Finanzmisere schreckt die Hofkammer angesichts des sich anbahnenden Staatsbankrotts auf. Die herzogliche Finanzbehörde stellt daraufhin die Frage, weshalb das Bier für den bayerischen Hof - unter den gegebenen Umständen - noch immer für teures Geld aus Einbeck im hohen deutschen Norden bezogen wird. Immerhin handelt es sich dabei doch um ein „Ketzerbier“ aus dem lutherischen Ausland. Jeder der 600 Hofbediensteten - je nach Rang und Funktion - hat das Recht auf ein bestimmtes Quantum Bier. Die Herrschaften an den besseren Tischen können sogar trinken, soviel sie wollen. Und sie genießen das Freibier derart in vollen Zügen, dass der Herzog immer wieder mit Verboten gegen die „unzimbliche“ und übermäßige Trunkenheit einschreiten muss.



11. März 1578 – Margarete Schiller wird als erste Hexe in München verbrannt

Bozen - München * Die aus Bozen stammende Margarete Schiller wird als erste Hexe in München verbrannt. „Sie hatte in der Folter gestanden eine Unholdin zu sein, Gott geaugnet und dem bösen Feind sich ergeben zu haben, vielmals fleischlich mit ihm verkehrt und auf der Gabel ausgefahren zu sein, viele Menschen durch Zauber ums Leben gebracht, den Bauern das Vieh verzaubert und zuletzt das Wetter, das auf Starnberg und Weilheim niederging gemacht zu haben“. Das war ein typisches Hexengeständnis, das in qualvollen Folterprozeduren erpresst wurde.

4. Oktober 1582 – Umstellung des Kalenders bei den Katholiken

Rom-Vatikan * Papst Gregor XIII. reformiert den auf die Antike zurückgehenden Julianischen Kalender, um damit die Nachtgleichen wieder mit dem Kalender in Übereinstimmung zu bringen. Auf den 4. Oktober soll der 15. Oktober 1582 folgen. Kaiser Rudolph II. fordert daraufhin die Reichsstände auf, den neuen Gregorianischen Kalender einzuführen. Doch während die Katholischen Stände den Kalender annehmen, lehnen ihn die Evangelischen Stände aus konfessionellen Gründen ab. Damit werden im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation zwei Kalender mit unterschiedlicher Tageszählung benutzt, was die Handels- und Rechtsgeschäfte massiv beeinträchtigt. Das bleibt so bis zum 17. Februar 1700 so.

18. April 1583 – Herzog Wilhelm V. den Grundstein für die prachtvolle Michaelskirche

München-Kreuzviertel * Ungeachtet der ungeheueren Schuldenlast und der Widerstände seiner Familie, der Räte und der Münchner Bürgerschaft legt Herzog Wilhelm V. den Grundstein für die prachtvolle Michaelskirche und das palastartige Kloster der Societas Jesu.

10. Januar 1588 – Herzog Wilhelm V. muss dem Landtag Schulden bekannt geben

München * In München findet bis 6. April ein Landtag statt, auf dem Herzog Wilhelm V. den Ständen eine Schuldenlast von 1.992.736 Gulden bekanntgeben muss. Alleine 700.000 Gulden hat der Kölner Krieg verschlungen.

24. März 1591 – Der Alchemist und Goldmacher Marco Bragadino wird verhaftet



München * Der Alchemist und Goldmacher Marco Bragadino wird - auf Betreiben der Landstände und ohne Wissen des Herzogs Wilhelm V. - verhaftet.

1594 – Der Reichstag tagt nur noch im Regensburger Rathaus

Regensburg * Der Reichstag, die Ständevertretung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, tagt bis dahin in unregelmäßigen Abständen in verschiedenen Städten. Seither wird er nur noch im Reichssaal des Regensburger Rathauses abgehalten.

1. Januar 1595 – Herzog Maximilian I. regiert mit seinem Vater

München * Herzog Wilhelm V. überträgt seinem Sohn Maximilian I. die Mitregierung in Form der Stellvertretung. Die Landstände hatten den Herzog aufgrund seiner Verschuldung und der Unordnung in der Hof- und Staatsverwaltung zu diesem Schritt gedrängt. Doch die „Verwirrung im Finanzwesen“ wird durch die Doppelregierung noch schlimmer. Es wird eine Abdankung auf Raten.

18. Januar 1598 – Erzherzog Ferdinand II. bedankt sich für die erteilte Ehedispens

Wien - Rom-Vatikan * Erzherzog Ferdinand II. bedankt sich bei Papst Clemens VIII. für die erteilte Ehedispens mit Herzogin Maria Anna von Baiern. Zuvor waren von protestantischer Seite Angriffe auf das Paar unternommen worden. Beanstandet wurden der beträchtliche Altersunterschied, wobei die 24-jährige Maria Anna lediglich vier Jahre älter als Ferdinand II. war, dann die Hässlichkeit der Braut und schließlich die nahe Verwandtschaft der Geschwisterkinder. [Ferdinands Mutter Erzherzogin Maria war die Schwester von Maria Annas Vater Wilhelm V..] Schon deshalb musste der päpstliche Dispens eingeholt werden.

April 1608 – Auf dem Regensburger Reichstag kommt es zum Eklat

Regensburg * Auf dem Regensburger Reichstag kommt es zum Eklat zwischen Protestanten und Katholiken. Die katholischen Fürsten stellen einen Antrag auf Restitution aller Kirchengüter, die seit 1552 säkularisiert worden sind. Davon betroffen wären rund 500 Klöster und Konvente vor allem in Niedersachsen und Württemberg, die Erzbistümer Bremen und Magdeburg sowie 15 reichsunmittelbare Bistümer in Norddeutschland. Die protestantischen Landesstände verlassen



daraufhin den Reichstag. Das Restitutionsedikt wird erst 1629 beschlossen.

14. Mai 1608 – Die protestantischen Stände gründen die Union

Auhausen * Aufgrund der Donauwörther Ereignisse und zunehmender Spannungen mit den Katholiken gründen protestantische Reichsstände in Auhausen an der Wörnitz im Fürstentum Ansbach die Union, ein Defensivbündnis. Durch den Beitritt weiterer Stände wächst die Zahl der Mitglieder auf insgesamt acht Fürsten, den Grafen von Oettingen und 17 Städte an. Christian I. von Anhalt-Bernburg übernimmt das Direktorium der Union, die er durch Bündnisse mit England, den Niederlanden und Schweden außenpolitisch absichert.

9. Juli 1609 – Kaiser Rudolf II. stellt den Majestätsbrief aus

Prag * Kaiser Rudolf II. und zugleich König von Böhmen stellt den sogenannten Majestätsbrief aus. Er gewährt den evangelischen Landständen des Königreichs Böhmen besondere Privilegien zu. Der Majestätsbrief beinhaltet das Recht der Stände den König zu wählen, er erlaubt den Protestanten den Bau von Kirchen und Schulen in den Städten und auf dem Land, er beendet die gegenreformatorischen Bestrebungen der katholischen Adeligen, indem er die gewaltsame Bekehrung der Untertanen verbietet, und er überträgt den Protestanten die bis dahin angeeigneten Kirchengüter.

10. Juli 1609 – In München gründen katholische Fürsten die Liga

München * In München gründen katholische Fürsten die Liga, die zunächst nur ein Bündnis oberdeutscher katholischer Reichsstände darstellt. Baierns Herzog Maximilian I. wird ihr Bundesoberst.

23. Mai 1611 – Die Böhmisches Stände krönen Matthias zum Böhmisches König

Prag * Die Böhmisches Stände krönen Kaiser Rudolfs II. Bruder Matthias zum Böhmisches König, nachdem er die im Majestätsbrief gegebenen Bestimmungen zugesagt hat.

19. Januar 1612 – Der Ausbau der Münchner Stadtbefestigung wird abgelehnt



München * Wegen zu erwartender kriegerischer Auseinandersetzungen mit der protestantischen Union fordert Herzog Maximilian I. erneut den Aus- und Umbau der Münchner Stadtbefestigung. Er argumentiert zusätzlich mit der Möglichkeit einer Erweiterung des ummauerten Stadtgebiets. Doch auch die Landstände versagen ihre Zustimmung aus finanziellen Gründen.

20. Januar 1612 – Kaiser Rudolf II. stirbt in Prag

Prag * Kaiser Rudolf II. stirbt in Prag. Sein Bruder Matthias wird daraufhin Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Entgegen seinem Versprechen hält er sich jedoch nicht an die den Böhmisches Ständen gegebenen Zusagen im Majestätsbrief.

29. Juni 1617 – Die böhmischen Landstände wählen Erzherzog Ferdinand zum König

Prag * Aufgrund seines angegriffenen Gesundheitszustandes wählen die böhmischen Landstände Erzherzog Ferdinand - noch zu Lebzeiten von Kaiser und König Matthias - zum designierten König von Böhmen, nachdem auch er die im Majestätsbrief garantierten Freiheiten und Privilegien beieidet. Erzherzog Ferdinand II. wird von den böhmischen Ständen - trotz seines bekanntermaßen kämpferischen Katholizismus - zum König gewählt und im Prager Veitsdom feierlich gekrönt. Doch die an den herzoglichen, königlichen und kaiserlichen Höfen sitzenden und Einfluss habenden Jesuiten wollen - ebenso wie der spanische Hof - die Bestimmungen des Majestätsbriefes rückgängig machen. Sie ersinnen eine Gegenstrategie, in deren Folge zwei protestantische Kirchen abgerissen werden.

März 1618 – Die protestantischen Landstände in Böhmen beschweren sich beim Kaiser

Prag * Die protestantischen Landstände in Böhmen rufen einen Landtag ein, auf dem sie die im Majestätsbrief gewährten Rechte verletzt sehen und beim Kaiser Beschwerde einlegen. Dessen Antwort ist kurz und bündig. Er verbietet weitere Sitzungen des Landtags und setzt damit den Majestätsbrief faktisch außer Kraft.

21. Mai 1618 – Die böhmischen Stände treffen sich trotz Strafandrohung

Prag * Obwohl Kaiser Matthias das Zusammentreten des böhmischen Landtags - bei Strafe - verboten und damit den Majestätsbrief faktisch außer Kraft gesetzt hatte, kommen die



Ständevertreter zur Versammlung.

23. Mai 1618 – Die Delinquenten werden defenestriert und landen auf dem Misthaufen

Prag * Die Ständevertreter begeben sich in das Schloss auf dem Hradschin, um die kaiserlichen Beamten zur Rede zu stellen. Es kommt zu einem heftigen Streit, in dessen Folge die Aufständischen zwei Statthalter Ferdinands samt deren Sekretär aus einem Fenster der Burg werfen. Doch die katholischen Statthalter überleben, was in der katholischen Propaganda umgehend zu einer Engels- und Marienerscheinung und damit zu einem Wunder umgedeutet wird. Weniger pathetische Stimmen sprechen von einem Misthaufen der den Sturz abgemildert hat. Doch auch einen Misthaufen hätten - nach einem freien Fall aus 18 Metern Höhe - drei Ungeübte nicht so leicht überstanden, dass sie hinterher noch in der Lage gewesen wären wegzulaufen. Die Lösung liegt wahrscheinlich an der unter dem Fenster schräg verlaufenden Wand. Durch die kleinen Fenster konnten die Delinquenten nicht mit Schwung „defenestriert“ werden und so nach unten rutschen. Die Ereignisse auf der Prager Burg stilisieren die katholischen Propagandisten zur Staatsaffäre hoch. Der Prager Fenstersturz ist die Initialzündung für den Dreißigjährigen Krieg.

31. Juli 1618 – Die böhmischen Stände erklären sich zur Wahlmonarchie

Prag * Die Böhmisches Konföderation, ein Bündnis der nicht-katholischen Stände, wird in Prag gebildet. Der König als monarchisches Oberhaupt wird weitgehend entmachtet. Die Regierungsgewalt wird in die Hände der Stände gelegt. In der Konföderationsakte erklären die böhmischen Stände sich zur „freien, ständisch verfassten Wahlmonarchie“. Die Stände der Nebenländer Mähren, Schlesien, Ober- und Niederlausitz werden denen Böhmens gleichgestellt. Sie dürfen fortan an der Königswahl teilnehmen. Der Protestantismus wird zur Staatsreligion erklärt.

20. März 1619 – König Ferdinand will in Prag die Regierung antreten

Wien * Matthias, der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, stirbt in Wien. Umgehend, als sei nichts gewesen, teilt König Ferdinand den Böhmisches Ständen in Prag mit, dass er gewillt sei, jetzt die Regierung anzutreten. Im gleichen Brief bestätigt er den böhmischen Landständen alle bisherigen Privilegien und Freiheiten. Doch die Böhmen glauben die Zusagen des Habsburgers nicht mehr und akzeptieren unter den gegebenen Umständen den



als Gegenreformatoren bekannten Erzherzog nicht mehr als ihren König. Als Alternative schlagen sie Jan Smirický, einen schwerreichen böhmischen Adligen zur Wahl vor. Das ist - in dieser stockaristokratischen Welt - nun wirklich revolutionär.

19. August 1619 – Die böhmischen Stände setzen Ferdinand als ihren König ab

Prag * Die böhmischen Stände setzen den Habsburger Ferdinand II. als ihren König ab.

26. August 1619 – Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz wird böhmischer König

Prag * Die aufständischen böhmischen Stände wählen den pfälzischen Kurfürsten Friedrich V. statt des am 19. August abgesetzten Habsburgers Ferdinand II. zu ihren König. Friedrich V. wird als tragischer Winterkönig in die Geschichte eingehen.

29. August 1619 – Kurfürst Friedrich V. erfährt von seiner Königswahl

Amberg * Der in Amberg weilende pfälzische Kurfürst Friedrich V. erfährt erst jetzt, dass er von den böhmischen Ständen am 26. August zum König gewählt worden ist.

4. November 1619 – Friedrich V. wird im Prager Veitsdom zum König gekrönt

Prag * Der pfälzische Kurfürst Friedrich V. wird im Veitsdom in Prag zum König von Böhmen gekrönt. Nach der Krönung nimmt der neue König die Huldigung der Stände entgegen.

1620 – Reform der altbaierischen Franziskaner-Konvente

München - Rom * Die nächste Reform der altbaierischen Franziskaner-Konvente entspringt den kirchenpolitischen Vorstellungen des regierenden Herzogs Maximilian I.. Es geht dem die Gegenreformation tragenden Herrscher um die innere Erneuerung der katholischen Kirche, damit sich diese erfolgreich gegenüber der lutherischen Reformation behaupten und verloren gegangenes Terrain zumindestens teilweise zurückgewinnen kann. Er will Baiern zu einem gut verwalteten und modernen Zentralstaat ausbauen, der in alle Lebensbereiche seiner Untertanen eingreifen und diese beaufsichtigen soll. Dazu gehört auch die Übereinstimmung der kirchlichen



und staatlichen Territorialgrenzen. Ein Hauptziel liegt dabei in der Abtrennung der altbayerischen Franziskanerkonvente von der Observatenprovinz Straßburg, um so eine bayerische - und damit unabhängige, aber staatstreue - Franziskanerprovinz zu errichten. Zur Durchsetzung seiner Ziele besetzt Herzog Maximilian I. - obwohl keine besonderen Missstände im Münchner und den anderen bayerischen Franziskaner-Niederlassungen vorliegen - die Schlüsselpositionen und sogar halbe Konvente mit italienischen „Riformati“, einer italienischen Reformgruppe innerhalb des Ordens, neu. Diese Reformaten übernehmen als erstes und wichtigstes Kloster in Altbayern den Franziskaner-Konvent bei der Münchner Residenz.

30. Juni 1620 – Maximilian I. soll den Aufstand in Oberösterreich niederwerfen

Wien - München * Kaiser Ferdinand II. erteilt dem bayerischen Herzog Maximilian I. den Auftrag, im Land ob der Enns (Oberösterreich) mit der Niederwerfung des Aufstandes zu beginnen.

20. August 1620 – Herzog Maximilian I. lässt sich in Linz huldigen

Linz * Baierns Herzog Maximilian I. erzwingt von den oberösterreichischen Landständen die Auslieferung der Konföderationsurkunde mit Böhmen und empfängt die Huldigung.

Oktober 1620 – Die „Rebellion von Prag“ ist der erhoffte Anlass zum Krieg

Prag * Für Erzherzog Ferdinand ist die „Rebellion von Prag“ der erhoffte Anlass, um gegen die „böhmischen Stände“ loszuschlagen. Die „Ständevertreter“ interpretieren ihre Gewalttat als Notwehr, doch für den habsburgischen Kaisersohn ist die kriegerische Niederwerfung der „Aufständischen“ unausweichlich geworden. Die dafür notwendige Finanzierung soll durch die eingezogenen Güter der „Rebellen“ sichergestellt werden. Außerdem soll „der Schrecken der Hinrichtungen die Stände zum Gehorsam zwingen“. In Prag geht inzwischen das Gerücht um, dass die „Jesuiten“ eine „Bluthochzeit“, also die Ermordung der Protestanten, planen. Andererseits streuen die kaiserlich Gesinnten das Gegengerücht, wonach die „böhmischen Stände“ vom „türkischen Kaiser Hilfe begehrt hätten“. Die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den „Kaiserlichen“ und den „Böhmischen“ beginnen.

8. November 1620 – Die Schlacht am Weißen Berg entbrennt



Prag * Der Karmeliten-Pater Dominicus a Jesu Maria tritt mit einem von kalvinistischen Bilderstürmern geschändeten Marienbild um den Hals und dem Kreuz in der Hand vor die Söldnertruppen und ruft im mitreißenden Glaubenseifer zum Kampf auf. Engel würden die katholische Sache zum Sieg führen. Der Schlachtruf lautet: „Maria!“ Am Weißen Berg entbrennt der Kampf gegen das böhmische Ständeheer. Eine Übermacht von 32.400 kaiserlichen Infanteristen und 7.550 Reitern tritt gegen 8.000 böhmische Fußsoldaten und 5.000 Kavalleristen an. In nur einer einzigen Stunde erringen die Kaiserlichen einen triumphalen Sieg über die böhmischen Rebellen. Domenicus a Jesus Maria stilisiert anschließend den Kampf zu einer Schlacht des Katholizismus gegen den Unglauben hoch. Die vernichtende Niederlage des protestantischen Heeres wird dementsprechend als Sieg des Katholizismus und schließlich als göttliches Wunder umgedeutet.

6. März 1621 – Oberösterreich an das Herzogtum Bayern verpfändet

Wien - Linz * Kaiser Ferdinand II. informiert die Landstände in Linz, dass Oberösterreich an das Herzogtum Bayern verpfändet wird.

4. März 1628 – Die Kurwürde Baierns wird erblich

München * Kurfürst Maximilian I. von Bayern erhält die erbliche Kurwürde offiziell verliehen. Die ihm am 25. Februar 1623 übertragene Kurwürde war nur „auf Lebenszeit“. Jetzt ist die bayerische Kurwürde erblich, doch der 55-jährige Kurfürst Maximilian I. hat noch keinen Erben. Die Rangerhöhung Baierns vom Herzogtum zum Kurfürstentum wird im ganzen Land kundgetan. Im siebenköpfigen Kurfürstenkollegium scheint damit die katholische Mehrheit auf Dauer gesichert. Gleichzeitig fühlen sich aber die protestantischen Reichsstände zu erhöhtem Widerstands- und Kampfeswillen herausgefordert.

1629 – König Gustav II. Adolf lässt sich einen dreijährigen Krieg finanzieren

Schweden * König Gustav II. Adolf lässt sich von den schwedischen „Ständen“ finanzielle Mittel „für einen Krieg von drei Jahren in Deutschland“ gewähren. Der Schwedenkönig sieht seine Vormachtstellung im Ostseeraum durch die Ausdehnung der Habsburger Macht in den Norden gefährdet.



6. März 1629 – Kaiser Ferdinand II. erlässt das Restitutionsedikt

Wien * Kaiser Ferdinand II. erlässt - in Übereinstimmung mit den Kurfürsten von Mainz, Köln, Trier und Baiern - das Restitutionsedikt, das jede „Entfremdung von katholischem Kirchengut nach dem Stichjahr 1552 für unrechtmäßig“ erklärt. Davon betroffen sind rund 500 Klöster und Konvente vor allem in Niedersachsen und Württemberg, die Erzbistümer Bremen und Magdeburg sowie zwölf reichsunmittelbare Bistümer in Norddeutschland. Nur Meißen, Merseburg und Naumburg werden dem Kurfürsten von Sachsen aus politischen Rücksichten vorerst überlassen. Es erhebt sich nicht nur bei den protestantischen Reichsständen lauter Protest. Selbst der Papst äußert Bedenken.

30. Mai 1635 – Der Prager Frieden wird geschlossen

Prag * Der Kaiser, die katholische Liga und Kursachsen schließen in Prag einen Frieden, dem bald die meisten deutschen Reichsstände beitreten. Im Prager Frieden wird das Restitutionsedikt für vierzig Jahre ausgesetzt.

Juli 1659 – Die bischöflichen Hochzeitspläne platzen

Freising * Für den heiratslustigen Freisinger Bischof Albrecht Sigismund ist Henrika Franziska, die Tochter der Fürstin Elisabeth von Zollern, vorgesehen. Diese lebt in der brabantischen Stadt Bergen-op-Zoom. Die Heiratspakte werden im Juli 1659 ausgetauscht. In der Folge wäre der Bischof aus dem geistlichen Stand ausgeschieden, hätte eine jährliche Beihilfe von 18.000 Gulden erhalten und wäre nach dem Tod seines Vaters in die Rechte eines Herzogs von Leuchtenberg eingetreten. Doch Kurfürst Ferdinand Maria erhält rechtzeitig vom Kurkölnener Hof die Information, dass die Brautmutter ein sittenloses Leben geführt und neben Henrika Franziska noch ein uneheliches Kind zur Welt gebracht hat. Damit steht ihre Tochter freilich nicht mehr für eine standesgemäße Ehe zur Verfügung. Für Bischof Albrecht Sigismund ist damit der Traum von der Ehe ausgeträumt. Missvergnügt nimmt er die ungeliebten bischöflichen Pflichten auf dem Freisinger Domberg wieder auf. Das bedeutet jedoch nicht, dass er nicht ein fürstliches Leben im gehobenen Standard leben kann.

Januar 1669 – Die Landstände treten das letzte Mal zusammen

München * Die Landstände, die bayerische Volksvertretung mit ihren 567 Mitgliedern, treten das



letzte Mal zusammen. Sie sind eine unrepräsentative Vertretung, der nur drei Stände (Adel, Kirche und Städte) angehören. Der Landtag dauert bis März.

1670 – Ein Charivari gegen eine gefallene stolze Jungfer

Straß bei Samerberg * 17 junge Burschen - davon mehr als die Hälfte Knechte - ziehen vor das Haus einer Kindsmutter und veranstalten dort „mit Pfeifen und Gloggen“ sowie sonstigen Lärminstrumenten - wie beim französischen Charivari - einen Mordspektakel. In den Akten wird aber weder von einem Haberfeldtreiben, noch von einem Charivari oder einer Katzenmusik gesprochen. Das Rügeverfahren der jungen Burschen richtete sich nicht ausdrücklich gegen das sexuelle Fehlverhalten eines Mädchens, eine sogenannte Leichtfertigkeit, sondern gilt einer gefallenen stolzen Jungfer. Der Grund für die Rüge liegt - wie auch in späteren Haberfeldtreiben - im Standesunterschied zwischen dem sündigen Mann und dem leichtfertigen Mädchen, in diesem Fall zwischen einem Bauern und seiner Dirn.

4. Juni 1682 – Kurfürst Max Emanuel lässt ein kurfürstliches Zuchthaus bauen

München-Angerviertel * Kurfürst Max Emanuel lässt ein kurfürstliches Zuchthaus bauen. In ihm sollen „ü bermütige Herrendiener, schlechte Ehehalten [Dienstboten], liederliche Handwerksburschen, ungeratene Kinder, freche Menscher [Mägde], langsame Zimmer- und Maurergesellen, faule Tagwerker und Müßiggänger untergebracht werden, nach Umständen in Eisen und Band, bei geringer Nahrung und Karbatschenhieben“. Das Korrektions- und Arbeitshaus befindet sich an der Stadtmauer und nimmt die ganze Südseite des heutigen Viktualienmarktes ein.

31. März 1683 – Die türkische Armee sammelt sich bei Adrianopel

Edirne * Die Osmanische Armee sammelt sich bei Adrianopel [= heute: Edirne] mit 168.000 Mann und 300 Geschützen. Es ist das größte Heer, das die Türken jemals aufgestellt haben. Der baierisch-österreichische Vertrag vom 26. Januar 1683 war damit - wenn auch nach langen und zähen Verhandlungen - gerade noch rechtzeitig zustande gekommen.

18. August 1684 – Franz Pongraz von Leiblfings Haus wird zum Adelssitz



Haidhausen * Kurfürst Max Emanuel erfüllt die Bitte des Freiherrn Franz Pongraz von Leiblfing in einem Gnadenbrief und erhebt „sein in Haidhausen habentes Haus“ zu einem „der Landtafel einverleibten adeligen Sitz“. Gleichzeitig überlässt der Kurfürst dem Freiherrn die „Vogtei und Niedergerichtsbarkeit über Haus und Garten des Wirtes Georg Krünner und über 43 namentlich aufgeführte Untertanen“, die bislang dem Hofkastenamt unterstanden. Lediglich das Jagdscharwerk behält sich der Landesherr auch weiterhin vor. Der bayerische Kurfürst begründet diesen Schritt mit der „In Ansehung seiner - also Leiblfings - langjährigen und ersprießlichen guten Dienste“.

1. Juni 1688 – Bischof Joseph Clemens wird in Berg am Laim erbberechtigt

Köln * In seinem Testament bestimmt der Kölner Kurfürst Maximilian Heinrich die Erbberechtigung der in Baiern regierenden kurfürstlichen Familie über seine Eigengüter - und damit auch über die Hofmark Berg am Laim. Die Nutznießung soll „Seine Durchlaucht Herzog Joseph Clemens, Bischof von Freising und Regensburg“ haben. Und falls künftige Herzöge „in geistlichem Stande vorhanden wärn“, so sind auch diese in der Erbfolge bevorzugt.

1697 – Der Bogenhausener Adelssitz kommt an Johann Antonio Gump

Bogenhausen * Der aus dem Bogenhausener Kögelhof entstandene Adelssitz Neuberghausen kommt unter die Fittiche des Hofmalers Johann Antonio Gump.

23. September 1699 – Die protestantischen Stände übernehmen den Gregorianischen Kalender

Regensburg • Die protestantischen Stände beschließen in Regensburg die Annahme eines „verbesserten Kalenders“, eben den Gregorianischen Kalender, der in den katholischen Gebieten schon lange eingeführt ist. Damit endet ein 117 Jahre andauernder Streit.

2. Oktober 1700 – König Carl II. von Spanien fasst ein neues Testament ab

Madrid * Eine weitere Verschlechterung seines Gesundheitszustandes zwingt den 39-jährigen König Carl II. von Spanien zur Abfassung eines neuen Testaments. Er vermacht darin sein gesamtes Vermögen an Herzog Philipp von Anjou, dem zweitältesten Enkel des Franzosenkönigs Ludwig XIV.. Da der ebenfalls aus dem Hause Habsburg stammende Kaiser Leopold I. Teile



des spanischen Weltreichs für sich und seine Familie beansprucht, wird es im Mai 1701 zum sogenannten Spanischen Erbfolgekrieg kommen.

17. Juli 1704 – Ein Gelöbnis zur Abwehr der Zerstörung Münchens

München * Die drei Stände - Adel, Klerus und die Bürgerschaft Münchens - legen in der Frauenkirche ein „Gelöbnis zur Abwehr der Zerstörung Münchens im Spanischen Erbfolgekrieg“ ab. Die Vision der Maria Anna Lindmayr, wonach Gott die schlimmsten Gefahren nur dann von der Stadt abwende würde, wenn man ihm eine „Kirche zu Ehren der allerheiligsten Dreifaltigkeit“ baut, wird im „Gelübde der drei Stände“ nicht einmal erwähnt.

1. Juli 1705 – Die baierischen Stände leisten ihren Treueid auf den Kaiser

München * Die baierischen Stände leisten ihren Treueid auf den Kaiser.

5. August 1714 – Die Vision der Maria Anna Lindmayr

München * Die erste schriftliche Niederlegung der Vision der Maria Anna Josepha a Jesu Lindmayr stammt von diesem Tag und wird von der Lindmayrin selbst verfasst. Im „Gelübde der drei Stände“ vom 17. Juli 1704 wird die Vision nicht einmal erwähnt. Das zeigt wie falsch es ist, dass auch in der aktuellen Literatur immer wieder darauf hingewiesen wird, dass der Bau der Dreifaltigkeitskirche und das damit verbundene Gelöbnis der drei Münchner Stände „zur Abwehr der Zerstörung Münchens im Spanischen Erbfolgekrieg“ auf Veranlassung der Maria Anna Lindmayr erfolgt sei.

11. April 1715 – Kurfürst Max Emanuel lässt alle Juden aus dem Land weisen

München * Nachdem Kurfürst Max Emanuel aus seinem Exil wieder nach Bayern zurückgekehrt ist, lässt er alle Juden aus dem Land weisen. Dabei hat die Kurbaierische Landschaftsverordnung, die Vertretung der Landstände, in den letzten Monaten der kaiserlichen Besatzungsherrschaft auf jüdische Finanzmittel zurückgegriffen. Um den Abzug der kaiserlichen Besatzungstruppen zu beschleunigen, hat sie die ausstehenden kaiserlichen Forderungen und alle Landesausgaben übernommen. Diese Aufwendungen hat sich die Landschaftsverordnung von jüdischen Geldgebern finanzieren lassen. Als Gegenleistung



gesteht man den Kreditgebern den freien Aufenthalt im Kurfürstentum bis zur Zurückzahlung der Schulden zu.

29. Mai 1718 – Die Einweihung der Dreifaltigkeitskirche

München-Kreuzviertel * Die offizielle Weihe der Dreifaltigkeitskirche vollzieht der Freisinger Fürstbischof Franz von Eckher von Kapfenberg und Lichtenegg. Das Gelöbnis der „drey Stände, Der Bürger, Edelleith, und gesamter Geistlichkeit“ vom 17. Juli 1704 ist damit endgültig erfüllt worden. Vierzehn Jahre hat es gedauert, wobei alleine die Suche nach einem geeigneten Bauplatz für die Dreifaltigkeitskirche über sieben Jahre in Anspruch nahm. Dabei standen insgesamt zwölf Bauplätze zur Diskussion.

18. August 1724 – Johann Georg Messerer erhält die Weißbiergerechtigkeit

Au * Johann Georg Messerer erhält die Weißbiergerechtigkeit und bald darauf auch die Braunbier- und Brantwein-Ausschank-Gerechtigkeit. Messerer muss viel Geld in den Umbau des Hauses und die Urbarmachung seiner Gründe investieren. Die Falkenau ist noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts eine Isarau. Auch einige Häuser sind entstanden. Da aber Herzog Ferdinand Maria Innocenz, der Bruder des Kurfürsten Carl Albrecht, um das Jahr 1730 die Falkenau zur Hühnerjagd nutzen will, dürfen auf den öden Gründen keine weiteren Häuser errichtet werden. Man überlegt sogar, die vorhandenen Tagwerkerhäuser abzutragen, „weil in den Gebüsch der Auen allerhandt herrnlose Pursch und zimlich ybl renomiertes Angesindl zu großer Beschwerdte vnd besorglichen Unhähls der ganzen Nachbarschaft“ sich aufhält.

1730 – Der Viehmarkt auf den Lüften wird vom Lüftenwirt organisiert

Haidhausen - Au * Aus Beschwerden des Münchner Rats wissen wir, dass Auf den Lüften in der Gegend des heutigen Rosenheimer Platzes, ein Viehmarkt entstanden ist. Der sich aus „wilder Wurzel“ entwickelnde Viehmarkt auf den Lüften wird vom Lüftenwirt organisiert und macht dem Münchner Viehmarkt am Anger erhebliche Konkurrenz. Dagegen läuft der Münchner Rat Sturm. Weil aber die Gegend der Lüften zu dieser Zeit noch in den Grenzen des Pfliegerichts Wolfratshausen und damit außerhalb des Münchner Burgfriedens liegt, ist sie der Gerichtsbarkeit und dem Zugriff der Münchner Obrigkeit entzogen. Der Stadtrat fordert deshalb durch seinen Amtmann Jakob Röderer alle Viehhändler und Viehtreiber auf, ihre Tiere auf den Münchner Viehmarkt am Anger hereinzutreiben. Doch es hilft nichts.



25. September 1737 – Von den Widerständen unbeeindruckt

Berg am Laim * Von den Widerständen gegen das Bauvorhaben lässt sich Bruderschaftssekretär Franz de Paula Würnzi offenbar nicht beeindrucken. Er treibt die Vorbereitungen für den Neubau der Michaelskirche entschlossen voran und veranlasst die Anlieferung von Baumaterialien sowie die Errichtung von Bauhütten. Zu diesem Zeitpunkt liegen ja bereits die Baupläne des Architekten Johann Michael Fischer vor. Diese werden in enger Abstimmung mit François Cuvilliers überarbeitet und aktualisiert. Clemens August kennt Cuvilliers bereits von dessen Arbeiten an den Schlossbauten in Brühl und schätzt ihn als einen seiner bedeutendsten Baumeister. In Kurköln trägt Cuvilliers den Titel des Ersten Baumeisters.

1746 – Fürstbischof Johann Theodor wird zum Kardinal erhoben

Lüttich * Papst Benedikt XIV. kürt den Freisinger, Regensburger und Lütticher Fürstbischof Johann Theodor zum Kardinal. Was zunächst wie eine Rangerhöhung aussieht, ist in Wirklichkeit das Karriere-Ende des an Macht und Einfluss Gefallen findenden baierischen Wittelsbachers. Denn kein noch so „handgesalbtes“ Domkapitel wird einen Kardinal zum Bischof küren. Das verbietet schon der Standesdünkel. Johann Theodor geht deshalb als „Kardinal von Baiern“ in die Geschichte ein. Seine Zeit verbringt der Kardinalswürden- und Purpurträger bis zu seinem Lebensende in Lüttich.

17. Januar 1746 – Der Freisinger Fürstbischof Johann Theodor wird zum Kardinal befördert

Rom-Vatikan - Freising - Lüttich * Die bereits am 9. September 1743 durch Papst Benedikt XIV. erfolgte Ernennung des Freisinger, Regensburger und Lütticher Fürstbischofs Johann Theodor zum Kardinal wird erst jetzt offiziell publiziert. Was zunächst wie eine Rangerhöhung aussieht ist aber in Wirklichkeit das Karriere-Ende des an Macht und Einfluss Gefallen findenden Wittelsbachers. Denn kein noch so „handgesalbtes“ Domkapitel würde einen Kardinal zum Bischof küren. Das verbot schon der Standesdünkel. Johann Theodor geht deshalb als „Kardinal von Baiern“ in die Geschichte ein. Seine Zeit verbringt der Kardinalswürden- und Purpurträger bis zu seinem Lebensende in Lüttich.

11. März 1751 – Errichtung eines Exerzitienhauses für die Franziskaner

Berg am Laim * Joseph Clemens' Nachfolger und Neffe, Kurfürst Clemens August von Köln, plant



mit dem Neubau der Berg am Laim Michaelskirche gleichzeitig die Errichtung eines Exerzitienhauses für die Franziskaner. Auch hier gibt es Widerstände des Ortspfarrers von Baumkirchen, die den Pfarrer einsetzenden St.-Veit-Chorherren in Freising und des Freisinger Ordinariats, an dessen Spitze Bischof Johann Theodor, ein Bruder Clemens Augusts. Auch der andere Bruder, Baierns Kurfürst Carl Albrecht, will diese Aufgabe lieber von den Jesuiten als von den Franziskanern ausgeführt sehen, weshalb noch nach seinem Tod die Kaiserin-Witwe Maria Amalia die in Berg am Laim gelegene Josephsburg - im Geheimen und ohne den Kölner Bischof in die Entscheidung einzubeziehen - den Jesuiten übertragen will. Nach langem Hickhack kommen drei Franziskaner doch noch nach Berg am Laim. Am 11. März 1751 wird das Hospiz in Anwesenheit von drei Wittelsbachern - dem kurkölnischen Fürstbischof Clemens August, dem Freisinger Bischof Johann Theodor und dem neuen bayerischen Kurfürsten Max III. Joseph - eingeweiht. Clemens August hatte zuvor schriftlich zu bestätigen, dass die „Franziskaner nirgends betteln, noch den Pfarrern die Messen wegnehmen und den pfarrlichen Funktionen Eintrag tun“.

14. Januar 1754 – Eine Probe aufs Klima für Maulbeerbäume

München * Der Hofgärtner Anton Häußler erhält den Auftrag, im Lustheimer Garten 800 kleine Maulbeerbäume zu pflanzen und damit „eine Probe aufs Klima“ zu machen. Nach der ersten Überwinterung kann Häußler berichten, dass Aprikosen und andere Bäume trotz Stroheindeckung erfroren seien, die uneingedeckten Maulbeerbäume es dagegen überstanden haben.

1764 – Maximilian Joseph von Montgelas kommt nach Nancy

Nancy * Der fünfjährige Maximilian Joseph von Montgelas kommt nach Nancy, wo man ihm in einem „Jesuitenkolleg“ eine standesgemäße Erziehung angedeihen lässt.

13. Oktober 1766 – Don Ferdinand von Sterzinger hält Reden gegen den Hexenwahn

München * Der Theatiner-Pater Don Ferdinand von Sterzinger hält eine Rede gegen den Hexenwahn. Sein Vortrag befasst sich mit „dem gemeinen Vorurteil der wirkenden und tätigen Hexen“. Er geht als Vertreter der Aufklärung gegen Aberglauben und Unwissenheit vor. Seine Schriften gegen Hexen sowie das Zauber- und Gespensterwesen bringen ihm grenzüberschreitende Achtung und Anerkennung ein. Der Theatinerpater bricht damit eine



langwierige Diskussion vom Zaun, die als Baierischer Hexenkrieg bekannt wird. Im weiteren Verlauf streitet man in 28 Streitschriften um das Für und Wider. Als besondere Gegner des Theatinerpaters offenbaren sich die Benediktiner von Scheyern, deren Kreuzreliquie angeblich gegen Verhexung wirksam ist und die in der Demontage des Zauberei-Tatbestands ihr Geschäft mit den von ihnen vertriebenen heiligen Gegenständen gefährdet sehen. Doch Dank der Stellungnahme der Akademie der Wissenschaften kommt es in Churbaiern zu keinen Hexenverfolgungen mehr. Auch in anderen süddeutschen Territorien erlahmen schließlich die Hexenverfolgungen.

1767 – Die Ausstattung der Michaelskirche in Berg am Laim ist abgeschlossen

Berg am Laim * Mit dem Einbau des Hochaltars findet die Ausstattung der Michaelskirche in Berg am Laim rund 30 Jahre nach der Zustimmung des Kölner Kurfürsten ihren Abschluss. Das Altargemälde „Michaels Triumph über Luzifer“ aus der alten Hofkapelle, entstanden 1694, wird erweitert und in den neuen Hochaltar integriert. Trotz des inzwischen einsetzenden Stilwandels vom Rokoko zum Klassizismus gelingt es, den Kirchenraum einheitlich in der Formsprache des Spätbarock und Rokoko zu vollenden. Maßgeblichen Anteil daran hat Johann Baptist Straub. Die Fertigstellung des Kirchenbaus erlebt Kurfürst Clemens August jedoch nicht mehr.

1. Mai 1776 – Johann Adam Weishaupt gründet den Geheimbund der Illuminaten

Ingolstadt * Der Ingolstädter Professor für Kirchenrecht und praktische Philosophie, Johann Adam Weishaupt, gründet den Geheimbund der Illuminaten, dem ein Großteil der bayerischen Beamenschaft, zahlreiche Mitglieder der Landstände und Geistliche angehören und dessen Ziel die Errichtung eines fürsten- und religionslosen Weltstaates ist. Die Vereinigung hat von den Freimaurern wesentliche aufklärerische Grundpositionen, Organisationsformen und Rituale übernommen. Weishaupts Motive bewegen sich durchaus in die Richtung eines gesellschaftspolitischen Umsturzes. Auch Maximilian Joseph von Montgelas gehört den Illuminaten unter dem Ordensnamen „Musäus“ an. Obwohl der Freiherr zum „Illuminatus maior“ aufsteigt, spielt er innerhalb des Geheimbundes nie eine größere Rolle.

30. September 1777 – Die fehlende Vakatur verhindert Mozarts Anstellung in München

München-Graggenau * Wolfgang Amadeus Mozart antichambriert mit Kurfürst Max III. Joseph in der Residenz. Den Verlauf des Gesprächs schreibt Wolfgang Amadé an seinen Vater: „Als der



Kurfürst an mich herankam, sagte ich: „Euer Kurfürstliche Durchlaucht erlauben, daß ich mich untertänigst zu Füßen lege und meine Dienste antragen darf“ – „Ja, völlig weg von Salzburg? – „Ja, Euer Kurfürstliche Durchlaucht“ – „Ja, warum denn, habts enck z'kriegt?“ – „Ei, beileibe, Eurer Durchlaucht: ich habe nur um eine Reise gebeten, er [der Salzburger Fürstbischof] hat sie mir abgeschlagen, mithin war ich gezwungen, diesen Schritt zu machen; obwohl ich schon lange im Sinn hatte, wegzugehen, denn Salzburg ist kein Ort für mich.“ - „Mein Gott, ein junger Mensch! Aber der Vater ist noch in Salzburg?“ - „Ja, Euer Kurfürstliche Durchlaucht. Ich bin schon dreimal in Italien gewesen, habe drei Opern geschrieben, bin Mitglied der Akademie in Bologna, habe müssen eine Probe ausstehen, wo viele Maestri 4 bis 5 Stunden gearbeitet und geschwitzt haben, ich habe es in einer Stund verfertigt: das mag zum Zeugnis dienen, daß ich im Stande bin, in einem Hofe zu dienen.“ – „Ja, mein liebes Kind, es ist keine Vakatur da. Mir ist es leid, wenn nur eine Vakatur da wäre“ – „Ich versichere Euer Durchlaucht, ich würde München gewiß Ehre machen“ – „Ja, das nutzt alles nichts. Es ist keine Vakatur da“ - Dies sagte er gehend. Nun empfahl ich mich zu höchsten Gnaden.“ Gerade weil der Kurfürst so musikverständlich war, müssen andere Gründe als die fehlende Planstelle der Anstellung Mozarts im Wege gestanden haben. Hätte Baierns Kurfürst Max III. Joseph die Anstellung Wolfgang Amadeus Mozarts wirklich gewollt, so hätte er die Planstelle für den Hofmusiker auch durchgesetzt und Mittel und Wege der Finanzierung gefunden. Es trifft freilich zu, dass im Bereich der Hofmusik damals die Ämter des Kapellmeisters, des Kammerkompositeurs und der Konzertmeister besetzt waren. Und dennoch war die Aussage mit der fehlenden Vakatur eine typische Sachzwang-Argumentation. Guten Willen vorausgesetzt, hätte der baierische Herrscher den Komponisten aus seiner Kabinettskasse bezahlen können, wie er es schon mehrmals bei bedeutenden Sängerinnen und Sängern machte. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, Mozart den Auftrag für eine Oper zu erteilen. Es scheint naheliegend, dass Mozarts Musik nicht dem kurfürstlichen Geschmack entsprochen hat. Kurfürst Max III. Joseph war ein überzeugter Anhänger der älteren neapolitanischen Virtuosenoper. Mozarts Musik dürfte ihm zu wenig traditionell, zu reich, zu vielschichtig, kurz - zu modern gewesen sein. Seine eigenen, etwas altväterlichen Kompositionen scheinen dies zu bestätigen. Die Ursachen liegen aber zweifellos am Salzburger Bischofshof. Denn wer, wie Mozart, gegen den Bischof von Salzburg aufmümpfige Reden führt und es nicht versteht sich den hergebrachten ständischen Normen und hierarchischen Strukturen zu unterwerfen, für den ist auch am baierischen Hof kein Platz. Da kommt Kurfürst Max III. Joseph die Argumentation, dass er jeden ausgegebenen Gulden seinen Untertanen vom Mund absparen muss, nur gelegen.

4. Oktober 1777 – Weinwirt Franz Joseph Albert will Mozart an München binden



München-Kreuzviertel * Im Weingasthof Zum schwarzen Adler kommen unter Wolfgang Amadeus Mozarts Leitung mehrere Werke zur Aufführung. Mit einem vorgetragenen Violinsolo beeindruckt Mozart ganz besonders: „Da schaute alles groß drein, ich spielte, als wenn ich der größte Geiger in ganz Europa wäre.“ Mozart und Albert sind zufrieden. Der Musik liebende Weinwirt Franz Joseph Albert hat schon lange erkannt, welcher Gewinn Mozart für München wäre und entwickelt ein interessantes Projekt, das er dem stellenlosen Musiker unterbreitet: Er solle in München bleiben und von guten Freunden monatlich mit 50 Gulden unterstützt werden. Wenn er für Kompositionen vom Hofintendanten Graf Joseph Anton von Seebach nur 200 Gulden bekäme, so wären das 800 Gulden im Jahr. Wolfgang Amadé ist begeistert, nur sein Vater nicht einverstanden, da er seinen Sohn in einer gesicherten Stellung wissen will.

1781 – Der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen

Königsberg * Immanuel Kant veröffentlicht seine „Kritik der reinen Vernunft“. Doch auch wenn Immanuel Kant in seinen Aufsätzen schreibt: „Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen!“, so bleiben solche Gedankengänge in Europa noch lange Zeit pure Theorie. Doch auch hier ändert die Aufklärung sowie der Fortschritt der Naturwissenschaften und der Technik - langsam - das Weltbild. Die Welt wird plötzlich erklärbar. Für viele Phänomene, die man zuvor dem direkten Eingreifen Gottes zugeschrieben hat, findet man jetzt logische Erklärungen. So macht beispielsweise die Erfindung des Blitzableiters den bislang üblichen Wettersegen überflüssig. Damit waren die Zeiten, in denen der Blitz als Zeichen oder gar als Strafe Gottes galten, endgültig vorbei. Schriftsteller der Aufklärung, darunter Lorenz Westenrieder, versuchen die neuen Denkanstöße in zahlreichen Artikeln zu verbreitern. Sie benutzen dazu die in dieser Zeit neu entstandenen Zeitschriften und Journale, aber auch Flugschriften. Westenrieders Schriften widersprechen oft der Lehrmeinung der katholischen Kirche und werden deshalb verboten. Und selbst wenn die verbreiteten Denkansätze zum Teil die Unterstützung des Kurfürsten finden, so sollen die Inhalte - schon aus reinen Machterhaltungsbestrebungen heraus - kanalisiert werden. Die Gedanken der Aufklärung zu Ende gedacht, bedeuten diese aber auch, dass sich die Menschen früher oder später nicht mehr in ihre Untertanenrolle fügen, sondern die Teilnahme am politischen System einfordern werden. Das ist der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen.

28. November 1781 – Kurfürst Carl Theodor gründet eine Seidenbau-Direktion

München * Kurfürst Carl Theodor gründet eine Seidenbau-Direktion. Trotzdem geht Geld auf verschlungenen Wegen verloren. So haben es sich die privaten Seidenzüchter angewöhnt, ihren



Bedarf an Maulbeerbäumen heimlich von den kurfürstlichen Pflanzungen zu holen. Der Mitarbeiterstab der Seidenbau-Direktion wächst immer weiter an und belastet dadurch den Jahresetat entsprechend. Besonders die ungezügelten Gehaltsforderungen der Seidenbaudirektions-Vorstände fressen einen erheblichen Teil der Einkünfte auf.

1782 – Ein großer Verlust an Maulbeerbäumen

München * Als man für ganz München die Zahl der noch vorhandenen Maulbeerbäume ermittelt, muss man ernüchternd feststellen, dass nur noch 2.494 Bäume vorhanden sind. Dabei waren nur wenige Jahre zuvor alleine in Nymphenburg 4.000 Maulbeerbäume gestanden, weswegen der dortige Hasengarten in Maulbeergarten umbenannt worden war. Als Ursache für den Baumverlust werden das ungewohnt kalte Klima, die übermäßige Entlaubung und mutwillige Beschädigungen genannt. Es wird aber auch die nachlässige Arbeit der Gärtner in den Plantagen gerügt.

1782 – Beliebtes Freizeitvergnügen aller bürgerlichen Stände

München * In seinen „Beschreibungen der Haupt- und Residenzstadt München“ bezeichnet Lorenz von Westenrieder das Buden- und Wandertheater als ein beliebtes Freizeitvergnügen aller bürgerlichen Stände. Besonders das einfache Volk findet Gefallen an den derben Späßen und Spektakelstücken. Der Schauspieldirektor des Dulttheaters, Lorenz Lorenzini, macht mit seiner Kreuzerkomödie - so genannt, weil der Eintritt nur einen Kreuzer kostet - Furore. Pathos und Rührung, Zoten und „Hanswurstiaden“ beherrschen das Stück.

5. November 1784 – Pilgramsheim wird Adelssitz mit allen Rechten

Untergiesing * Kurfürst Carl Theodor erhebt - ohne allerdings die zuständigen Stellen einzubinden - das Anwesen des Franz Anton von Pilgram unter dem Namen Pilgramsheim zum Adelssitz mit allen Rechten. Das bringt nun aber die Baronin von Kern auf die Palme, da die Rechte, insbesondere die Jurisdiktion über den ganzen Pilgramsheim-Sitz ja der Hofmark Falkenau untersteht. Die Baronin erhebt Einspruch und der Hofbankier Pilgram erhält den allerhöchsten Befehl, sich mit derselben zu vergleichen. Die Einigung kommt aber erst zustande, nachdem die Baronin von Kern ihren Besitz an die Gräfin von Toerring-Seefeld verkauft hat.



16. November 1784 – Mit Missständen im Paulaner-Kloster aufräumen

Au * Kurfürst Carl Theodor erlässt eine streng abgefasste Verfügung, die mit den Missständen im Paulaner-Kloster aufräumen soll. Die Statuten werden verändert und vom Ordensgeneral in Rom akzeptiert. Nur der Genuss von Fleischspeisen und Milcherzeugnissen wird vom General - und letztlich vom Papst - entschieden abgelehnt.

16. November 1784 – Die Missstände im Paulanerkloster sollen beendet werden

Au * Kurfürst Carl Theodor erlässt eine Verfügung, die mit den Missständen im Paulanerkloster aufräumen soll.

2. Januar 1788 – Der Knigge-Ratgeber erscheint

Hannover * Der Ratgeber „Über den Umgang mit Menschen“ von Adolph Freiherr von Knigge erscheint. Der Verleger ist Philipp Reclam (der Ältere). Knigge wollte keinen Benimmratgeber im heutigen Sinn schreiben, sondern ein philosophisch-moralisches Werk, in deren Mittelpunkt stehen: der gegenseitige Respekt Toleranz Menschenkenntnis vernünftiger, aufgeklärter Umgang miteinander. Knigge wandte sich gegen: Standesdünkel blinde Autorität höfische Heuchelei Erst im 19. Jahrhundert wurde „der Knigge“ fälschlich zum reinen Benimmkodex umgedeutet – eine Verkürzung, die bis heute anhält.

1. Februar 1788 – Die Soldaten-Besoldung wird erhöht

München * Die Besoldung der im Dienst stehenden pfalz-baierischen Soldaten wird erhöht. Außerdem wird ihnen ein Nebenerwerb als „Freywächter respect. Stadtarbeiter“ zugestanden.

22. März 1793 – Pfalz-Baiern tritt in den Reichskrieg gegen Frankreich ein

München - Wien - Paris * Pfalz-Baiern tritt nach heftigen Drohungen der Österreicher in den Reichskrieg gegen Frankreich ein. Um genügend Soldaten rekrutieren zu können, werden zunächst in München und dann in den anderen Amtsbezirken „mit keinem hinreichend gewissen Nahrungsstand versehene oder übel beschriebene dienstlose und müßiggehende Personen



ledigen Standes“ zwischen 17 und 42 Jahren zwangsweise für den Militärdienst eingezogen.

August 1794 – Ein anonymes Flugblatt gegen Kurfürst Carl Theodor

München * Ein anonymes Flugblatt wirft Kurfürst Carl Theodor vor, sein Land gewissenlos auszubeuten und warnt: „Nehmt euch ein Beispiel aus der Zeit und schreibt's euch an die Wände: in Frankreich köpft man Könige, in Polen hängt man Stände“.

25. Mai 1795 – „Es geht im Ehebett nicht ganz gut“

München - Wien * Der österreichische Gesandte berichtet dem Wiener Hof über die ehelichen Zustände des Kurfürstenpaares in München. Das Fazit lautet: „Es geht im Ehebett nicht ganz gut“. Vor Zeugen hat sich die jugendliche Kurfürstin und Ehefrau von Carl Theodor, Maria Leopoldine, künftig jede Annäherung ihres betagten Gattens, des bayerischen Kurfürsten Carl Theodor, verboten.

30. September 1796 – Freiherr von Montgelas erarbeitet das umfangreiche Ansbacher Mémoire

Ansbach * Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas legt Herzog Max Joseph von Pfalz-Zweibrücken das „grundlegende Reformprogramm für die künftige Regierung des Kurfürstentums Baiern“ vor. Es trägt entscheidend zur Vertiefung des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Herzog und dem Freiherrn bei. Das Ansbacher Mémoire ist ein Konzept zur Anpassung der bayerischen Verfassungs- und Verwaltungsverhältnisse an die Gegebenheiten der neuen Zeit. Auf sieben eigenhändig geschriebenen Doppelblättern beschreibt Montgelas die herrschenden Verhältnisse in Baiern und schlägt gleichzeitig Maßnahmen vor, die - nach seiner Meinung - für eine effektive und nach den Gesichtspunkten der Aufklärung gebildete Staatsverwaltung notwendig sind. Im Kern der Reformen fordert der Freiherr eine klar gegliederte Ministerialorganisation mit abgegrenzten Zuständigkeiten, eine neue Verwaltungsgliederung mit einheitlichen Instanzenwegen in Gesamtbaiern; eine gut ausgebildete, unbestechliche, ausreichend bezahlte und sozial abgesicherte Beamtenschaft; die steuerliche Gleichbehandlung aller Menschen; die Unabhängigkeit der Richter, die Trennung von Justiz und Verwaltung, die Überantwortung aller judikativen Bereiche in staatliche Oberaufsicht, die Reform des Straf- und Zivilrechts; die Möglichkeit für die Bauern, adeliges Obereigentum an Grund und Boden abzulösen; die Beschränkung der Kirche auf den religiösen Bereich, die Aufhebung der Bettelorden und die bessere Nutzbarmachung der Klöster; die



religiöse Toleranz; die Aufhebung der Zensur; die Verbesserung der Universitäten und Schulen. In einer übergeordneten Instanz soll die Zusammenarbeit der Ministerien gefördert werden und eine Koordination der Einzelmaßnahmen erfolgen. Am Ende steht ein geschlossenes Staatsgebiet, in dessen Ministerien sich alle staatliche Macht vereint. Darüber hinaus will Montgelas ein bayerisches, patriotisches Empfinden wecken, um die örtlichen Gebundenheiten des Einzelnen abzulösen und statt dessen eine Identifikation mit dem Kurfürstentum, später Königreich, herbeiführen. Die Forderung nach einer Volksvertretung - nicht nur einer Ständeversammlung - wiederholt Montgelas im Ansbacher Mémoire nicht mehr. Wohl aber die Gleichheit aller vor dem Gesetz und die Abschaffung der Steuerprivilegien des Adels. Seine Adelspolitik nimmt später weitaus konservativere Züge an, vor allem nachdem er im Jahr 1803 selbst Grundbesitz erworben hat.

Oktober 1796 – Montgelas: „Baiern ist das irdische Paradies Deutschlands“

Ansbach * Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas schreibt: „Der sicherste Beweis dafür, dass Baiern das irdische Paradies Deutschlands ist, liegt in der Tatsache, dass diese Provinz [...] bisher imstande gewesen ist, eine Regierung zu ertragen, die allgemein als die schlechteste aller schlechten Regierungen Europas anerkannt ist“.

17. Oktober 1797 – Österreich schließt mit Frankreich einen Separatfrieden

Campo Formio * Österreich schließt mit Frankreich in Campo Formio einen Separatfrieden. In einem geheimen Zusatzabkommen wird Frankreich das linke Rheinufer zugestanden. Österreich erwirbt dafür Gebiete östlich des Inns, was eindeutig zu Lasten Baierns geht.

März 1799 – Der Englische Garten ist dem kurfürstlichen Kabinett unterstellt

München-Englischer Garten * Der Englische Garten ist inzwischen nicht mehr der Militärbehörde, sondern dem kurfürstlichen Kabinett unterstellt. Reinhard Freiherr von Werneck ist hauptamtlicher Direktor des 375 Morgen großen Englischen Gartens. Er untersteht aber dem zum Gartenbaudirektor für die Rheinpfalz und ganz Baiern ernannten Friedrich Ludwig Sckell. Werneck achtet hauptsächlich auf die wirtschaftliche Rentabilität der Gartenanlage. Durch landwirtschaftliche Einrichtungen soll sich das Gartenprojekt selbst tragen - und möglichst sogar einen Gewinn erwirtschaften. Dies will Werneck durch die Erweiterung der Wiesen- und Waldflächen, durch eine Vergrößerung des Viehbestandes und den Ausbau der Ökonomie und



der Mühlen erreichen. Die Ökonomie und die Schweizerei wird dem Englischen Garten einverleibt.

16. Juni 1799 – Leere Staatskassen und unüberschaubare Schulden

München - Leimen * Kurfürst Max IV. Joseph erklärt öffentlich, dass er „die bayrischen Finanzen in großer Unordnung, alle Staatskassen ausgeleert und selbe überdies noch mit unerschwinglichen Rückständen belastet angetroffen habe“. In den baierischen Regierungskreisen erinnert man sich an den umtriebigen jüdischen Leimener Finanzier Aron Elias Seligmann.

15. August 1800 – Die Münchner Patrioten wenden sich an General Decaën

München * Eine Delegation der Patrioten wendet sich an General Charles Matthieu Isidore Decaën und bittet ihn um Unterstützung für einen Aufstand gegen den Kurfürsten und seiner Regierung. Der General reagiert reserviert, da die französische Regierung keinen Aufstand unterstützen will, sondern vielmehr einen allgemeinen Frieden anstrebt. Er gibt zu Bedenken, dass eine Revolution zur Beseitigung von Missständen ein unabwägbares Risiko darstellt. Dagegen würde der weniger gewaltsame Weg von Reformen größere Erfolgsaussichten bieten. Bei einer Revolution wüsste man nie, was als Ergebnis herauskomme.

Außerdem sei Baiern zu schwach, um alleine gegenüber Preußen und Österreich eine Veränderung seiner Staatsform durchzuführen. Dass General Decaën mit seinen Aussagen strikt der französischen Konsulatsregierung Napoléons folgt, ist den Revolutionsführern, die sich selbst Münchner Jakobiner nennen, in keinsten Weise bewusst. Sie sehen in den französischen Generälen noch immer die Repräsentanten der Revolution. Doch Frankreich hat sich schon längst von den politischen Zielen des Nationalkonvents entfernt, dem es im Jahr 1792 noch um die Verbreitung der revolutionären Ziele und um die Befreiung der unterdrückten Nationen gegangen ist. Im Gegenteil, Frankreich will inzwischen die Entstehung einer großen süddeutschen Republik mit allen Mitteln verhindern und stattdessen zu separaten Bündnissen mit den einzelnen deutschen Fürsten gelangen.

18. August 1800 – Die Münchner Revolutionäre wenden sich an Marschall Moreau

München * Weil die - von überkommenen Voraussetzungen ausgehenden - Münchner Revolutionäre von dem Gesprächsergebnis mit General Decaën nicht einverstanden sind,



Kirchenbesitz und aus den mediatisierten Reichsständen erfolgen kann, bedeutet das in der Konsequenz gleichzeitig das Ende des alten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

1802 – Epitaphien werden in die Georgskirche überführt

Bogenhausen * Graf August Joseph von Törring-Gutenzell lässt vier Epitaphien von wichtigen Repräsentanten seines gräflichen Hauses und einigen Angehörigen seiner engeren Familie in die Georgskirche bringen. Drei dieser Epitaphien standen auf dem einstigen Friedhof beim Franziskanerkloster - am heutigen Max-Joseph-Platz, der im Rahmen der Aufhebung der Bettelorden und nicht-ständischen Klöster aufgelassen wird.

25. Februar 1802 – Auflösung des ältesten Mönchskonvents der Stadt

München-Graggenau * Aufhebungskommissar Graf Philipp von Arco ist mit der Auflösung des ältesten Mönchskonvents der Stadt beauftragt worden. Ein genaues Inventar des Franziskaner-Klosters ergibt ein recht bescheidenes Kapitalvermögen. Umfangreich war hingegen der Bestand an Kunstwerken zur Ausstattung der Kirchen mit nicht weniger als fünfundzwanzig Altären. Die Aufnahme des Personalbestandes ergibt, dass im Hauptkloster Sankt Anton dreißig Patres, drei Kleriker und vierzehn Laienbrüder leben, im Hospiz am Anger sind vier Patres und ein Laienbruder, im Hospiz Josephsburg drei Patres und ein Laienbruder untergebracht. Einen Laienbruder schickt man als Ausländer in seine Heimat Berchtesgaden zurück. Vier weitere Ausländer lässt man aus triftigen Gründen vorübergehend im Kloster. Für einen nicht transportfähigen alten und kranken Pater setzt sich Graf Arco nachdrücklich ein: „Ihn seinem Schicksal überlassen, hieße der ganzen Klosteraufhebung den Stempel der Grausamkeit aufdrücken und würde eine üble Wirkung bei dem Volke zurücklassen“. Fünf Laienbrüder werden in Abteien verwiesen, die übrigen Franziskaner sollen möglichst bald nach Ingolstadt gebracht werden. Die Ordensmänner wissen zwar, dass ihr Kloster aufgehoben wird, darüber hinaus sind ihnen aber weder der genaue Zeitpunkt noch die besonderen Umstände mitgeteilt worden.

25. Februar 1802 – Es ergeht eine wichtige Instruktion zur Klosteraufhebung

München-Graggenau * Es ergeht eine weitere wichtige Instruktion zur Klosteraufhebung. Sie ist unmittelbar für das Franziskanerkloster St. Anton in München bestimmt, wird aber



richtungweisend für die tatsächliche Durchführung der Klosteraufhebungen. Sofort nach Erhalt der Instruktion muss sich Graf Arco in das Kloster begeben, das Bargeld zählen und das übrige Klostervermögen feststellen. Anschließend haben sich alle Klostermitglieder im Refektorium zu versammeln, wo ihre Personalien, Beschäftigungen und besonderen Einsätze schriftlich festgehalten werden. Bei diesem überfallartigen Vorgehen geht es um Geld und sonstiges für die Staatskasse interessantes Vermögen und um weitere Einsparungen für den Staat. Dem Kommissar ist eingeschärft worden, „diesen Auftrag in der vorgeschriebenen Ordnung mit allem Eifer, Schnelligkeit und der Sache angemessenen Anstand in Vollzug zu bringen“. Die Ergebnisse gehen an die Spezial-Klosterkommission. Der weitere Inhalt der Instruktion lautet kurz gefasst: Alle Ausländer sind umgehend in ihre Heimat zu schicken; sie erhalten 25 Gulden Zehrgeld und einen Reisepass; aber Abreisetag und Reiseroute werden genau festgelegt. Wer gesund und nicht zu alt ist, muss drei Tage nach der Mitteilung auswandern; nur einige Alte und Gebrechliche erhalten Aufschub bis April. Das Sammeln auf der Reise ist den Mönchen strengstens verboten. Alle inländischen Laienbrüder, die in das bürgerliche Leben zurückkehren wollen, erhalten zum Auszug 25 Gulden und die nötigen Kleider. Diejenigen, die den Ordensstand nicht verlassen wollen, sind - bis auf wenige, die noch zu den nötigsten Hausarbeiten als Gärtner, Köche, in der Brauerei und so weiter benötigt werden - auf die oberpfälzischen oder baierischen Prälatenklöster als Konventdiener oder Pfründner zu verteilen. Die nach Abzug der Kranken und Ausländischen verbliebenen sieben Laienbrüder des Münchener Franziskanerklosters sind in ständische Abteien zu schicken. Die kurfürstliche Verordnung gibt auch Anweisung über den möglichen Rücktritt von Priestermönchen der Mendikantenorden in den Weltpriesterstand. Diese Mönche müssen sich einer Prüfung durch die Spezial-Klosterkommission unterziehen. Dabei werden weniger ihre theologischen Kenntnisse begutachtet, sondern vielmehr festgestellt, „ob die Austretenden auch im Sinne der Staatsauffassung genügend aufgeklärt“ sind. Haben die Aspiranten ihre Prüfung bestanden, erhalten sie von der Kommission die Erlaubnis zum Überwechseln mit einer jährlichen Pension von 125 Gulden.

21. Juli 1804 – Auf dem Franziskaner-Friedhof stampfen Soldatenstiefel

München-Kreuzviertel - München-Graggenau * In einem kurfürstlichen Reskript an die Oberbaierische Militär-Inspektion heißt es: „Wir haben gnädigst beschlossen, den bisherigen Parade-Platz dem Vergnügen des Publikums allein zu widmen, und zu diesem Zwecke verschönern zu lassen. Dagegen bestimmen Wir den Platz des ehemaligen Franziskaner-Klosters zur Zeit als Parade-Platz, und eröffnen solches Unserer oberbaierischen Militär-Inspektion zu Anweisung der hiesigen Kommandantschaft“. Das Franziskanerkloster ist



inzwischen abgerissen und der dazugehörige Friedhof eingeebnet worden. Der dadurch entstandene große Raum erhält bald darauf die Bezeichnung Max-Joseph-Platz. Über den Gräbern des Franziskanerfriedhofs stampfen seither Soldatenstiefel, vor allem aus der Kosttor-Kaserne und der Kreuzkaserne. Bis zum Frühjahr 1826 dient der heutige Max-Joseph-Platz als Exerzierplatz der Münchner Garnison, um sich auf einen potenziellen Einsatz sorgfältig vorbereiten zu können. Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts gibt es keine militäreigenen großen Truppenübungsplätze. Die eigentliche Truppenausbildung muss daher auf den Kasernenhöfen und auf Exerzierplätzen stattfinden.

1805 – Unhaltbare Zustände in Haidhausen

Haidhausen * Die Baierische Landesregierung gibt der Hofmarkverwaltung die Schuld an den unhaltbaren Zuständen in Haidhausen, da sie „ständig ganz unvermögenden Leuten die Ansiedlung und Verehelichung genehmige, sich aber dann nicht mehr um sie bekümmere, so daß sie in Armut gerieten und zum Bettel ihre Zuflucht nehmen müßten, um ihren Lebensunterhalt zu gewinnen“.

21. September 1805 – Kaiser Franz II. bietet den Baiern den Königstitel an

München • Auch Kaiser Franz II. trifft in München ein und bietet als Oberhaupt des das Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation dem Kurfürstentum Baiern den Königstitel an, wenn es sich der Dritten Koalition anschließen würde. Doch das hätte nicht gleichzeitig die Erringung der vollen staatlichen Souveränität bedeutet, wie sie Napoleon angeboten hat. Diese war aber für Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas die rechtliche Voraussetzung für die inneren Reformen der kommenden zwölf Jahre, insbesondere für die Ausschaltung der Stände und die Schaffung einer Konstitution. Denn noch ist die Ständeverfassung gültig, die durch das Reichsrecht und die Reichsgerichte geschützt ist.

24. September 1805 – Kronprinz Ludwig I. beschwört seinen Vater

Bern * Kronprinz Ludwig I. hat die Taktik von Kurfürst Max IV. Joseph und seinem Minister Montgelas noch nicht durchschaut. Aus Bern schreibt er beschwörend an seinen Vater, er möge „unter keinen Umständen mit den Franzosen gehen. [...] Glauben Sie nicht, dass ich ein Österreicher bin, aber ich bin deutsch und bin ein Feind des Unrechts“. Vielleicht ist das auch der Grund, warum der Kurfürst das Unterzeichnungsdatum für den Bogenhausener Vertrag so



weit nach vorne gelegt hat, dass das Schreiben des Kurprinzen als erst nach der Vertragsunterzeichnung eingetroffen angesehen werden konnte.

1. Januar 1806 – Fehlende Kroninsignien und Salbung des Königspaares

München-Graggenau * Was fehlt, sind die Kroninsignien und natürlich die feierliche Krönung mit kirchlicher Salbung des Königspaares. Napoleon hätte gerne eine Krönung gesehen, die aber in München nicht gewollt ist. Begründet wird dies damit, dass im immer noch bestehenden Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation derartige Königskrönungen unbekannt sind. Da aber Baiern, Württemberg, Baden und Frankreich bestrebt sind, die Bestimmungen des Friedens von Preßburg vom 26. Dezember 1805 schnellstmöglich umzusetzen und damit unumkehrbar zu machen, fehlt für eine Krönung sowohl in München als auch in Stuttgart die dazu notwendige Vorbereitungszeit. So findet lediglich die Proklamation der neu entstandenen Königreiche Baiern und Württemberg zeitgleich statt. Freilich gibt es noch andere Gründe, die gegen eine Krönung sprechen, aber nicht laut ausgesprochen werden: Die Wittelsbacher wollen den Anschein vermeiden, die Königswürde sei dem militärischen Erfolg und dem Willen Napoleon Bonapartes zu verdanken. Dieser hat eine Rangerhöhung der süddeutschen Staaten nur deshalb angestrebt, um zuverlässige Bündnispartner gegen Österreich zu gewinnen und dessen Machteinfluss zu beschränken. Damit ist Napoleon auch dem Ziel, das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zu zerschlagen und zu beerben, ein Stück näher gekommen. Und wenn man schon die bayerische Unabhängigkeit und Souveränität als eine von Frankreich und Napoleon unabhängige legitimiert gewusst haben will, scheint eine Krönungszeremonie - noch dazu in Anwesenheit des französischen Kaisers - für absolut unakzeptabel. Im Königlich-Baierischen Regierungsblatt vom 1. Januar 1806 wird deshalb angemerkt: „Unsere feyerliche Krönung und Salbung haben Wir auf eine günstigere Jahreszeit vorbehalten, welche Wir in Zeiten öffentlich bekannt machen werden.“ Geplant ist die Krönungszeremonie für Oktober 1806.

3. Januar 1806 – Die erste Münchner Ziviltrauung

München-Angerviertel * Münchens erste Ziviltrauung wird im Kleinen Rathaus geschlossen, als sich der Stabsarzt Dr. Anderl und die Buchhalterstochter Caroline Leutner ihr Ja-Wort geben. Im Kleinen Rathaus befindet sich das erste und lange Zeit einzige Münchner Standesamt.

14. Januar 1806 – Max I. Joseph sichert Tirol die Beibehaltung der Landesverfassung zu



München - Tirol * Ein Schreiben Königs Max I. Joseph an die Tiroler Landstände sichert ihnen die Beibehaltung der Landesverfassung zu. Diese Zusicherung ist den Tiroler Deputierten bereits bei ihren Audienzen in München schriftlich gegeben worden. Im Besitzergreifungspatent vom 22. Januar wird sich allerdings kein Hinweis auf die Tiroler Landesverfassung und andere Sonderrechte finden lassen.

22. Januar 1806 – Baiern übernimmt die ehemals gefürstete Grafschaft Tirol

Tirol * Das Königreich Baiern übernimmt die ehemals gefürstete Grafschaft Tirol. Im Besitzergreifungspatent findet sich kein Hinweis mehr auf die gegebenen Zusagen zur Beibehaltung der Tiroler Landesverfassung und andere Sonderrechte. Dagegen wird die Gleichbehandlung aller Untertanen im Königreich hervorgehoben.

1807 – Das Theater der breiten Masse wird heftig kritisiert

München * Im Morgenblatt für gebildete Stände heißt es zum Theater der breiten Masse: „Endlich sind die bretternen Bühnen, auf welchen Schweiger und Lorenzoni den Sommer hindurch unser Publikum belustigen, geschlossen. Trauriges Zeichen der Zeit, wenn solche Gesellschaften auf eine sichere und im Verhältnis zu ihrem Werte glänzende Unterstützung zählen dürfen! Manches Stück, das auf unserem Nationaltheater nicht ohne allen Eifer gespielt ward, fand ein leeres Haus, indessen Lorenzonis und Schweigers Hütten mit Zuschauern aller Stände angefüllt waren. [...] Dass übrigens beide Banden auf den ästhetischen Sinn unseres Publikums nachteilig einwirken, ist nicht zu bezweifeln. Der häufige Anblick des Rohen, Plumpen und Ungeschliffenen, die gänzliche Geschmacklosigkeit, die in der Komposition und Deklamation der Stücke liegt, die Misstöne, welche besonders in den Singspielen unzählig sind, erzeugen Nachlässigkeit im Urteil und jene ärgerliche Genügsamkeit, die immer nur um den billigen Preis lachen will.“

2. März 1807 – Die Kroninsignien treffen in München ein

Paris - München * Die in Paris angefertigten Kroninsignien treffen in München ein und werden in der Schatzkammer deponiert. Eine Königskrönung findet jedoch nie statt. Die baierischen Kroninsignien dienen ausschließlich dem Staatszeremoniell und werden bei der Eröffnung der Ständeversammlung dem König als Staatssymbol vorangetragen.



November 1807 – Napoleon beauftragt Montgelas mit dem Statut für den Rheinbund

München - Mailand - Paris * Minister Maximilian Joseph von Montgelas wird von Napoleon bei einem Treffen in Mailand aufgefordert, einen Entwurf für ein Fundamentalstatut für den Rheinbund auszuarbeiten. Vorgegeben sind die wichtigsten Grundzüge, wie eine Bundesorganisation und die Regelung der Handelsbeziehungen sowie die Einführung des „Code Napoléon“. Der von Montgelas ausgearbeitete und in Paris vorgelegte Entwurf beinhaltete nur ein absolutes Mindestmaß an Kompetenzen für den Rheinbund, der lediglich als lockerer Bund souveräner Staaten mit gemeinsamen Aufgaben auf militärischem Gebiet konzipiert ist. Da Napoléon mit dem bayerischen Entwurf nicht besonders einverstanden ist, beauftragt er seinen Außenminister mit einem neuen, wesentlich zentralistischer gestalteten Konzept.

1. Mai 1808 – Die Konstitution für das Königreich Bayern tritt in Kraft

München * Die Konstitution des Königreichs Bayern tritt in Kraft. Die erste einheitliche Verfassung des Königreichs Bayern besteht aus 45 Paragraphen, die auf acht Seiten Platz finden. Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und dem großen Gebietszuwachs, den Bayern erfahren hat, ist es notwendig geworden, das Recht zu vereinheitlichen und die Rechtsgleichheit in den verschiedenen Landesteilen herzustellen. Nur Altbayern war, bis auf wenige Enklaven, ein geschlossenes Staatsgebiet. Ansonsten gleicht das neue Bayern mit seiner Anhäufung von Besitzungen verschiedener Fürsten, Grafen, Herren und Ritter eher einem Fleckerlteppich. Bayern muss nun zusammenwachsen und nach einheitlichen gesellschaftlichen und verwaltungsrechtlichen Grundsätzen regiert werden.

Damit werden „alle besonderen Verfassungen, Privilegien, Erbämter und Landschaftliche Korporationen der einzelnen Provinzen“ aufgehoben. Die Verfassung garantiert die Gleichheit aller vor dem Gesetz und den Steuerbehörden sowie beim Zugang zu den Staatsämtern. Die Rechte des Adels werden darin eingeschränkt und deren bisherigen politischen Vorrechte ausdrücklich abgelehnt. In einer neu eingeführten „Adelsmatrikel“ muss der Adelstitel erst staatlich anerkannt werden. Die Leibeigenschaft wird ersatzlos abgeschafft. Die Sicherheit des Eigentums wird ebenso gewährleistet, wie die Gewissensfreiheit und die Pressefreiheit. Letztere wird allerdings durch Gesetze teilweise wieder eingeschränkt. Das Gesetz sieht ein stehendes Volksheer und eine Bürgermiliz vor. Mit 21 Jahren muss jeder Staatsbürger vor der Verwaltung seines Kreises einen Eid ablegen, dass er „der Konstitution und den Gesetzen gehorchen - dem König treu sein wolle“. Ohne ausdrückliche Erlaubnis des Monarchen darf kein Staatsbürger auswandern oder ins Ausland reisen. Zum „Königlichen Hause“ wird in der Konstitution festgelegt, dass die Krone erblich ist „in dem Manns-Stamme des



regierenden Hauses, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch-linealischen Erbfolge“. Die Prinzessinnen sind für immer von der Regierung ausgeschlossen, so lange noch männliche Nachkommen vorhanden sind. Sämtliche Familienmitglieder des königlichen Hauses stehen unter der Gerichtsbarkeit des Monarchen, und können bei Verlust Ihres Erbfolge-Rechts nur mit dessen Einwilligung zur Ehe schreiten. Nach den Bestimmungen der Konstitution besteht zur Verwaltung des Königreiches Baiern das Ministerium aus fünf Departements, dem des Äußeren, der Justiz, der Finanzen, des Inneren und des Kriegswesens. Zudem teilte sie das Königreich in Kreise ein, um so einen einheitlichen Beamten- und Verwaltungsstaat zu schaffen. Auch das Justiz- und Militärwesen werden neu organisiert. Ein Parlament ist in Form einer National-Repräsentation vorgesehen, kommt aber nicht zustande. Gleichwohl werden die Vertretungen der einzelnen Teilgebiete des Königreichs mit Inkrafttreten der Verfassung abgeschafft. Die National-Repräsentanten sollten für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden. Dazu sollten in jedem der acht Kreise,von den 200 höchstbesteuerten „Land-Eigenthümern, Kaufleuten und Fabrikanten“ von Wahlmännern sieben Mitglieder gewählt werden. Diese 56 Gewählten hätten dann die Reichs-Versammlung gebildet. Durch die Einführung der Konstitution verhindert Minister Maximilian Joseph von Montgelas, dass der auf Napoléon Bonapartes Drängen geschlossene Rheinbund die Souveränität des Königreichs Baiern zu stark einschränkt.

Juli 1808 – Die Münchner lieben Theater und Unterhaltung

München * Das „Journal des Luxus und der Moden“ berichtet, dass es in München bei allen Ständen üblich sei, sich von „Lipperltheatern, Menagerien, Automaten und italienischen Puppenspiellern“ unterhalten zu lassen.

1809 – In Tirol kommt es zu Erhebungen gegen die Besatzungsmacht

Tirol * In Tirol kommt es zu Aufständen gegen die Besatzungsmacht Dreimal wird Tirol befreit, ebenso oft von baierischen und französischen Truppen wieder eingenommen.

Januar 1809 – Erzherzog Johann lädt die führenden Köpfe des Tiroler Widerstands ein

Wien - Tirol * Erzherzog Johann lädt drei der zu den führenden Köpfen des Widerstands



zählenden Tiroler nach Wien. Darunter ist Andreas Hofer, der Sandwirt aus dem Passeier. In vertraulichen Gesprächen werden Informationen und Meinungen ausgetauscht und konkrete Vereinbarungen getroffen. Um mögliche rechtlich-moralische Bedenken der Tiroler Bevölkerung im Aufstand gegen die baierische Landesherrschaft auszuräumen, will der Erzherzog gleich bei Kriegsbeginn ein Besitzergreifungspatent unterzeichnen und damit Tirol wieder mit Österreich vereinen. Damit wären die Tiroler keine baierischen Untertanen mehr, sondern Österreicher. Und wer dann gegen die Bayern kämpft, wäre kein Aufständischer sondern ein Freiheitskämpfer. In der Folge wird die Erhebung Tirols ins Rollen gebracht. Es sind viele Gründe zusammengekommen, die den Aufstand der Tiroler gegen die baierische Herrschaft letztlich auslösen. Keiner allein hätte ausgereicht: weder die Aufhebung der alten Verfassung noch die Überheblichkeit baierischer Beamter, weder die drückende Steuerlast noch die religionspolitischen Maßnahmen; ja nicht einmal die verhasste Rekrutierung zum baierischen Militär hätte unter anderen Umständen solche verheerende Folgen gezeigt. Ausschlaggebend war, dass die Tiroler unter Bayern keine Tiroler bleiben durften, sondern zu Südbayern gemacht wurden.

Februar 1809 – In Tirol kommt es zu Aufständen gegen die baierischen Landesherrn

Tirol * In Tirol kommt es zu Aufständen gegen die baierischen Landesherrn. Ungeliebte Maßnahmen der Münchner Regierung und ein vielfach landfremdes und unkluges Verhalten der baierischen Beamten provozieren Unmut und Widerstand gerade beim Vierten Stand, den Bauern, kleinen Handwerkern und Tagelöhnern. Durch die Kriegsverhältnisse gelingt es nicht, in Tirol eine gewisse Zufriedenheit mit der baierischen Präsenz zu erzeugen.

19. Mai 1809 – Die Divisionen Wrede und Deroy rücken kampflos in Innsbruck ein

Innsbruck - Tirol * Die Divisionen Wrede und Deroy rücken kampflos in Innsbruck ein. Napoleon Bonaparte gibt den Befehl, General Johann Gabriel Marquis von Chasteler de Courcelles „als Räuberanführer, als Urheber der an den gefangenen Franzosen und Bayern verübten Mordtaten und als Anstifter des Tiroler Aufstandes in die Acht erklärt, vor ein Kriegsgericht zu stellen und binnen 24 Stunden zu erschießen“. Andreas Hofer verhandelt inzwischen am 19. in Mühlbach und am 20. in Bruneck mit General Chasteler und kann ihn zum Verbleib in Tirol überreden.

17. Oktober 1810 – Zum Andenken heißt der Platz der Feier Theresens Wiese



München * Am Abend gibt der Organisator der Volksbelustigung, Andreas von Dall'Armi, bekannt, dass König Max I. Joseph einverstanden ist, dass „die Wiese, worauf das erste bayerische Nationalfest gefeiert worden, zum bleibenden Andenken Theresens Wiese“ genannt werden darf. Den Wunsch gewährt der König herzlich gerne, da es ihm ja nichts kostet.

1. Januar 1814 – Das Volljährigkeitsalter im Königreich Baiern wird auf 21 Jahre festgesetzt

Königreich Bayern * Das Volljährigkeitsalter im Königreich Baiern wird - ohne Unterschied des Standes oder Geschlechts - einheitlich auf 21 Jahre festgesetzt. Bisher waren die Regelungen in den einzelnen Reichsteilen Baierns unterschiedlich.

29. Januar 1814 – Die Schlacht bei Brienne-le-Château sur Aube

Brienne-le-Château * Bei Brienne-le-Château sur Aube kämpft die Große Armee - mit Beteiligung Baierischer Truppen unter dem Befehl von General Carl Philipp Joseph von Wrede - gegen die Napoléonischen Streitkräfte. Die Schlacht endet mit einem Sieg Frankreichs unter Napoléon Bonaparte gegen die Russen, Preußen und Baiern unter Generalfeldmarschall Gebhard Leberecht von Blücher. Der Name des Schlachtortes findet sich seit 1826 in der Briener Straße wieder. Diese hieß zuvor Königsstraße beziehungsweise ab dem Königsplatz Kronprinzenstraße und ist aus dem ehemaligen Fürstenweg nach Nymphenburg entstanden.

30. Mai 1814 – Die Befreiungskriege sind beendet

Paris * Mit dem Ersten Frieden von Paris werden die napoleonischen Befreiungskriege beendet. Es ist ein Versöhnungsfrieden, der Frankreich als Großmacht in den Grenzen von 1792 bestehen lässt. Das Land erhält sogar besetzte Kolonien und Handelsniederlassungen zurück. Der Erste Pariser Frieden legt in einer völkerrechtlich verbindlichen Formel fest: „Die Staaten Deutschlands werden unabhängig und durch ein föderatives Band vereinigt sein.“ Damit ist die Restauration der vorrevolutionären Verhältnisse des alten Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation ebenso ausgeschlossen, wie die Gründung eines deutschen Einheitsstaates. Durch die von Napoleon initiierte große Flurbereinigung der deutschen Landkarte ist die Zahl der deutschen Staaten auf ein überschaubares Maß reduziert worden. Das hat jedoch an den zum Teil enormen Größenunterschieden nichts geändert. Durch die erheblich vergrößerten süddeutschen Mittelstaaten Baiern, Württemberg, Baden und anderer war ein neuer Machtfaktor entstanden.



Die Neuordnung erfolgt freilich unter den Eindrücken der bürgerlichen Reformprojekte der Französischen Revolution, die bereits zuvor in den deutschen Einzelstaaten Resonanz gefunden und dort manche Impulse zur Modernisierung der Staats- und der Gesellschaftsordnung ausgelöst hat.

26. Juni 1814 – Österreich ergreift offiziell Besitz von Tirol

Innsbruck - Wien * Österreich ergreift offiziell Besitz von Tirol. Damit endet dort die baierische Herrschaft endgültig. Österreich übernimmt die meisten Errungenschaften der baierischen Verwaltung und hütet sich davor, zu den alten Strukturen zurückzukehren. Selbst die alte Ständeverfassung, deren Abschaffung eine der Hauptursachen des Aufstands von 1809 war, wird nur in sehr mild abgeänderter Form wiederbelebt.

1815 – Ketzerei, Zauberei und Hexerei sind nicht mehr strafbare Tatbestände

München * Im Strafrecht von Paul Johann Anselm von Feuerbach sind Ketzerei, Zauberei und Hexerei nicht mehr als strafbare Tatbestände zu finden.

März 1817 – Hungerkrawalle, Magazinplünderungen und Bauernaufstände

Königreich Baiern * Eine Teuerungshysterie beginnt. Man vermutet hinter den horrenden Getreidepreisen das Werk und die Machenschaften von Spekulanten und Wucherern. Die Folge sind Hungerkrawalle, Magazinplünderungen und Bauernaufstände im Ausland und in Baiern.

1818 – Graf von Montgelas wird Erblicher Reichsrat

München-Kreuzviertel * Maximilian Joseph Graf von Montgelas, der langjährige baierische Premierminister und Erschaffer des modernen Bayern, gehört bis 1838 als Erblicher Reichsrat der Kammer der Reichsräte als Vorsitzender des Finanzausschusses an.

26. Mai 1818 – Die Ständeversammlung hat über die Post mitzubestimmen

München * Seit der Verfassung vom 26. Mai 1818 sind im Königreich Baiern Fragen der



Post nicht mehr alleine Angelegenheit des Landesherrn und seiner Regierung. Die Ständeversammlung hat das Recht über die Staatsausgaben und damit auch über die Post mitzubestimmen. Zu den bevorzugt diskutierten Themen in der Ständeversammlung gehört unter anderem die Frage, ob die Post, als Öffentliche Anstalt die Bedürfnisse der Öffentlichkeit zu befriedigen hat oder ob sie vorwiegend Geld in die immer leeren Staatskassen bringen soll. Immer wieder prangern die Abgeordneten die katastrophalen Dienstleistungen der Post, die Grobheit der Postillione und den miserablen Zustand der bayerischen Straßen an.

1819 – Franz Xaver Zacherl in der Ständeversammlung

Vorstadt Au * Der Bierbrauer Franz Xaver Zacherl gehört der ersten Ständeversammlung des Königreiches Bayern an. Auch in der folgenden Legislatur übt er dieses Amt aus.

1. Februar 1819 – Die erste bayerische Ständeversammlung tagt

München-Kreuzviertel * Die erste bayerische Ständeversammlung tagt vom 1. Februar bis 25. Juli 1819.

4. Februar 1819 – Der Bayerische Landtag wird feierlich eröffnet

München-Kreuzviertel * Die erste Bayerische Ständeversammlung wird von einem gut gelaunten König Max I. Joseph im Ständehaus an der heutigen Prannerstraße feierlich eröffnet.

5. März 1819 – Ein Antrag gegen den jüdischen Hausiererhandel

München-Kreuzviertel * Joseph von Utzschneider bringt in seiner Funktion als Münchner Bürgermeister in der Ständeversammlung einen Antrag gegen den jüdischen Hausiererhandel ein. Der Handel der Juden soll demnach die „Quelle aller den inländischen Handel und das Gewerbe untergrabenden und vernichtenden Übel“ darstellen.

10. Juli 1819 – Ein Maßnahmenkatalog zur Eingrenzung des jüdischen Hausiererhandels



München-Kreuzviertel * Die Ständeversammlung legt einen Maßnahmenkatalog zur Eingrenzung des jüdischen Hausiererhandels vor.

22. Juli 1819 – Eingrenzung des jüdischen Hausiererhandels beschlossen

München-Kreuzviertel * König Max I. Joseph billigt den von der Ständeversammlung vorgelegten Maßnahmenkatalog zur Eingrenzung des jüdischen Hausiererhandels.

August 1819 – Judenverfolgung in den fränkischen Landesteilen

Franken - Würzburg * Kurz nachdem König Max I. Joseph den Maßnahmenkatalog zur Eingrenzung des jüdischen Hausiererhandels genehmigt hat, kommt es in den fränkischen Landesteilen zu schweren Judenverfolgungen, „die vor allem in Würzburg das Maß des seit Jahrhunderten Dagewesenen überschritten. [...] Arbeitslose, Handwerksburschen, verschuldete Bauern und Bürger stürmten die Häuser der Juden. Synagogen wurden in Brand gesteckt“. Die Übergriffe auf die jüdischen Mitbürger dauern - mit Unterbrechungen - bis ins Jahr 1822 hinein an.

21. Januar 1822 – Die zweite Ständeversammlung tagt

München-Kreuzviertel * Die zweite Ständeversammlung tagt vom 21. Januar bis zum 2. Juni 1822.

1825 – Rücklagen für den Bau einer protestantischen Kirche

München-Kreuzviertel * Der Bayerische Landtag ermächtigt das Finanzministerium, jährlich 20.000 Gulden für den Bau einer protestantischen Kirche anzusetzen. Dafür muss die Salvatorkirche unentgeltlich zurückgegeben werden. Erweiterungsplanungen werden damit hinfällig.

1825 – Die Themen Ansässigmachung und Verehelichung im Landtag

München-Kreuzviertel - Königreich Baiern * Die Ständeversammlung befasst sich mit den



Themen Ansässigmachung und Verehelichung. Man verweist auf England und Holland, wo der Wohlstand auf einer zahlreichen und gewerbefleißigen Bevölkerung basiert. Dagegen hindern im Königreich Baiern die „Erschwerung der Heiraten und Ansässigmachungen [...] ein unserem dürtigen Boden und seiner großen Oberfläche angemessenes Wachstum der Bevölkerung und beraubten uns dadurch gerade der Entwicklung jener kostbaren Kräfte, durch deren fruchtbare Produktion der innere Wohlstand am segensreichsten gedeiht und die Gewichtigkeit eines Staates am sichersten emporsteigt“. Bedenken, dass die wachsende Bevölkerung nicht ernährt werden könne, zerstreut der Abgeordnete Jakobi mit Hunden in der Landeshauptstadt: „In München werden viele Tausend unnütze Hunde gehalten, die besser genährt und gefüttert werden oft als Tausende von Menschen“.

25. Februar 1825 – Die dritte Ständeversammlung tagt

München-Kreuzviertel * Die dritte Ständeversammlung während der Regierungszeit von König Max I. Joseph tagt vom 25. Februar bis 12. September 1825.

11. September 1825 – Die Ständeversammlung verabschiedet drei Sozialgesetze

München-Kreuzviertel - Königreich Baiern * Die Ständeversammlung verabschiedet drei Gesetze, die als die ersten von einer bayerischen Volksvertretung verabschiedeten Sozialgesetze angesehen werden: Das Gesetz über die Heimat, das Gesetz über die Ansässigmachung und Verehelichung und das Gesetz über das Gewerbewesen.

1826 – Joseph von Hazzi veröffentlicht sein Lehrbuch des Seidenbaus

München * Joseph Ritter von Hazzi veröffentlicht sein Lehrbuch des Seidenbaues. Im Vorwort heißt es: „Es findet sich in dieser Schrift sowohl der kleinere als größere Seidenzieher den angemessenen Unterricht über alle Umstände des Seidenbaues, ja über alle, sogar tägliche nöthige Verrichtungen bey der ganzen Seidenzucht“.

1826 – Lola Montez kommt von Kalkutta ins südenglische Bath

Kalkutta - Bath * Die kleine Elizabeth Rosanna Gilbert, besser bekannt als Lola Montez, kommt von Kalkutta ins südenglische Bath, um im dortigen Internat eine standesgemäße Ausbildung zu



erhalten.

März 1826 – Straßen nach siegreichen Schlachten gegen Napoleon umbenannt

München * König Ludwig I. lässt Straßen in München nach siegreichen Schlachten gegen Napoleon umbenennen. Aus der Karolinenstraße bzw. Wilhelminenstraße wird die Barer Straße, aus der Ludwigstraße die Arcisstraße, die die heutige Katharina-von-Bora-Straße mit einschließt, die vor 1826 den Namen Amalienstraße trägt. Die Königsstraße, die ab dem Königsplatz Kronprinzenstraße heißt und aus dem ehemaligen Fürstenweg nach Nymphenburg entstanden sind, wird zur Brienner Straße. Diese Straßennamen erinnern an die in Frankreich gelegenen Orte Brienne-La-Rothière, Arcis sur Aube sowie Bar sur Aube, bei denen das V. Armeekorps unter General Carl Philipp Wrede im Februar und März 1814 siegreich aus den Napoleonischen Befreiungskriegen hervorging.

1827 – Friedrich von Gärtner soll die Bayerischen Staatsbibliothek bauen

München-Maxvorstadt * König Ludwig I. erteilt Friedrich von Gärtner den Auftrag zum Bau der Bayerischen Staatsbibliothek, deren Bestände auf Herzog Albrecht V. ins 16. Jahrhundert zurückgehen. Schon bevor sie die rund 200.000 Bände aus den säkularisierten Klöstern aufnehmen musste, war die Staatsbibliothek eine der umfangreichsten Sammlungen ihrer Art in Europa.

31. Oktober 1827 – Die Franziskaner treffen in Schwabing ein

Schwabing * Der Provinzial-Vikar der wiedererstandenen Franziskanerprovinz, Pater Johann Nepomuk Glöttner, trifft mit einigen Patres, Klerikern und Laienbrüdern von Ingolstadt kommend in Schwabing ein.

10. März 1828 – Das Odeon wird eröffnet

München-Maxvorstadt * Das von Leo von Klenze neu erbaute Odeon, ein Musiksaal mit hervorragender Akustik, wird eröffnet. Das Gebäude ist gegenüber dem Leuchtenberg-Palais entstanden und hatte sich diesem anzupassen, weshalb Leo von Klenze den Konzertsaal im Inneren des Neubaus versteckt. Es gibt deshalb kein



natürliches Licht im 37 Meter langen Konzertraum.

1. September 1828 – Freiherr von Zentner muss zurücktreten

München-Kreuzviertel * Als Bauernopfer für die gescheiterte Stände-Versammlung muss der liberal gesinnte Freiherr von Zentner herhalten, der von dem als liberal geltenden Joseph Ludwig Graf von Armansperg, keine zwei Wochen nach dem Ende der Stände-Versammlung, ersetzt wird. Armanspergs bisherige Aufgabe als Innenminister übernimmt der als konservativ geltende Eduard von Schenk. Er gilt König Ludwig I. als wesentlich gefügiger als sein Amtsvorgänger, der die „Trennung von Religion und Staat“ vertritt.

17. November 1828 – König Ludwig I. vergeht die Lust am Liberalismus

München-Kreuzviertel * Die erste Stände-Versammlungen unter der Leitung von König Ludwig I. findet in der Zeit vom 17. November 1827 bis 18. August 1828 statt. Der bayerische Monarch ist gemeinsam mit seinem Leitenden Minister Georg Friedrich Freiherr von Zentner mit großen Erwartungen an dieses Zusammentreffen herangetreten. Die königlich angeordnete prunkvolle Eröffnung der Stände-Versammlung soll eine neue Ära einleiten. Der Hinweis in Ludwigs Thronrede erweckt liberale Hoffnungen, auch wenn der König betont, dass ihm die Religion das Wichtigste sei. Das Einbringen von 39 Gesetzentwürfen in beide Kammern durch König Ludwig I. schürt die hohen Erwartungen zusätzlich. Doch die Ernüchterung tritt auf beiden Seiten sehr schnell ein. Die Mandatsträger der beiden Kammer wollen sich nicht als bloße Erfüllungsgehilfen königlicher Politik verstanden wissen. Und der autokratische und ungeduldige Monarch zeigt sich enttäuscht von dem vielfältigen parlamentarischen Widerstand, den er nicht nach seinem Willen brechen kann. Deshalb vergeht ihm schlagartig die Lust am Liberalismus und an den Reformen.

Kaum hatte er die politische Verantwortung übernommen, soll sich bei ihm eine lebenslang anhaltende Entfremdung gegenüber der Verfassung einstellen.

20. Februar 1831 – Teilnahme an der Ständeversammlung verweigert

München-Kreuzviertel * Die zweite Ständeversammlung in Ludwigs I. Regierungszeit beginnt. Die Sitzungsperiode dauert bis zum 29. Dezember 1831. Die Mitglieder der Abgeordnetenversammlung sind im Dezember des Vorjahres neu gewählt worden. Das Ergebnis brachte 62 Abgeordnete auf die christlich-konservative Regierungsseite und 66 Abgeordnete auf der fortschrittlich-liberale Bank der Opposition. Weil der Monarch mit



dem Wahlergebnis nicht einverstanden ist, macht er von seinem ihm verfassungsgemäß zustehenden „Ausschließungsrecht“ bei fünf zur Opposition zählenden Abgeordneten Gebrauch und verweigert ihnen die Teilnahme an der Ständeversammlung.

22. Mai 1831 – Innenminister Eduard von Schenk zum Rücktritt gezwungen

München-Kreuzviertel * Die schwäbischen und fränkischen Oppositionellen zwingen in der Frage der Pressefreiheit - sehr zum Ärger von König Ludwig I. - den Innenminister Eduard von Schenk zum Rücktritt. Dadurch muss König Ludwig I. die Zensurverordnung wieder zurücknehmen, was allerdings nichts an der Praxis der Zensur ändert.

13. September 1831 – Überarbeitung des Ansässigkeitsgesetzes gefordert

München-Kreuzviertel * Eine überwältigende Mehrheit der Abgeordnetenkammer fordert, dass bei der Verleihung eines Gewerbes „nicht bloß der Nahrungsstand des Bewerbers, sondern auch jener der bereits Berechtigten berücksichtigt werde“.

27. Mai 1832 – Kritische Töne auf dem Hambacher Fest gegen die Regierung

Hambach * Auf dem Hambacher Fest demonstrieren rund 30.000 Menschen aus Süddeutschland in den Farben Schwarz-Rot-Gold für die Einheit Deutschlands, für eine föderative deutsche Republik und für eine Allianz der demokratischen Bewegungen Europas. Offenbar sind viele Frauen dem Aufruf gefolgt, der sich ja auch ausdrücklich an die „deutschen Frauen und Jungfrauen“ gewendet hat, „deren politische Missachtung in der europäischen Ordnung ein Fehler [...] ist“. Die Festteilnehmer tragen Fahnen mit politischen Aufschriften mit, die auf die Themen der Veranstaltung aufmerksam machen. In mehr als zwanzig Reden beschreibt man die augenblickliche politische Lage und beschreibt - in einer heute ungewohnt pathetischen Sprache - die künftige Gestaltung Deutschlands. Die Forderung nach Einheit meint die staatliche Einheit der deutschen Kulturnation, die auf der gemeinsamen Sprache und der gemeinsamen historischen Vergangenheit beruht. Die Forderung nach Freiheit meint die bürgerlichen Rechte wie Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit sowie Handels- und Gewerbefreiheit. Die Forderung nach Gleichheit richtet sich gegen die mittelalterliche „Ständeordnung“, die die Menschen in Adel, Klerus und den dritten Stand, welcher über keinerlei politischen Rechte verfügt, einteilt. Gleichheit meint aber auch eine



Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetz ohne Bindung an den Geburtsstand. Gegen dieses absolutistische System setzen die Hambacher die Volkssouveränität als den obersten Wert der Staatsverfassung. Die Macht im Staate soll vom Volk ausgehen, gesetzlich festgelegt und kontrollierbar sein, damit Willkürakte verhindert werden und der Einzelne mit Hilfe der Gesetze in seinen Eigentums- und Freiheitsrechten geschützt ist. Anstelle der dem Fürsten verantwortlichen Heere fordern die Hambacher eine allgemeine Bürgerbewaffnung. Die Frau wird als gleichberechtigte Partnerin des Mannes gesehen. Sie ist „nicht mehr die dienstpflichtige Magd des herrschenden Mannes, sondern die freie Genossin des freien Bürgers“, deren Aufgabe es ist, frühzeitig ein politisches Verantwortungsbewusstsein in den Kindern zu wecken. Überhaupt sehen die in Hambach Versammelten in der politischen Bildungsarbeit ein bedeutendes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen. Das soll in einem öffentlichen Meinungsbildungsprozess in der Presse und auf Volksversammlungen gefördert werden, damit sich die Ziele der Einheit, der Freiheit, der Gleichheit und der Volkssouveränität in der Bevölkerung festsetzen und so allmählich gewaltlos verwirklicht werden können.

22. Juni 1832 – Diktatorische Vollmachten um die Unruhen im Rheinkreis zu „befrieden“

München - Hambach - Gaibach - Speyer * Auf ausdrücklichen Befehl des Königs Ludwig I. wird jetzt gegen die Aktivisten von Hambach und Gaibach mit harten Strafen vorgegangen. Feldmarschall Carl Philipp Joseph Fürst von Wrede wird vom Bayernkönig mit nahezu diktatorischen Vollmachten ausgestattet, um die Unruhen im Rheinkreis zu „befrieden“ und um gleichzeitig die Verwaltungsmissstände zu untersuchen. Der Regierungspräsident des Rheinkreises, Ferdinand Freyherr von Adrian-Werburg, wird abberufen und durch den früheren Generalkommissär von Carl Albert Leopold Freiherr von Stengel ersetzt. Die bayerischen Truppenkontingente treffen in der Pfalz ein.

28. Juni 1832 – Carl Philipp Joseph Fürst von Wrede unterdrückt die

Hambach * Feldmarschall Carl Philipp Joseph Fürst von Wrede verordnet in 16 Paragraphen detaillierte Maßnahmen, mit denen die oppositionelle Volksbewegung unterdrückt werden soll. Im Einzelnen verbietet er öffentliche Versammlungen, politische Vereine und Verbindungen sowie das Tragen von schwarz-rot-goldenen Abzeichen und Fahnen. Er befiehlt die Entfernung der Freiheitsbäume und kündigt die Bestrafung der Verfasser und Verbreiter unzensurierter politischer Flugschriften an. Für den Fall, dass die angeordneten Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung unzureichend sein sollten, kündigt Wrede die Verhängung des Kriegszustandes an. Im weiteren Verlauf kommt es zu 142



Gerichtsprozessen, in denen sogar sieben Todesstrafen ausgesprochen werden. Diese werden allerdings in lebenslange Haft umgewandelt.

1834 – Wiedereinführung der Fornikationsstrafe gefordert

München * Die Wiedereinführung der Fornikationsstrafe [= Bestrafung der einfachen Unzucht] wird in der Ständeversammlung von katholischen und evangelischen Abgeordneten in einer gemeinsamen Eingabe gefordert. Es kommt zu keiner Verschärfung des Strafrechts, weil man eine Erhöhung der Abtreibungs- und Kindermorddelikte befürchtet.

4. März 1834 – Die Beratungen sollen ein Erfolg für König Ludwig I. werden

München-Kreuzviertel * Das nächste Zusammentreffen der Stände-Versammlung wird für die Zeit vom 4. März bis 3. Juli 1834 einberufen. Innenminister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein setzt alles daran, dass die Beratungen zu einem Erfolg für König Ludwig I. werden sollen. Und die vorausgegangenen, vom König veranlassten Einschüchterungen zeigen auch in der Abgeordnetenkammer ihre Wirkung.

3. Mai 1834 – Eine Konfrontation zwischen den Dorfbewohnern und den Haberern

Weyarn * Beim Haberfeldtreiben von Weyarn in der Nacht vom 3. auf den 4. Mai 1834, das sich gegen die Wirtstochter Anna Kirchberger, die Hausmagd Maria Strohschneider, den Wirt Alois Kirchberger und andere Dorfbewohner richtet, kommt es zur direkten Konfrontation zwischen den Dorfbewohnern und den Haberern. Der Wirt, sein Sohn und der Knecht gehen auf die Haberer los. Vater und Sohn Kirchberger werden nur leicht verletzt, der Knecht wird dagegen von fünf Schüssen schwer verwundet. Auch auf den herbeigeholten Pfarrer wird geschossen. Er kann den Verletzten nur im Schutze des Straßengrabens erreichen. Die heftigen verbalen Attacken richteten sich erneut gegen den Standesunterschied von Wirt und Dirn. Durch die Vorgänge von Weyarn wird das Haberfeldtreiben endgültig kriminalisiert.

Juni 1834 – Auseinandersetzungen um die Umbaufinanzierung

München-Graggenau * Monatelang ziehen sich die Auseinandersetzungen um die Umbaufinanzierung des Palais Toerring-Jettenbach hin. Die Ministerien haben wegen der



Unzweckmäßigkeit und Unglaublichkeit des Projekts erheblich Vorbehalte. Der teure Vorbau bringt kaum einen Zugewinn an Raum und ist außerdem durch mangelnde Belichtung nur sehr schlecht nutzbar. Was also soll die entstehenden Kosten rechtfertigen? Schon deshalb holen die befassten Ministerien einen Gegenentwurf des Maurermeisters Höchl ein, der anstelle der Bogenhalle eine einfache Fassade vorsieht. Doch das steht den Interessen des Königs diametral entgegen. Ludwig I. geht es einzig und alleine um die Gestaltung der Fassade, die er von den Wohnräumen seines Schlosses aus zu sehen bekommt. Einen letzten Vermittlungsversuch unternehmen die Minister Maximilian Emanuel Freiherr von Lerchenfeld und Friedrich August Freiherr von Gise im Juni 1834. Wenn der König schon nicht auf den kostspieligen Arkadenvorbau verzichten will, soll er dessen Errichtung doch durch einen Zuschuss aus seinen Mitteln unterstützen, „damit, wenn in künftiger Ständeversammlung dieser Bau zur Sprache kommt und dem Ministerium zum Vorwurf gemacht wird, es habe denselben mit Vernachlässigung des Raums nur im Sinne architektonischer Schönheit geführt, alle Klagen einzelner Mitglieder der Ständeversammlung dadurch beseitigt werden können“. Der König reagiert rigoros, selbstherrlich und schroff: „Die Stände über Fassaden von Gebäuden zu hören ist der Verfassung nicht gemäß. Einmischung derselben in die Administration leide ich nicht. Dieses ist Mein letztes Wort in Betreff dieses Gegenstandes.“ Da der Generalpostadministrator Lippe nichts weiter als ein opportunistischer Erfüllungsgehilfe des Königs ist, genügt ein Machtwort und die Postdirektion bezahlt den gesamten Umbau des Palais - einschließlich der nicht nur unbrauchbaren, sondern für ihre Belange geradezu unfunktionalen Säulenhalle - aus dem eigenen Haushalt.

1. Juli 1834 – Die Ständeversammlung genehmigt den Ludwig-Main-Donau-Kanal

München-Kreuzviertel * Die bayerische Ständeversammlung genehmigt den Bau eines Kanals zwischen Main und Donau, den Ludwig-Main-Donau-Kanal.

1. Juli 1834 – Gesetzesvorlage zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums

München-Kreuzviertel * Innenminister Ludwig Fürst von Oettingen-Wallerstein bringt in die Ständeversammlung einen Gesetzentwurf zur Revision des Ansässigmachungs- und Verehelichungsgesetzes ein. Ziel der Gesetzesvorlage ist die Begrenzung des Bevölkerungswachstums durch Verhinderung der Verehelichung und Familiengründung durch Besitzlose. Damit sollen gleichzeitig die Lasten der Armenkasse gesenkt sowie die Unzufriedenheit der sozialen Unterschichten und die damit verbundene Revolutionsbereitschaft unterbunden werden. Der Innenminister kommt damit der überwältigenden Mehrheit der



Abgeordnetenversammlung entgegen, die bereits am 13. September 1831 derartige Schritte forderte. Fürst Ludwig von Oettingen-Wallenstein schafft mit diesem Deal auch die Zustimmung zu anderen Gesetzesvorlagen wie die Zivilliste, den Festungsbau in Ingolstadt und den Ludwig-Main-Donau-Kanal.

1. Juli 1834 – Ein neues Ansässigmachungs- und Verehelichungsgesetz

München-Kreuzviertel * Die Ständeversammlung beschließt ein Ansässigmachungs- und Verehelichungsgesetz, in dem den Gemeinden ein „absolut hindernder Widerspruch (Vetorecht)“ zugestanden wird. Das gilt in all den Fällen, wo das Gesuch auf Ansässigmachung lediglich auf dem Nachweis eines „anderweitig gesicherter Nahrungsstandes“ gestützt ist. Damit liegt das Schicksal der Bewerber, für die kein Anspruch auf Ansässigmachung besteht, ausschließlich in der Hand der Gemeinde. Davon betroffen sind in erster Linie besitzlose Lohnabhängige, die dadurch auch von der Verehelichung ausgeschlossen werden.

1835 – Die Vision des Simon von Eichthal zum Eisenbahnbau

München * Die Vision von Simon von Eichthal, dem Bankier und Mitbegründer der Eisenbahngesellschaft München - Augsburg, zum Eisenbahnbau lautet: „Die Großartigkeit des Unternehmens wird es dann auch möglich machen, im Inlande Anstalten ins Leben zu rufen, aus welchen Dampfwägen und alle diejenigen Gegenstände, welche zur Verfertigung und Befahrung der Eisenbahnen sonst aus England und den Niederlanden bezogen werden müssen, hervorgehen können“.

1836 – Gegen das Ausschankverbot des Salvators

München * Graf von Seinsheim schreibt in seiner Funktion als Präsident des Isarkreises zur Preisgestaltung des Salvator-Bieres: „Seit ich denke, und das ist schon eine geraume Zeit von Jahren, findet dieser Ausschank um das Fest des Hl. Franz von Paula statt. Das Publikum ist nicht nur daran gewöhnt, sondern es hängt demselben wie dem Einbocke [= Bockbier] mit einer Art von Leidenschaftlichkeit an, ja manche Menschen erblicken in dem Genuß des Einbockbieres den Beginn einer Art Frühjahrskur. [...] Sollte auf dem Verbote des Ausschanks des Salvators bestanden werden, so bin ich überzeugt, daß, um Selbes zu verwirklichen, die ernstesten Maßregeln, ja sogar militärische Assistenz erforderlich werden.“



August 1836 – In München bricht die erste Cholera-Epidemie aus

München - Vorstadt Au - Haidhausen * In München bricht die erste Cholera-Epidemie aus. Sie dauert bis Januar 1837. 143 von 4.700 Bewohner Haidhausens sterben daran, das sind rund 3 Prozent. 259 von rund 10.000 Bewohner der Au sterben daran, das sind rund 2,6 Prozent. 1.061 von rund 100.000 Bewohner Münchens sterben daran, das sind rund 1 Prozent. Von Übergriffen auf Ärzten wegen der Cholera wird berichtet: „Im Jahre 1836 hielt man in der Vorstadt Haidhausen dafür, daß die Aerzte den Leuten die Cholera erst ins Haus brächten, und sie wollten von ärztlichen Nachforschungen im Hause nichts wissen. Ja, es bestanden dort Vorurtheile, als ob die reichen Leute die Cholera machten, als leiser Nachklang der Brunnenvergiftungsfurcht durch die Juden im Mittelalter. Es war daher das Aufsuchen und die Nachfrage in Haidhausen, ob im Hause keine Diarrhöen vorkämen, dem vorurtheilsvollen und ungebildeten Publikum gegenüber sogar mit persönlicher Gefahr verbunden“. Bei den nächsten Epidemien spielten Vergiftungsvorstellungen keine Rolle mehr. Doch nachvollziehbar sind solche Theorien schon. So hält sich die Vorstellung, der Aids-Virus sei in einem amerikanischen Labor geschaffen worden, um die Schwarzen auszurotten, auch noch immer.

1837 – Erbärmliche Lebensumstände in den Herbersvierteln

Vorstadt Au - Haidhausen - Giesing * Der Auer Armenarzt Anselm Martin schreibt: „In den Herbergen sind nicht nur Menschen, sondern auch noch alle Gattungen Hausthiere Katzen, Kaninchen, Vögel, Mäuse und dergleichen, so wie alle nur erdenklichen Handwerksgeräthe, Hausutensilien, alte, bereits halb verfaulte, zusammengesammelte Leinwand, zerbrochenes Glas, neugewaschene zum Trocknen aufgehängte Wäsche und dergleichen in den kleinsten, mit zurückstoßender Luft angefüllten Gemächern anzutreffen. Die Öfen sind gewöhnlich von Ziegel, selten von Eisen. Die Feuerung geschieht mit Holz und zwar mit den schlechtesten und wohlfeilsten Holzgattungen, oft mit halbverfaulten, in der Isar aufgefangenen Gerten und Prügeln.“ Die Höhe der Wohnräume liegt bei 180 bis 192 Zentimetern; die Dachdeckungen aus Ziegel oder Blech lösen erst im 19. Jahrhundert die Schindel- oder Strohdeckung ab; ihre Galerien und Träger verzieren die Bewohner mit Schnitzereien. Gemeinsamer Besitz aller Hausbewohner sind das Grundstück, die Umfassungsmauern und das Dach. Diese komplizierten Eigentumsverhältnisse führen häufig zu ausgiebigen Streitereien. Wird das Dach undicht, so sind in erster Linie nur die Parteien des obersten Stockwerks vom Schaden betroffen, die Bewohner des Parterres dagegen haben nur sehr wenig Interesse an einer kostspieligen Reparatur. Deshalb soll es vorgekommen sein, dass die Oberen kübelweise Wasser auf den Fußboden schütteten, um die Unteren drastisch an die gemeinsamen Verpflichtungen zu erinnern. Nicht umsonst heißt es in den Akten des Landgerichts: „So viele



Herbergsbesitzer sich in einem Hause befinden, ebenso viele Hauseigentümer gibt es im selben; keiner lässt sich vom andern etwas einsprechen, jeder tut in seiner Herberge, was er will.“ Auch die hygienischen Zustände sind katastrophal. Das Trinkwasser muss von weit entfernten Pumpbrunnen geholt werden. Da eigene Abtritte fehlen, benutzt man Häfen und Leibstühle. Wegen der fehlenden Kanalisation werden Abfälle und Abwässer jeglicher Herkunft in den Auer Mühlbach geschüttet. Eine städtische Verordnung bestimmt deshalb, dass dies nur während der Nacht geschehen darf, da tagsüber die Frauen ihre Wäsche im Auer Mühlbach waschen. Das Fehlen der Abfalltonnen bedingt viele unreinliche Wohnungen. Dadurch sind die Herbergsviertel in Seuchenzeiten Brutstätten von Krankheiten. Es ist also kein Wunder, dass viele Bewohner an den Typhus- und Choleraepidemien sterben und die Einwohner oft hohen Blutzoll zu entrichten haben.

1837 – Joseph Anton von Maffei wird Mitglied in der Kammer der Abgeordneten

München-Kreuzviertel * Zwischen 1837 bis 1847 ist Joseph Anton von Maffei Mitglied in der Kammer der Abgeordneten.

2. Februar 1837 – Wahlergebnis im Sinne der Regierung beeinflusst

München-Kreuzviertel * Die nächste Zusammenkunft der Volksvertretung beginnt am 2. Februar und dauert bis zum 17. November 1837. Das Ergebnis der im Vorfeld durchgeführten Wahlen war von der Staatsregierung schon ganz in ihrem - konservativen - Sinne beeinflusst worden.

18. September 1837 – König Ludwig I. legt sich mit der Stände-Versammlung an

München-Kreuzviertel * König Ludwig I. argumentiert vor der Stände-Versammlung so: „Die Verfassungsurkunde räumt den Ständen keineswegs das Recht ein, die einzelnen Positionen der Einnahmen und Ausgaben unabänderlich mit verbindender Kraft für die Regierung festzustellen, nur zum Zwecke der Steuerbewilligung wird denselben das Budget vorgelegt; ein Finanzgesetz ist in der Verfassung nicht vorgeschrieben, sondern nur durch eine gezwungene Interpretation ist die bisherige Übung eingeführt worden. Zwingen lasse ich mich nicht, dafür meyne ich, sollte ich zu gut bekannt seyn. [...]“ Die Kammer der Abgeordneten wollte einen derartigen Angriff des Königs freilich nicht akzeptieren und selbst die Kammer der Reichsräte ist von den Argumenten des Innenministers Oettingen-Wallerstein überzeugt. Es kommt, was kommen musste: wer dem



König nicht nach dem Mund spricht, hat mit Sanktionen zu rechnen, weshalb Ludwig I. seinen liberal geltenden Innenminister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein am 4. November 1837 entlässt.

4. November 1837 – Karl August von Abel wird Innenminister

München * König Ludwig I. entlässt seinen als liberal geltenden Innenminister Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein. An seine Stelle rückt der erkonservative Ministerialrat Karl August von Abel.

14. August 1838 – König Ludwig I. erlässt die die Kniebeugeverordnung

München * Als ein Beispiel der rückwärtsgewandten antikatholischen Maßnahmen kann die Kniebeugeverordnung für die Bayerische Armee gelten. Die Vorschrift über die Kniebeuge war vom damaligen Kurfürsten Max IV. Joseph im Jahr 1803 abgeschafft worden, nachdem Baiern kein ausgesprochen katholisches Land mehr war und Katholiken und Protestanten in der gleichen Armee dienten. Wenn also der Priester den Segen gab, knieten sich die Katholiken hin, während die Protestanten gemäß ihrer Glaubensauffassung stehen blieben. Nun befiehlt aber König Ludwig I., dass Alle niederzuknien haben.

28. Dezember 1839 – Die Stände-Versammlung und die konservative Politik

München-Kreuzviertel * Die Stände-Versammlung dauert vom 28. Dezember 1839 bis 15. April 1840. Die Reichsräte und die Abgeordneten haben sich nun auch mit dem politischen Kurswechsel in der ludovizianischen Innenpolitik durch den konservativen Innenminister Karl August von Abel auseinanderzusetzen.

Oktober 1840 – Über die Geselligkeit auf dem Oktoberfest

München-Theresienwiese * „Ohne Unterschied des Standes und Geschlechtes lagerte man sich hier um die Tische, oder, wo es an Platz gebrach, gruppenweis auf die bloße Erde. [...] Man that es mit jener Bonhomie, die keine Skrupel kennt, weil ihr der Genuß über alles geht“, heißt es 1840 über die Geselligkeit der Wiesen.



Dezember 1840 – Die Bauarbeiten für das Max-Joseph-Stift sind abgeschlossen

München-Maxvorstadt * Die Bauarbeiten für das Max-Joseph-Stift, einem Erziehungsinstitut für Töchter aus höheren Ständen sind abgeschlossen.

14. November 1842 – Die Stände-Versammlung erhält ein Mitspracherecht

München-Kreuzviertel * Die nächste Stände-Versammlung dauert vom 14. November 1842 bis zum 30. August 1843. Sie ist zu Beginn überschattet vom Ausschluss mehrerer Abgeordneter, hauptsächlich aus der Pfalz. Den Schwerpunkt der Verhandlungen bildet wiederholt die Frage der „Erübrigungen“, deren Summe seit dem Jahr 1837 auf fast 30 Millionen Gulden angewachsen ist, und die der König ohne Beteiligung der Volksvertretung für sich beanspruchen will. Eingespart wurden diese Gelder zum größten Teil bei Infrastrukturmaßnahmen. Dabei war der Zustand der Straßen so katastrophal, dass man amüsiert feststellte, man könne bald nicht mehr zu den Prachtbauten Ludwigs gelangen. Doch der öffentliche Straßenbau interessierte den König nicht, da ihm sonst nicht genügend Geld für „seine Sachen“ bleibt. Zudem wird bei der Verwaltung und den Bildungseinrichtungen gespart. Der Bildungsetat bleibt dreißig Jahre lang gleich und beträgt für ganz Bayern nur ein Viertel der Zivilliste für das Königshaus. Das Ergebnis der Stände-Versammlung ist das sogenannte „Verfassungsverständnis“, in dem der König seinen Anspruch auf die alleinige Verfügungsmacht über die „Erübrigungen“ aufgeben muss. Das Parlament erhält bei der Verwendung der Gelder ein Mitspracherecht und geht aus dieser Auseinandersetzung gestärkt hervor.

1844 – Das Maderbräuschlössl entsteht

Berg am Laim * In Berg am Laim lässt der Münchner Brauer Joseph Lochner das sogenannte Maderbräuschlössl errichten. Es befindet sich ungefähr auf Höhe des heutigen Piusplatzes, nahe der Kreuzung von Aschheimer Straße und Haager Straße. Lochner gelangt 1844 durch die Heirat mit der Witwe des letzten Besitzers in den Besitz der Maderbrauerei im Tal. Da Michael Neher das Schlösschen bereits 1850 auf zwei Ölgemälden festhält, dürfte es zwischen 1844 und 1850 entstanden sein. Ein genaues Baujahr ist bislang nicht bekannt. Das neugotische Gebäude erinnert mit seinem Erker, dem Türmchen und den wehrhaft wirkenden Formen an eine kleine Ritterburg. Wer den für seine Zeit ungewöhnlichen Bau entwirft, ist nicht überliefert. Heute ist das Maderbräuschlössl vollständig verschwunden. Auch der Zeitpunkt seines Abbruchs lässt sich nicht sicher bestimmen. Gemälde von Michael Neher und August Seidel sowie historische Pläne bewahren jedoch das Aussehen und den Standort des Gebäudes vor dem Vergessen.



29. Februar 1844 – Lola Montez hat mit Franz Liszt in Dresden eine kurze Liaison

Dresden - Paris * Lola Montez taucht in Dresden auf, wo sie mit dem Klaviervirtuosen Franz Liszt, dem damals „umschwärmtesten Mann“, eine kurze Liaison hat. Nach einem Ohrfeigenduell mit einem italienischen Tenor ist Lola auf der Flucht nach Paris, wo die „Spanische Tänzerin“ an der weltberühmten Oper durchfällt und erneut Zweifel an ihrer Herkunft hochkommen. Ein Kritiker schreibt: „Mlle. Lola hat kleine Füße und schöne Beine. Aber wie sie sie nutzt, ist eine andere Angelegenheit. Es muss zugestanden werden, dass die Neugierde, die durch Lola Montez' Pferdepeitschen-Unterhaltungen mit der preußischen Polizei erregt wurde, nicht befriedigt worden ist.“

1. Dezember 1845 – Widerstand gegen die Konfessionspolitik des Innenministers Abel

München-Kreuzviertel * Die Stände-Versammlung wird für den 1. Dezember 1845 einberufen und tagt bis zum 24. Mai 1846. Die feierliche Eröffnung der Zusammenkunft der Volksvertreter findet, wie bereits beim vorhergegangenen Treffen des Jahres 1842, in der Residenz statt. König Ludwig I. sucht das Ständehaus in der Prannerstraße nicht mehr offiziell auf. Neun Abgeordnete werden ausgeschlossen, darunter acht Protestanten. Nun kocht der Widerstand gegen die Konfessionspolitik des Innenministers Karl August von Abel hoch. Die evangelischen Untertanen fühlen sich schon seit längerer Zeit zurückgesetzt und ungerecht behandelt.

12. Dezember 1845 – König Ludwig I. muss den Kniebeugeerlass zurücknehmen

München * König Ludwig I. muss den sogenannten Kniebeugeerlass vollständig zurücknehmen.

2. Dezember 1846 – Lola Montez will eingebürgert werden

München * August Manostetter, der Anwalt der Lola Montez, stellt beim Magistrat der Stadt München den Antrag auf Erwerbung des bayerischen Indigenates durch Naturalisation. Im Bewusstsein um die Brisanz des Antrags, verschleppt der Magistrat die Angelegenheit. Die Regierung von Oberbayern lehnt die Einbürgerung ab und begründet dies unter Berufung auf das Gesetz vom 1. Juli 1834 damit, dass „Frauenspersonen [...] nicht ansässig im Sinne des Gesetzes werden, wenn sie sich nicht gleichzeitig verehelichen oder wieder verehelichen“. Gleichzeitig stellt man klar, dass Lola Montez weder einen Pass hat, noch sonst imstande ist, sich auszuweisen.



1. Januar 1847 – Innenminister Abel wird ein wichtiges Ressort entzogen

München-Kreuzviertel * Dem Innenminister Karl August von Abel wird ein wichtiges Ressort entzogen, indem man ein eigenes Ministerium des Inneren für Kirchen- und Schulangelegenheiten ins Leben ruft. Zum zuständigen Minister wird Karl Freiherr von Schreck ernannt.

13. März 1847 – Lola Montez wohnt jetzt in der Theresienstraße 8

München-Maxvorstadt * Lola Montez wohnt jetzt in der Theresienstraße 8, beim Maurerpolier Lüglein, zur Miete. Die Solotänzerin hatte bei einem Hausball dem Geschäftsführer des Gasthofs Zum Goldenen Hirschen in aller Öffentlichkeit eine Watschen verpasst. Deshalb erhält sie - nach fünf Monaten - ein Hausverbot. Das Zimmer dient ursprünglich nur als Zwischenlösung, bis das am 1. Dezember 1846 vom König angekaufte, neu gestaltete und standesgemäße Palais an der Barer Straße 7 bezugsfertig ist. Doch kann sie dieses Haus erst am 28. April 1847 beziehen.

28. April 1847 – Lola Montez kann ihr Palais an der Barer Straße beziehen

München-Maxvorstadt * Lola Montez kann das für sie vom König angekaufte, neu gestaltete und standesgemäße Palais an der Barer Straße 7 beziehen.

20. September 1847 – In der Stände-Versammlung werden weitreichende Forderungen erhoben

München-Kreuzviertel * Vom 20. September bis 30. November 1847 wird eine Außerordentliche Stände-Versammlung einberufen, bei der es im Grunde nur um eine Anleihe zur Finanzierung der Eisenbahn geht. In beiden Stände-Kammern werden lautstark liberale Forderungen wie die Ausweitung der Pressefreiheit und weitere Reformen, die die Märzforderungen des darauffolgenden Jahres vorwegnehmen, erhoben.

30. September 1847 – Beschlüsse in der der Ständeversammlung gegen die Zensur

München-Kreuzviertel * Die willkürliche Verweigerung und Entziehung des Postdebits wird nun auch auf dem außerordentlichen Landtag vom September/November 1847 diskutiert. Die beiden



Kammern der Ständeversammlung fassen dabei einen Beschluss, mit dem sie die Regierung auffordern, von der „Verweigerung bzw. Entziehung der Postbeförderung für Zeitungen“ Abstand zu nehmen.

30. November 1847 – König Ludwig I. bildet das Kabinett um

München-Kreuzviertel * Auch deshalb, weil sich die „Herren Minister“ weigern, die Gräfin von Landsfeld zu gesellschaftlichen Veranstaltungen einzuladen, bildet König Ludwig I. - gleich nach Beendigung der Stände-Versammlung - das Kabinett um. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein wird Minister des Königlichen Hauses und des Äußeren sowie Minister des Inneren für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

16. Dezember 1847 – Die neue Regierung erreicht die Aufhebung der Zensur

München * Die neuernannte Regierung versucht umgehend innenpolitisch die Wogen zu glätten und erreicht die „Aufhebung der Zensur für die inneren Angelegenheiten“. Der Leitende Minister Ludwig zu Oettingen-Wallerstein sammelt inzwischen - natürlich ohne Wissen des Königs - Material für die „Entfernung der Lola Montez“. Das bedeutet allerdings, dass satirische Zeitschriften nun vermehrt Karikaturen von Lola und Ludwig veröffentlichen. Auch Schmähschriften kursieren in großer Menge. In der politischen Presse offenbart sich, dass die Person des Königs nicht mehr unantastbar erscheint und Ludwig I. den Staat nicht mehr unangefochten repräsentiert.

3. März 1848 – Die Münchner erstellen einen Forderungskatalog an den König

München * In einem Forderungskatalog verlangen die Münchner Untertanen vom König: Die Verabschiedung eines Gesetzes über Ministerverantwortlichkeit. Die Einführung voller Pressefreiheit und eines Pressegesetzes. Die Einführung öffentlicher Gerichtsverfahren. Die Unterstützung des Wunsches nach Schaffung einer Volksvertretung für den Frankfurter Bundestag. Die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung. Die Verabschiedung eines neuen Polizeigesetzes. Die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes. Die Entlassung des Verwesers des Innenministeriums Berks. Die Resolution liegt im Rathaus auf und „innerhalb von nur vier Stunden sollen bereits mehr als 10.000, bald gar 20.000 Unterschriften gesammelt worden sein“. Der Magistrat und zwei aus dem Bürgerstand ausgewählte Vertrauensmänner überreichen die Resolution. Noch am Abend verkündet der Leitende Minister Ludwig Fürst zu



Oettingen-Wallerstein, dass die Stände zur Prüfung der Resolution vorzeitig einberufen werden sollen. Als Termin wird der 31. Mai festgesetzt. König Ludwig I. kann und will die Forderungen der Bürger nicht akzeptieren, verspricht aber die Entlassung Berks. Außerdem soll die nächste Stände-Versammlung auf den 31. Mai 1848 vorverlegt werden. Als die Münchner diese Forderungen aufstellen, hat Lola Montez das Königreich Bayern bereits seit drei Wochen in Richtung Schweiz verlassen. Es geht nicht mehr um die Affäre mit der Spanischen Tänzerin, es geht nur noch um das autokratische und neoabsolutistische Herrschaftssystem König Ludwigs I., das nicht mehr länger aufrechtzuerhalten ist.

4. März 1848 – Die Stürmung des Zeughauses

München * An diesem Faschingssamstag kommt es zur Stürmung des Zeughauses. Mehrere Gerüchte machten in München die Runde. Ein Gerücht lautet: „Der König hat alles zurückgenommen. Er will von den Bürgern nichts mehr wissen“. Ein anderes spricht von bewaffneten Bauern, die vor den Stadttoren lauern. Sie „wollen die Regierung stürzen und in der Stadt sengen und brennen“. Um 14 Uhr wird bekannt, dass die Landwehr mit dem sogenannten Generalmarsch mobilisiert worden ist. Damit ist faktisch der Ausnahmezustand ausgerufen. In dieser Stimmung aus Angst vor einem militärischen Übergriff oder vor anarchischen Zuständen durch Vorstädter aus der Au oder Haidhausen, kommt es an zur Stürmung des Zeughauses. Das Korn- und Geschützhaus am Jakobsplatz, dem heutigen Stadtmuseum, wird ohne Blutvergießen gestürmt und die Waffen aller Gattungen ausgegeben. Der mehrere Tausend Menschen umfassende und bewaffnete Demonstrationzug zieht bis zum Promenadeplatz, wo sich das bewaffnete Bürgertum mit der dort versammelten Landwehr vereinigen will. Doch zwischen den beiden Lagern hat inzwischen das Militär mit schwerer Ausrüstung und vier Kanonen Stellung bezogen. In dieser angespannten Situation erscheint rechtzeitig Prinz Carl, der Bruder des Königs und seit 1841 bayerischer Feldmarschall. Er kann die Situation mit der Aussage beruhigen, dass die Stände bereits zum 16. März einberufen werden. Erstaunlicherweise reicht den Münchnern diese - eigentlich lächerliche - Zusage. Sie legen die Waffen nieder und bringen das Kriegszeug brav wieder zurück ins Korn- und Geschützhaus.

6. März 1848 – Die Königliche Proklamation wird veröffentlicht

München * Die Königliche Proklamation wird als Antwort auf die Forderungen der Münchner Bürgerschaft vom 3. März veröffentlicht. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein hat den Inhalt der Proklamation, in der der König seine weit- reichenden Versprechungen zur Weiterentwicklung der



Bayerischen Verfassung abgibt, redigiert. Sie beinhaltet: die verfassungsmäßige Ministerverantwortlichkeit, die vollständige Pressefreiheit, eine Verbesserung der Wahlordnung, die Einführung der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in eine Rechtspflege mit Schwurgerichten, eine umfassende Fürsorge für Staatsdiener und ihre Angehörigen und Ausdehnung dieser Maßnahmen auf die übrigen Angestellten des Staates, eine Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten, die Abfassung eines Polizeigesetzbuches, die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung und eine Reform des Deutschen Bundes, insbesondere zu einem deutschen Nationalparlament. Die Proklamation schließt mit den Worten: „Alles für mein Volk! Alles für Deutschland!“ und geht sogar über die Forderungen der Petition vom 3. März weit hinaus, beinhaltet aber alle Punkte und damit auch die Märzforderungen. Was aber mit keinem Wort erwähnt wird ist die „soziale Frage“, die Frage der „Bauernbefreiung“. Nicht nur, dass mit der Proklamation vom 6. März 1848 die Märzforderungen in Bayern noch vor den anderen deutschen Staaten ihre Anerkennung finden, nein, es wird damit auch König Ludwigs I. auto-kratischer Regierungsanspruch mit einem Handstreich ausgehöhlt.

13. März 1848 – In Wien beginnen Straßenkämpfe

Wien * Die Forderungen des Landtagsabgeordneten Lajos Kossuth werden in Wien mit Petitionen unterstützt und im Ständehaus beraten. Vor dem Gebäude demonstrieren Studenten, Bürger und Arbeiter, die den Rücktritt des verhassten Staatskanzlers Klemens Wenzel von Metternich fordern. Metternich personifiziert für sie ein repressives, jegliche Freiheitsregung rücksichtslos verfolgendes System. Die Stimmung eskaliert, als am Nachmittag das Militär die Demonstranten plötzlich mit Waffengewalt angreift. Es beginnen Straßenkämpfe in der Innenstadt und in den Vorstädten, die mehrere Dutzend Opfer fordern.

18. März 1848 – Die Stände-Versammlung soll im Ständehaus eröffnet werden

München * Die große Mehrheit der Vertreter der Abgeordnetenkammer will, dass die Eröffnung der Stände-Versammlung nicht mehr im Thronsaal der Residenz, sondern wieder im Ständehaus stattfinden soll. Anderenfalls sei „ein förmlicher Bruch zwischen den Ständen und der Regierung“ zu erwarten. König Ludwig I. ist strikt gegen diese Aufforderung und vermerkt verärgert, er möchte von dieser Angelegenheit nichts weiter mehr hören. Wenige Stunden später streicht er eigenhändig die Sätze und schreibt kleinlaut darunter: „Im Ständehaus soll dieses Mal die Eröffnung stattfinden.“



20. März 1848 – Die Hoffnungen und Ängste des neu ernannten Königs Max II.

München * Nach 23-jähriger Regierungszeit dankt Ludwig I. ab und überträgt das Herrscheramt an seinen Sohn Max II.. Sein Enkel Ludwig (II.) wird dadurch Kronprinz. Auch wenn sich Max II. nach Außen hin als Musterbild eines bürgernahen, konstitutionellen Staatsoberhauptes darstellt, so plagt ihn zeitlebens die Furcht, dass ihm von seinem Volk ein ähnliches oder gar schlimmeres Schicksal bereitet werden könnte, wie seinem abgedankten Vater Ludwig I.. Die revolutionären Begleitumstände, die König Max II. auf den Thron verhalfen und seinen Vater vom selben stießen, haben den neuernannten Bayernherrscher geradezu traumatisch geprägt. Er fühlt sich, nachdem auch das Militär auf die Verfassung vereidigt worden ist, „schutzlos der Demokratie preisgegeben“. Doch nachdem sich die revolutionäre Situation wieder beruhigt hat, kann König Max II. seine politischen Visionen endlich in die Tat umsetzen. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Förderung einer bayerisch-monarchischen Gesinnung. Greifbare Formen nehmen das „Athenäum-Projekt“ und der Bau des Prachtboulevards an.

22. März 1848 – Der sogenannte „Reform-Landtag“ beginnt

München-Kreuzviertel * Der sogenannte Reform-Landtag beginnt. Er wird bis zum 30. Mai 1848 dauern. Diese Stände-Versammlung leistet wichtige Arbeit, verabschiedet in nur zwei Monaten 14 Gesetze, die der bayerischen Verfassung liberalere Züge verleihen.

31. März 1848 – In Frankfurt am Main versammelt sich das sogenannte Vorparlament

Frankfurt am Main * In Frankfurt am Main versammelt sich das sogenannte Vorparlament, das aus 574 ehemaligen und gegenwärtigen Mitgliedern von Stände-Versammlungen sowie aus etlichen durch „das Vertrauen des deutschen Volkes“ ausgezeichneten Männern besteht. Das sind allerdings noch keine gewählten Vertreter, die die verschiedenen Staaten des Deutschen Bundes deshalb nur sehr ungleichgewichtig repräsentierten. Sofort bricht der Konflikt zwischen den Demokraten, die eine republikanische Staatsform und soziale Reformen durchsetzen wollen, und den Liberalen aus, die der Konstitutionellen Monarchie den Vorzug geben.

12. April 1848 – Das Bayerische Wahlgesetz wird im Landtag verabschiedet



München-Kreuzviertel * Zwischen dem 12. und 15. April wird das Bayerische Wahlgesetz für das Frankfurter Paulskirchenparlament im Landtag verabschiedet und nach der Zustimmung der Kammer der Reichsräte und des Staatsrats verkündet.

1. Mai 1848 – Erneuter Bierkrawall nach der Abdankung Ludwigs I.

München * Nur wenige Wochen nach der Abdankung König Ludwigs I. richtet sich der Volkszorn erneut gegen die Münchner Brauer. Der überraschende Erfolg der revolutionären Proteste stärkt das Selbstbewusstsein der Bevölkerung. Ein zeitgenössischer Beobachter stellt fest, „dass das Krawallmachen in die Mode kam und alle Welt sich an den Gedanken bewaffneten Widerstandes gegen die Staatsgewalt gewöhnte“. Der neuerliche Bierkrawall bleibt jedoch deutlich kleiner als die Bierrevolution von 1844. Die Behörden nehmen 24 Aufständische fest, unter ihnen drei mutmaßliche Brandstifter, und sperren sie in den Neuturm.

12. Mai 1848 – Die Schwurgerichte werden im Königreich Bayern eingeführt

München-Kreuzviertel * Das „Gesetz, einige Abänderungen des Strafgesetzbuches vom Jahre 1813 [...] betreffend“, wird veröffentlicht. Darin führt Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern die Schwurgerichte zur Aburteilung von Verbrechen und Pressedelikten ein.

4. Juni 1848 – Ein neues Wahlgesetz bringt entscheidende Verbesserungen

München-Kreuzviertel * Das Gesetz über die Wahl der Landtags-Abgeordneten bringt einige Neuerungen, die als „entscheidend“ bezeichnet werden müssen. Es beseitigt das ständische Element der Verfassungsurkunde von 1818. In diesem bestand die Kammer der Abgeordneten zu einem Achtel aus der Klasse der adeligen Großgrundbesitzer, ebenfalls ein Achtel aus der Geistlichkeit der christlichen Konfessionen, ein Viertel stellten die Vertreter der Städte und Märkte und die verbliebene Hälfte die Landeigentümer ohne gutsherrliche Gerichtsbarkeit. Im neuen Gesetz errechnet sich die Anzahl der Landtags-Abgeordneten nach dem Verhältnis von je Einem Abgeordneten auf 31.500 Seelen der Gesamtbevölkerung des Königreichs, die auf die „einzelnen Kreise vertheilt“ werden. Die Wahl ist indirekt. Das heißt, dass in einer Urwahl zunächst Wahlmänner gewählt werden, die dann in einem zweiten Wahlgang die Abgeordneten wählen. Zum Abgeordneten kann jeder gewählt werden, der das 30. Lebensjahr vollendet hat. Für das aktive Wahlrecht genügt die Zahlung einer direkten Steuer, und sei sie



auch noch so klein. Weder das aktive noch das passive Wahlrecht ist an ein bestimmtes Glaubensbekenntnis gebunden. Damit kommt auch die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden einen Schritt weiter. Und die nicht an ein bestimmtes Glaubensbekenntnis gebundenen Angehörigen nichtchristlicher Konfessionen dürfen den Verfassungseid unter Weglassung des Bezugs auf das Evangelium schwören. Die Wahl der Landtags-Abgeordneten ist öffentlich, die Stimmzettel müssen jedoch noch vom Wähler unterschrieben werden. Die Geheime Wahl wird erst im Jahr 1881 eingeführt. Außerdem werden noch keine amtlichen Stimmzettel ausgegeben. Diese gibt es erst - mit dem Frauenwahlrecht - im Januar 1919. Das bisherige Ausschließungsrecht des Königs, mit dem er gewählten Abgeordneten den Urlaub für die Teilnahme am Landtag verweigern konnte, wird beseitigt. Das Gesetz, das als Bestandteil der Verfassungs-Urkunde angesehen wird, tritt mit der nächsten Wahl in Wirksamkeit.

4. Juni 1848 – Eine Absichtserklärung zur Rechtspflege

München-Kreuzviertel * Im Artikel 1 des Grundlagengesetzes wird erklärt: „Die Rechtspflege soll von der Verwaltung, selbst in den untersten Behörden, gänzlich getrennt werden“. Es dauert jedoch bis zum 10. November 1861, bis der verkündete Grundsatz verwirklicht wird.

4. Juni 1848 – Die Landtagsabgeordneten erhalten das Recht der Initiative

München-Kreuzviertel * Ein weiteres wichtiges Vorschriftenwerk ist das Gesetz über die ständische Initiative. Es gibt den Abgeordneten beider Kammern des Landtags das Recht der Initiative, also das Recht, Gesetzesentwürfe einzubringen. Immerhin wird damit aus der Stände-Versammlung eine wirkliche Volksvertretung. Und aus dem Ständehaus wird das Landtagsgebäude.

4. Juni 1848 – Das Gesetz über die Abschaffung der Pressezensur

München-Kreuzviertel * Außerdem tritt das Gesetz über die Abschaffung der Pressezensur in Kraft. In dem vom König erlassenen Edikt über die Freiheit der Presse und des Buchhandels ist festgelegt worden, dass das Erscheinen von Presseerzeugnissen nicht „von obrigkeitlicher Prüfung und Genehmigung des Inhalts oder überhaupt von irgend einer obrigkeitlichen Erlaubnis abhängig“ sei. „Die Strafgerichtsbarkeit [steht] nicht den Polizeibehörden, sondern den Gerichten zu.“



4. Juni 1848 – Die Ministerverantwortlichkeit wird Gesetz

München-Kreuzviertel * Ein weiteres Reformgesetz von König Max II. ist das Gesetz, die Verantwortlichkeit der Minister betreffend. Kernpunkt dieses Verfassungsgesetzes ist, dass Regierungsanordnungen des Königs nur durch die Gegenzeichnung des verantwortlichen Ressortministers Geltung erhalten. Damit ist der Spätabolutismus eines König Ludwigs I. mit einem Gesetz beseitigt. Freilich verliert damit der König letztlich seine Verantwortlichkeit gegenüber der Bevölkerung, aber das Parlament hat immer jemanden, den es zur Verantwortung ziehen kann.

4. Juni 1848 – Die ständischen Privilegien des Adels werden endgültig gebrochen

München-Kreuzviertel * Mit einem weiteren Reformgesetz werden auch die letzten Elemente der feudalen Grundherrschaft im Königreich Bayern beseitigt. Im I. Abschnitt des Gesetzes über die Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit, dann die Aufhebung, Fixierung und Ablösung von Grundlasten hebt König Max II. die standes- und gutsherrliche Gerichtsbarkeit auf. Das Gesetz entzieht den Gutsherren die Gerichtsbarkeit und die Polizeigewalt ohne Entschädigung und überträgt diese Befugnisse auf den Staat. Damit sind die letzten Reste des feudalen Staatsaufbaus abgeschafft worden. Dem Aufbau einer modernen einheitlichen Justizverwaltung steht nun nichts mehr im Weg.

11. Juli 1848 – Erzherzog Johann zieht unter großem Jubel in Frankfurt ein

Frankfurt am Main * Erzherzog Johann zieht unter großem Jubel in Frankfurt ein. Als Reichsverweser ist er das provisorische Oberhaupt des Deutschen Reiches, eines Staates, der noch in der Entstehung ist. Aufgabe des Reichsverwesers ist es, die Reichsminister zu ernennen und zu entlassen. Außerdem unterschreibt er die Reichsgesetze. Doch die Macht der Zentralregierung und der Nationalversammlung ist gering. Die Armeen der Großmächte Österreich und Preußen weigern sich, dem Reichsverweser zu huldigen und die Staaten England sowie Frankreich versagten ihm die völkerrechtliche Anerkennung. Und weil sie über keine eigenen Streitkräfte verfügt, muss die Zentralgewalt auf die ehemaligen Bundestruppen zurückgreifen, die aber letztlich ihre Befehle von den einzelstaatlichen Regierungen empfangen. Diese intervenieren immer dann, wenn Ruhe und Ordnung durch linke Volksaufstände gefährdet sind. Wenn aber die Errungenschaften des März verteidigt werden sollen, ist mit den Bundestruppen nicht zu rechnen.



18. Oktober 1848 – Plünderung und Verwüstung der Pschorrbrauerei

München-Hackenviertel * Die Aufständischen verwüsten Pschorrs Wirtshaus, die Brauerei und den Fuhrpark. Während aus geöffneten Fässern Freibier fließt, dringen kleinere Gruppen in die oberen Stockwerke ein und plündern die Privatwohnung des über München hinaus bekannten Brauers. Aus acht aufgerissenen Fenstern werfen sie Geschäftsbücher, Schmuck, Bilder und nahezu den gesamten biedermeierlichen Hausrat auf die Straße: eine Wiege, eine Standuhr, Tische, Stühle, ein Kanapee, einen Flügel, Bücher und Bettzeug. Auf der Straße kommt es zu Kämpfen um das Plündergut. Alles, was sich noch verwenden oder verkaufen lässt, wird fortgetragen. Etwa eine Stunde lang können die Plünderer nahezu ungehindert vorgehen. Auf der zeitgenössischen Darstellung ist die Familie Pschorr nicht zu sehen. Sie versteckt sich noch vor dem ersten Ansturm unter einer Treppe und entgeht so den Angreifern. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite, nahe dem Karlstor, steht währenddessen Leutnant Moritz Freyschlag mit 25 bewaffneten Liniensoldaten. Die Einheit greift nicht ein. Der Offizier erklärt später, es sei „kein anderweitiger Befehl vorhanden“ gewesen. Ähnlich zurückhaltend verhalten sich die fünf in München stationierten Linienregimenter sowie Tausende Angehörige der Bürgerwehr und der Freikorps. Auch sie erhalten nach eigener Aussage „keinerlei diesbezügliche Befehle“. Erst eine entschlossen vorrückende Einheit der Landwehr beendet die Plünderung. Dabei widersetzt sich ein Schuhmachergeselle gewaltsam dem Eingreifen der Soldaten. Ein Kopfschuss trifft ihn tödlich; er stirbt noch am Ort des Geschehens. Pschorr beziffert den entstandenen Schaden auf 23.000 Gulden. Nach einer groben Kaufkraftschätzung entspricht dies heute einem Betrag von mehr als einer halben Million Euro. Infolge der schweren Verwüstungen verliert die Pschorrbrauerei ihre führende Stellung unter den Münchner Brauereien.

20. Oktober 1848 – Die Presse fordert eine Erklärung

München * Auch die Münchner Presse übt scharfe Kritik am Verhalten der Behörden und des Militärs. Eine Zeitung fragt: „Wie ist es möglich, daß in einer Haupt- und Residenzstadt mit 5.000 Mann regulären Militärs, mit einigen Tausenden Landwehrmännern ein Haufen Besoffener plündert, raubt und zertrümmert, wo und solange es ihnen gefällt? Warum hat der Offizier, welcher vor dem Pschorrbräu mit ungefähr dreissig Mann gestanden, als die Greuel in demselben verübt wurden, keinen Befehl zum Einschreiten gegeben? Warum hat man nicht gleich den Generalmarsch geblasen?“ Mit dem Generalmarsch hätten sämtliche in München stationierten Truppenteile alarmiert werden können. Die Fragen der Zeitung bringen das Unverständnis vieler Bürger über die Untätigkeit der militärischen und polizeilichen Führung zum Ausdruck. Warum die vorhandenen Kräfte nicht rechtzeitig eingreifen, bleibt umstritten.



7. Dezember 1848 – „Diese schwere Last übernahm ich mit leidender Gesundheit“

München * Der eher zögerliche, häufig unentschlossene und kränkliche Bayernkönig Max II. schreibt an seinen Vater, Ludwig I., folgende Zeilen: „Sie wissen, lieber Vater, unter welchen Umständen ich den Thron bestieg, welchen Zustand der Dinge ich gefunden; der Boden schwankte unter meinen Füßen, alle Bande der Ordnung waren gelockert. Diese schwere Last übernahm ich mit leidender Gesundheit. [...] Durch diese täglichen Körper- und Seelenleiden erscheint sie mir oft eine unerträgliche Bürde.“

20. Januar 1849 – Ein politisches Haberfeldtreiben gegen einen fortschrittlichen Lehrer

Holzolling * In der Nacht vom 20. zum 21. Januar 1849 wird auf einer Wiese außerhalb von Holzolling ein Haberfeldtreiben abgehalten. Die Treiben finden nun schon seit einiger Zeit aus Sicherheitsgründen außerhalb der dörflichen Siedlungen statt. Getrieben wird von 50 bis 60 Haberern. Es gilt mehreren Einwohnern des Dorfes, in der Hauptsache aber dem Lehrer Franz Xaver Bacherl. Der Grund für das Haberfeldtreiben ist bei Franz Xaver Bacherl nicht in einer Leichtfertigkeit zu finden, sondern ist politischer Natur und zeigt damit eine völlig neue Tendenz weg vom Sittlichkeitstreiben. Der Lehrer Franz Xaver Bacherl begeisterte sich für ein großes, geeinigtes Deutschland, hatte einen Arbeiterverein, angelehnt an den Münchner Märzverein gegründet, organisierte Versammlungen und hielt politische Reden. Als der Holzollinger Kooperator Haid gegen den Arbeiterverein von der Kanzel predigte, schrieb Bacherl über ihn einen Artikel in der revolutionsfreundlichen, radikal-demokratischen Zeitung „Gradaus mein deutsches Volk! * Volksblatt für uneingeschränkte Freiheit“. Daraus ergibt sich einerseits, dass das Haberfeldtreiben gegen Franz Xaver Bacherl von einem geistlichen Herrn forciert worden war, und dass andererseits die Haberer wenig sorgfältig über ihr Opfer recherchierten und wie hilflos sie im Grunde den neuen sozialen und politischen Entwicklungen gegenüber standen. Die Haberer werfen dem Lehrer vor: seinen schändlichen Artikel im „Gradaus“ und unterstellen ihm, er hätte einen „Lumpenverein“ gegründet, den Opferstock ausgeraubt und die Vorhänge aus dem Beichtstuhl gestohlen, um sich daraus einen Frack schneiden zu lassen.

3. April 1849 – Friedrich Wilhelm IV. will nicht Kaiser von Volkes Gnaden sein

Berlin - Frankfurt am Main * Der preußische König Friedrich Wilhelm IV. lehnt die ihm von der Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone ab. Die von Volksvertretern angebotene Krone besteht für Friedrich Wilhelm IV., der in seinem monarchischen Selbstbild vom traditionellen Gedanken des Gottesgnadentums ausgeht und die Idee der Volkssouveränität ablehnt, nur aus



„Dreck und Letten“. Ein „Kaiser von Volkes Gnaden“ will er keinesfalls sein. Damit sind auch die Deutsche Einheit und die Reichsverfassung gescheitert. Die Zurückweisung der Kaiserkrone durch den preußischen König liegt an dessen innerlichen Ablehnung der Frankfurter Reichsverfassung, weil diese von Demokraten und Liberalen beschlossen worden ist. Denn während der Revolutionszeit hat der Preußenkönig immer wieder seine Bereitschaft signalisiert, an die Spitze eines deutschen Bundesstaates zu treten. Er wünscht sich allerdings eine konservativere Verfassung und scheut sich vor dem Titel eines Kaisers. Viel wichtiger ist ihm, die Zustimmung seiner Standesgenossen, der anderen deutschen Fürsten, zu erhalten. Bereits am 3. April 1849, als Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone des Frankfurter Parlaments ablehnt, lässt er die übrigen deutschen Staaten wissen, dass er an die Spitze eines deutschen Bundesstaates treten wolle, an dem diejenigen Staaten teilnehmen sollen, die dies wünschen.

1850 – Die Kolonie Birkenau ist durch die Hochwässer bedroht

Untergiesing * Die Kolonie Birkenau ist, bis zur Aufschüttung der Dammanlagen der Isar - in den Jahren zwischen 1850 und 1860 - durch die jährlichen Frühjahrs- und Herbsthochwässer bedroht.

Vor der Bebauung sind die Giesinger Weidenflächen im Hochwassergebiet zwischen Entenbach und Kühbachl stellenweise eine mit Weiden und Birken bestandene Wiesenfläche. Aus dem Wildwuchs des älteren Lohwaldes entsteht später - durch das Vieh und die Beweidung - eine Baumkultur.

1850 – Die Bezeichnung Stepperg wandert in die Isarauen

Bogenhausen * Auf Stadtplänen aus der Zeit nach 1850 wandert die Bezeichnung Stepperg von der Isarhochkante in die Isarauen hinunter, an jenen Ort, an dem einst die Ökonomiegebäude, Remisen, Heustadeln, das Brunnhaus und die Glashäuser des Montgelas'schen Naturgartens standen. Heute befindet sich dort der Kufsteiner Platz mit der anschließenden Wohnbebauung.

3. Oktober 1854 – Ein Dankgottesdienst für die Abwendung der Cholera

München-Graggenau * Aus Dankbarkeit für die Abwendung der Cholera versammeln sich „zahllos die Andächtigen jeden Standes, Geschlechts und Alters um die im schönsten Blumenschmuck prangende Mariensäule“ am Schranneplatz. Ein „Verein hiesiger Bürger“ hatte dazu bereits am 29. September eingeladen, „um Gott den Herrn für die Errettung aus dieser großen Drangsal die innigsten Dankgebete darzubringen“.



3. November 1858 – Die Maximilianstraße, Münchens teuerster Boulevard

München-Graggenau - München-Lehel * Der neue Boulevard erhält die offizielle Bezeichnung Maximilianstraße. Es ist eine großartige Straßenachse entstanden, die in der deutschen Architektur des 19. Jahrhunderts keinen Vergleich zu scheuen braucht. Die Münchner sind allerdings weniger mit den neugotischen Fassadenvorstellungen Friedrich Bürkleins einverstanden und so hagelt es durchwegs vernichtende Kritik am neuen Baustil. Leo von Klenze schreibt unter anderem: „Der Einfluß des Hofsekretärs Hofmann für seinen Freund Bürklein [...] bewirkte nun, daß der König sich der Illusion hingab, ein gewisses architektonisches Ragout, ein Mixtum compositum, welches ihm der Baurath Bürklein servierte, für einen wirklich neuen Baustyl anerkennen zu dürfen, dasselbe den maximilianischen Styl taufte und seine Anwendung bei allen nur aufzufindenden Gelegenheiten durch eigene Verordnung befahl.“ Noch erbarmungsloser fällt die Kritik des Ex-Königs aus: „Was man da gebaut hat“, sagt Ludwig I. zu Leo von Klenze, „ist das Abscheulichste, das ich kenne“ und weigert sich strikt, die Konkurrenz seiner Prachtstraße zu besich---tigen. Doch in der Maximilianstraße, immerhin „Münchens teuerstem Boulevard“, pulsiert das großstädtische Leben - im Gegensatz zur menschenleeren, sterilen, verkehrsreichen und autobahnähnlichen Ludwigstraße. Dass es zu der teilweise vernichtenden Kritik am Maximilianischen Stil kommt, liegt zu einem erheblichen Teil an dem ewig zaudernden und unsicheren Bayernkönig Max II., indem er mitten im Bau der Maximilianstraße die Konzeption abändert. So lässt er das fast fertiggestellte Taubstummeninstitut wieder abreißen, um eine einheitliche Bebauung am Forum zu erhalten. Und kurz vor seinem Tod ordnet er noch an, dass am Maximilianeum die gotisierenden Spitzbögen in Rundbögen abgeändert werden müssen, wodurch der Bau im Gegensatz zum ganzen Straßenzug einen Renaissance-Charakter erhält. Diese Stiländerung nimmt der Schweizer Kulturhistoriker Jacob Burckhardt in seiner Kritik auf. Er schreibt zum Maximilianeum: „[...] Ich habe nur deshalb Dankbarkeit für das Gebäude empfunden, weil es wenigstens äußerlich in die Formen der Renaissance hinüberleitet und den Geist von dem jämmerlichen Gotisch der Maximilianstraße befreit.“

21. November 1859 – Die Kreisirrenanstalt in der Hochau wird eröffnet.

München-Au * Die Kreisirrenanstalt für Oberbayern wird eröffnet. Das neue Nervenkrankenhaus liegt bei ihrer Errichtung in einem völlig unbebauten Gebiet zwischen der Rosenheimer- und der Auerfeldstraße. Unter der Leitung des Obermedizinalrats Dr. Bernhard von Gudden gilt die Einrichtung als Musteranstalt. Der quadratische Gebäudekomplex hat vier Höfe. Die Länge der Flügelbauten betragen hundert Meter. Im Südflügel sind die Verwaltungsräume, in der Mittelachse die Küche, die Anstaltskapelle mit Werkstätten ist im



Erdgeschoss, ebenso eine Turnhalle mit dem zentralen Bad und den Beschäftigungsräumen.

In den beiden südlichen, nur auf drei Seiten geschlossenen Höfen sind die „ruhigen Irren“, in den beiden nördlichen geschlossenen Höfen die „unruhigen Kranken“ untergebracht. Die Zimmer der „ruhigen“ Patienten liegen außen. Die Räume der „unruhigen“ Kranken sind genau umgekehrt angeordnet. Nur die Fenster und Türen im Erdgeschoss haben Gitter und da sie die Form der rundbogigen Fenster aufnehmen, bleiben sie relativ unauffällig. Die Anlage um die vier Höfe entspricht den zeitgemäßen Forderungen nach Trennung der Patienten nach Geschlechtern und der Schwere ihrer Erkrankung. Eine Trennung nach Klassen ist nicht vorgesehen. Die Beschäftigten der Kreisirrenanstalt finden allerdings keine mustergültigen Arbeitsbedingungen vor. Das Pflegepersonal untersteht der Gesindeordnung. Es gibt weder eine Pflegequote, noch Urlaubsregelungen oder eine Altersversorgung für die Pflegekräfte. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt einhundert Stunden und mehr. Der Dienst beginnt um 5:00 Uhr und endet um 21:00 Uhr. Selbst verheiratete Pfleger müssen in der Anstalt schlafen und dürfen nur einen Nachmittag pro Woche bei ihren Familien verbringen. Durch das rapide Bevölkerungswachstum der Stadt - München wächst vom Jahr 1854 von 100.000 Einwohnern auf fast 500.000 im Jahr 1900 - kommt es in der Kreis-Irrenanstalt zu einer über fünfzigprozentigen Überbelegung und wird unter diesen Umständen den Bedürfnissen nicht mehr gerecht.

September 1860 – Menschenunwürdige Zustände im Nicolai-Spital der Unheilbaren

München-Haidhausen - München-Au * Die Insassen des St.-Nicolai-Spitals der Unheilbaren ziehen in die Räume des aufgelassenen Irrenhauses Giesing an den heutigen Kolumbusplatz um. Waren die Raumverhältnisse und die Unterbringung der Pfründner am Gasteig schon misslich, so gestalten sich die Verhältnisse im neuen Nicolaispital noch ungünstiger und werden sogar als menschenunwürdig bezeichnet, was für diese elendgewohnte Zeit eine starke Aussage bedeutet. Trotzdem ist das Spital siebzehn Jahre in Betrieb.

31. Dezember 1860 – Im Eisenwerk Hirschau sind 465 Lokomotiven entstanden

München-Englischer Garten - Hirschau * Im Eisenwerk Hirschau von Joseph Anton von Maffei sind 465 Lokomotiven entstanden. Davon fanden 129 einen Käufer im Ausland.

1863 – Joseph Anton von Maffei wird lebenslänglicher Reichsrat

München * Die Ernennung zum Adeligen lebenslänglichen Reichsrat der ersten Kammer des



Landtags durch König Max II. ist der Höhepunkt der politischen Karriere von Joseph Anton von Maffei. Damit gehört er dem höchsten bayerischen Gremium an und sitzt an der Spitze der Entscheidungsträger. Dieses politische Engagement verschafft dem Geschäftsmann und dem gesamten Geldadel seiner Zeit einen massiven Informationsvorsprung. Mit diesem Insider-Wissen ist es vergleichsweise einfach, sein Geld in gewinnbringende Projekte und Immobiliengeschäfte zu investieren. Von der Karmelitenbrauerei in Regensburg über das Gut Weichs bei Ohlstadt zu einer Villa in Feldafing und einem weiteren Großanwesen in der Nähe von Iffeldorf, das Gut Staltach.

1863 – Die Familie des Steyrer Hans zieht nach München

München - München-Maxvorstadt * Die Familie des Steyrer Hans nach München, wo sie die Gastwirtschaft Wilhelm Tell führt. Standesgemäß erlernt der Hans das Metzgerhandwerk in einem Laden am Maximiliansplatz. Zwischendurch holt er sich Ochsenviertel vom Haken und stemmt sie zur Ertüchtigung.

1863 – Die Beamten-Relikten-Anstalt wird gebaut

Bogenhausen * König Max II. lässt in Neuberghausen durch Baurat Riedel die „Beamten-Relikten-Anstalt“ bauen. Das repräsentative - vom Volksmund auch despektierlich „Drachenburg“ genannte - Gebäude nahe der Bogenhauser Kirche enthält „außer den Sälen hundert Zimmer“ und bietet damit Platz für rund einhundert Personen. In ihm leben verwaiste oder alleinstehende Frauen, „namentlich Töchter des mittleren Beamtenstandes“, deren Pensionsansprüche für den Lebensunterhalt nicht ausreichend sind, für die aber wegen ihrer Herkunft und Erziehung - „als gebildete Frauenzimmer“ - nicht die damals übliche Arbeit als Dienstmädchen in Frage kommt. Ihre einzige Verdienstmöglichkeit bleibt daher „die geringe Einnahme weiblicher Handarbeiten, bei deren gewöhnlicher Unzulänglichkeit“ die betroffenen Frauen „einem kummervollen Leben“ ausgesetzt waren. König Max II. sorgt damit ebenso für den Abschluss der Laufbahn seiner Staatsdiener, wie er mit dem Maximilianeum den Beginn derselben gewidmet hat.

23. Juli 1863 – Der erste - öffentliche - Zoo Münchens wird eröffnet

München-Schwabing * Der erste - öffentliche - Zoo in München wird eröffnet. Er ist auf Initiative des Münchner Großhändlers Benedikt Benedikt in einem von ihm erstandenen Gelände am



Englischen Garten entstanden. Die Münchner Presse feiert den neuen Zoologischen Garten: „Während andere Weltstädte, wie London, Paris, Brüssel, Amsterdam, Wien, Berlin, Frankfurt und Dresden längst ihre Tiergärten hatten, war der Münchner darauf angewiesen, zu warten, bis irgend ein Menageriebesitzer seine hölzerne Baracke vor dem Karlstor aufgeschlagen hat, und wo man im Gedränge meist bei großer Hitze und höchst unangenehmen Gerüchen nur vorübergehend die seltenen ausländischen Tiere beschauen konnte. Dieses ist nun anders geworden; auch München hat nun einen Tiergarten ganz eigener Art erhalten, es hat einen neuen Vergnügungsort gewonnen, der allgemeine Anerkennung verdient, denn er verbindet Belehrung und Unterhaltung, wie keiner in der ganzen Stadt, und wird mit Recht ein Lieblingsplatz der intelligenten Bevölkerung werden.“

20. Dezember 1865 – Die Unruhe- und Angstzustände des 17-jährigen Bayernprinzen Otto

München * Die Unruhe- und Angstzustände des 17-jährigen Bayernprinzen Otto bleiben in der königlichen Familie nicht unbemerkt. Die Königinmutter wird aber von den Ärzten beruhigt, da es sich lediglich um ein „Jugendirresein“ handle, das von selbst wieder vergeht.

13. Juni 1866 – Die Pläne für ein Richard-Wagner-Festspielhaus

Zürich * Der Architekt Gottfried Semper richtet eine Anfrage an das Kabinett des bayerischen Königs, ob er die Pläne für das Richard-Wagner-Festspielhaus schicken soll, die „seit mehreren Monaten zur Vorlage fertig“ seien. Die schwierige politische Situation, die auch durch den bevorstehenden Krieg gegen Preußen entstanden ist, hat ihn zögern lassen. In den Folgewochen versucht Semper, die Planungen für den Monumentalbau möglichst schnell abschließen zu können.

1869 – Erster Anlauf zur Aktienbrauerei

München-Graggenau * Es entstehen Pläne, den Zengerbräu in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Das neue Unternehmen soll den Namen „Erste Münchner Actienbrauerei“ tragen. Ein gedruckter Prospekt liegt bereits vor, doch das Vorhaben kommt nicht zustande. Zunächst stößt der Plan auf den Widerstand von Franz Xaver Hierl, offenbar weil er nicht in die Vorbereitungen einbezogen ist. Schon bald einigen sich die Beteiligten jedoch: Hierl erklärt sich bereit, die Brauerei in der Burgstraße 16 sowie die Brauerei in Eichenried in die geplante Aktiengesellschaft einzubringen. Trotzdem wird das Projekt nicht verwirklicht – vermutlich finden



sich nicht genügend Kapitalgeber. Die geschäftstüchtige Walburga Hierl verfolgte die Pläne für die Umwandlung ihrer Zengerbrauerei in eine Aktiengesellschaft weiter.

18. August 1870 – In Lothringen kommt es zur Schlacht von Gravelotte

Gravelotte - Saint Privat - Metz • In Lothringen kommt es zur Schlacht von Gravelotte, die auch Schlacht bei Saint Privat genannt wird. Es ist zugleich die letzte Schlacht um die Einkesselung der Festung Metz. Beide Armeen büßen ein Achtel ihres Bestandes ein. Anders als in den meisten Schlachten zuvor fordert es in Gravelotte und Saint Privat einen erheblichen preußischen Blutzoll. Die Deutschen haben seit der Völkerschlacht bei Leipzig keinen verlustreichen Kampf mehr geführt. Die geschlagene französische Rheinarmee zieht sich nach Metz zurück.

Oktober 1870 – Der bayerische Herkules will seine Kunst jetzt auch öffentlich zeigen

München - Frankreich * Als Rekrut zieht der Steyrer Hans in den Deutsch-Französischen Krieg. Dort findet er neue Übungsgegenstände, wie ausrangierte Zugräder und Kanonenrohre. Angesichts des kargen Solds entschließt er sich, alle Kraft aufs Geldverdienen zu verwenden. Der „bayerische Herkules“ ist fest entschlossen, seine Kunst jetzt auch öffentlich zu zeigen.

16. Februar 1871 – Die Festung Belfort kapituliert

Belfort • Die Festung Belfort kapituliert auf Weisung der französischen Regierung, ohne militärisch besiegt zu sein. Die Übergabe war zur Bedingung für die Verlängerung des Waffenstillstandes gemacht worden. Die Garnison erhält freien Abzug unter Mitnahme ihrer Waffen und Feldgeschütze.

9. Mai 1873 – Der Beginn des modernen politischen Antisemitismus

Deutsches Reich * Die durch den Gründerkrach ausgelöste schwere Wirtschaftskrise führt dazu, dass viele Menschen nach Schuldigen suchen. Antisemiten behaupten nun, Juden seien für wirtschaftliche Probleme verantwortlich: jüdische Bankiers und Unternehmer sind für den Börsenboom verantwortlich, Juden kontrollieren die Wirtschaft, Juden profitieren auf Kosten der deutschen Bevölkerung. Für diese Behauptungen gab es keine sachliche Grundlage. Dennoch finden sie in der Krisenzeit bei manchen Menschen Anklang. Bis dahin waren Vorurteile



gegenüber Juden meist religiös begründet gewesen. Nun ist etwas Neues entstanden: Juden werden als angeblich fremde „Rasse“ dargestellt. Ihre vollständige Integration wird infrage gestellt. Antisemitismus wird zu einem politischen Programm.

1874 – Gründung von „Krieger- und Veteranenvereinen“

München * Nach dem erfolgreichen Verlauf des Siebzigerkrieges und der Reichsgründung kommt es zur Hinwendung des Bürgertums und der Arbeiterschaft zur Armee; und selbst sozialdemokratisch geprägte Arbeiter sind stolz auf ihre aktive Dienstzeit. In der Folge kommt es zur Gründung von militärischen Vereinen, wie der Münchner Gesellschaft der Offiziere des Beurlaubtenstandes von 1879, aber auch einer Reihe von Krieger- und Veteranenvereinen. Den Dachverband für den überwiegenden Teil dieser Vereine bildet der im Jahr 1874 gegründete Bayerische Veteranen-, Krieger- und Kampfgenossenbund, der bis zum Jahr 1899 im gesamten Königreich Bayern 2.573 Einzelvereine mit knapp 190.000 Mitgliedern umfasst. Die Kriegervereine werden bei ihrer Gründung auch als ein „Bollwerk gegen die sozialdemokratischen Umtriebe“ verstanden. Vollkommen unnötig. Denn so mancher „Fürstenfeind“, der beizeiten durchaus lautstark und öffentlich den Umsturz verkündete, schmettert zur rechten Zeit „ein bayerisches Soldatenlied voller martialischer Treue zum angestammten Herrscherhaus“.

1880 – Der Bildhauer Anton Heß will in seinen Antiquitäten leben

München-Maxvorstadt * Der Bildhauer Anton Heß lässt sich durch den Architekten Leonhard Romeis neben seinem Atelierbau ein villenartiges Wohnhaus im Stil der deutschen Renaissance errichten. Der Bildhauer will ein Wohnhaus, in dem er seine über Jahrzehnte angesammelten Antiquitäten, vornehmlich aus der Renaissancezeit, als Wohngegenstände gebrauchen kann. Leonhard Romeis muss deshalb „von innen nach außen“ planen. Fußböden, Holzdecken und Wandvertäfelungen bilden die Vorgaben, nach deren Abmessungen sich die Zimmergrößen der einzelnen Räume zu richten haben. Aus den Maßen der Zimmereinrichtung ergibt sich die Zimmergröße und -höhe, aus der Zimmergröße der Grundriss und erst daraus kann er die Gestaltung der Fassade entwickeln. Architekt Romeis hat also zum einen die Aufgabe, fünf komplette Zimmer mit Wandvertäfelung und zum Teil auch Erker und Sitznische sowie verschiedene Decken in einen Bau zu integrieren, als auch gleichzeitig fehlende Teile im Stil der historischen Teile zu entwerfen, um eine einheitliche Wirkung des ganzen Hauses zu erzielen. Anton Heß verzichtet in einigen Bereichen auf Komfort und zieht unpraktische Möbel, wie kurze, gotische Betten, oder zum Teil niedrigere Türen einem Wohnen in zeitgenössischem Mobiliar vor. Der Bildhauer sammelt die Gegenstände also zur wirklichen Benutzung und strebt



keine Stilreinheit an. So kombiniert er in seinem Haus Südtiroler Stuben aus Kurtatsch und Montan aus dem Jahr 1576 mit Türen und einem Treppengeländer aus Münchner Bürgerhäusern, Portal- und Türverkleidungen aus Kloster Seeon, um 1620, und Plafonds aus Ulm.

1883 – In die „Residenzpost“ kommt eine „Fernsprechvermittlungsanlage“

München-Graggenau * Im dritten Stock der „Residenzpost“ wird das „Umschaltbüro“ für die „Fernsprechvermittlungsanlage“ untergebracht. Dazu wird auf dem Dach der „Hauptabspannstände“ aufgestellt.

1884 – Der Auer Pfarrer Simon Knoll schreibt über Herbergen

München-Au - München-Haidhausen -München-Giesing * Der Auer Pfarrer Simon Knoll schreibt: „Die Entstehung der sogenannten Herberghäuser setzt eine besitzlose Bevölkerungsklasse voraus, welcher die Mittel zu der bisher üblichen Niederlassung auf eigenem Grund und Boden fehlte, und sich daher auf anderweite ebenso rasche wie billige Weise die nöthigen Wohnräume zu verschaffen suchte. [...] Füglicherweise läßt die Herstellung solcher Häuser den Zufluß einer Bevölkerung erkennen, welche in der Wahl der Niederlassung beschränkt, sich deshalb nur auf abgelegenen, vordem unbenutzte und selbst ungesunde Plätze zusammengedrängt sieht. So entstanden die Herbergen aus dem Bedürfnis heraus, in Orten, in denen die Zahl der Hausstellen aus räumlicher Beengung nicht vermehrt werden konnte, den Bewohnern gleichwohl die rechtlichen und sozialen Vorteile der Eigentümerstellung zu gewähren. In jenen Gegenden, in denen genügend Bauland zur Verfügung stand, waren Herbergen nicht üblich.“

15. November 1884 – Die Kongo-Konferenz legt die Abgrenzung der Besitzstände fest

Berlin * Im Reichskanzler-Palais in Berlin, dem ehemaligen Hôtel Radziwill, findet unter dem Vorsitz von Otto von Bismarck eine internationale Konferenz, bei der es um Lösungen von Konflikten geht, die im Zusammenhang mit dem Wettlauf um Afrika stehen. Dreizehn europäische Staaten, die USA und das Osmanische Reich beteiligen sich an der sogenannten Kongo-Konferenz. Es geht dabei um die Festlegung von Kriterien für die völkerrechtliche Anerkennung von Kolonialbesitz. Immerhin waren in etwas mehr als zwei Jahrzehnten über zehn Millionen Quadratmeilen afrikanischen Bodens und mindestens einhundert Millionen Afrikaner unter europäische Herrschaft gelangt. Um die Besetzung der restlichen Gebiete und der



abschließenden Abgrenzung der Besitzstände geht es auf dieser Konferenz. Das Ergebnis sind die wie mit dem Lineal gezogene Demarkationslinien, wobei die Grenzen oft quer durch die Lebensräume einheimischer Ethnien verlaufen. Afrika wird als herrenloses Land definiert, das nunmehr als Kronland und Eigentum europäischer Staaten an Kolonialgesellschaften, Konzessionäre und Siedler vergeben werden kann. Damit folgt die schrittweise Verdrängung der Eingeborenen aus ihren Wohn- und Lebensgebieten bis hin zur Eingrenzung in Reservate. Zu dieser Konferenz ist kein einziger afrikanischer Vertreter eingeladen worden und die Souveränitätsrechte der betroffenen Staaten werden schlicht ignoriert. Wozu auch, es geht doch den europäischen Mächten um so hehre Ziele wie den Zivilisationsauftrag und die Verbesserung der „sittlichen und materiellen Wohlfahrt der eingeborenen Völkerschaften“. Die Kongo-Konferenz endet mit der Verabschiedung einer Generalakte am 26. Februar 1885.

17. Juni 1886 – Geheimes Protokoll über den Gesundheitszustand König Ottos I.

München * In einem geheimen Protokoll wird über den Gesundheitszustand des fünften bayerischen Königs das Nachfolgende ausgeführt: „Der Zustand seiner Majestät des Königs Otto sei ein solcher, daß auch der Laie die Regierungsunfähigkeit zu bestätigen vermöge. Das Leiden hat seinen Anfang genommen [...] wie bei Seiner Majestät König Ludwig. Zuerst seien Seine Majestät König Otto zur Führung einer längeren Conversation befähigt gewesen, jetzt könnten sich Seine Majestät gar nicht mehr artikuliert ausdrücken, wenn auch ein gewisses Verständnis und Erkennungsvermögen bestehe. Wenn Ihre Majestät die Königinmutter oder ein Curator das Schloß Fürstenried besuche, so erkennen Seine Majestät dieselben, lachen und springen davon, weil Seine Majestät außer Stande sind, zusammenhängend zu sprechen.“

Und an einer anderen Stelle der gleichen Protokollnotiz steht geschrieben: „Hienach finden sich bei Seiner Majestät König Otto bald Exaltations-, bald Depressions-Zustände mit Aufregungen, lebhaften Sinnestäuschungen, zuckende Bewegungen, Wahnideen sowie Geistesschwäche vor, und ist dieser Zustand als ein unheilbarer zu erachten.“

13. Oktober 1886 – Die Öffentlichkeit erfährt von der Krankheit des Prinzen Otto

München * Die Münchner Neuesten Nachrichten informiert die Bevölkerung ausführlich über die Lebensumstände und den Gesundheitszustand des neuen Bayernkönigs Otto I.. Die Öffentlichkeit erfährt erst jetzt, dass Prinz Otto an Verrücktheit oder Paranoia leidet. „Der kranke König wird durch anhaltende Sinnestäuschungen (Halluzinationen) und Wahnvorstellungen so sehr vom realen Leben abgezogen, daß der Nichtunterrichtete [...] jeden geistigen Zusammenhang des Monarchen mit der Außenwelt für aufgehoben hält. Nur gelegentlich zeigen



sich vorhandene Reste normaler Geisteskräfte. [...] Die Prognose geht mit Bestimmtheit dahin, daß an Heilung nicht gedacht werden kann. Auf die Lebensdauer hat das Leiden keinen Einfluß.“

1887 – Kommentierte Berichte der Fabrikinspektoren

München * Dr. Bruno Schoenlank, Vordenker in der SPD, kommentiert die Berichte der Fabrikinspektoren in seinem Buch „Zur Lage der arbeitenden Klasse in Bayern“, das während der Zeit der Sozialistengesetze verboten ist, wie folgt: „[...] Das harte Werk, der lange Arbeitstag, der in den oberbayerischen Ziegeleien, diesen Musteranstalten rücksichtslosester Ausbeutung der Arbeitskraft herrscht, ist vom Fabrikinspektor oft genug denunziert worden. Aber was nützt es? Die Herren Ziegeleibrenner lassen sich, um den einheimischen Arbeitern die Lebenshaltung noch tiefer als sie bereits steht, herabzudrücken, beständig neue Waggonladungen italienischer Kulis von ihren Lieferanten aus dem Lande kommen, wo die Citronen und die Schmutzkonkurrenz blüh'n. So nimmt es Keinen, der die Verhältnisse selbst zu beobachten Gelegenheit gehabt, Wunder, wenn es über die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen betreffs der Kinderarbeit von den Ziegeleien heißt: ‚In einer namhaften Zahl derartiger Anlagen, die ich im Berichtsjahr theils zum erstenmale, theils nach mehrjähriger Zwischenpause besucht habe, fanden sich nicht einmal die Arbeitsbücher und man war anscheinend entweder noch in völliger Unkenntniß der die jugendlichen Arbeiter betreffenden Vorschriften, oder man hat sie mangels genügender Controle einfach außer Acht gelassen. Das behufs dieser Mißstände weiter Erforderliche ist eingeleitet‘. Mangel an Controle, weil Mangel an Aufsichtspersonal, und darum eine Gesetzesverletzung nach der anderen, begangen durch die sittenstrengen Stützen der bürgerlichen Gesellschaft, die Moral, Ehrbarkeit, Gesetzlichkeit und Schutz nationaler Arbeit in Erbpacht haben, ferner Unkenntnis der Gesetze, d.h. derjenigen, die den Profit der Kapitalisten ein wenig zu beschneiden bestimmt sind. O diese unschuldvollen, ahnungslosen Engel von Kapitalisten!“

1888 – Der eingeborene Münchner ist bieder, schwerblütig und genussfreudig

München * Meyers Konversations-Lexikon beschreibt den „autochthonen [= einheimischen] Münchner“ folgendermaßen: „Insoweit sich noch typische Figuren des echten Münchners finden, zeigt dieser sich bieder, trockenen Humors, schwerblütig und genussfreudig, aber auch bei schwerer Arbeit ausdauernd und kräftig, für das Fremde nicht leicht einzunehmen, auf seine Stadt und ihre Schönheit stolz, wenn auch mit mancher großstädtischer Neuerung nicht immer sofort einverstanden. Im Hofbräuhaus, wo man sich selbst bedient, statt des Stuhls mit einem Fass, statt des Tellers mit einem Blatt Papier oder auch der flachen Hand begnügt, um Stand und



Würden des Nachbarn unbekümmert, mit demselben rasch ein gemütliches Gespräch anknüpft, oder in den zahlreichen Lagerbierkellern [...] der Vorstädte, wo auch das schöne Geschlecht, das in München seinen Namen mit Recht führt, vertreten ist, spielen sich köstliche Volksbilder ab, deren Drastik sich steigert zur Zeit des Bocks, einer im Mai zum Ausschank gelangenden, besonders kräftigen Biersorte, oder des Salvators, der schon um Ostern im sogenannten Zacherlbräu verabreicht wird.“

1888 – Die Methoden der Müllbeseitigung studieren

München * Eine eigens gebildete Kommission geht auf Reisen, um in Frankfurt, Hannover, Bremen, Hamburg, Dresden, Leipzig, Prag und Berlin die dortigen Methoden der Müllbeseitigung zu studieren. Danach will man die Zustände in München ändern.

24. März 1888 – Der Starkbierausschank wird um einen Tag verlängert

München-Au * Nach einer Übereinkunft aus dem Jahr 1833 endet der Ausschank des Märzenbocks [= Salvator] auf dem Nockherberg am Samstag vor dem Palmsonntag, da dann die Karwoche beginnt. Die Schmederer-Brauerei möchte jedoch den Umsatzausfall ausgleichen, der durch die Schließung während der Beisetzung Kaiser Wilhelms I. am 16. März entstanden ist. Sie beantragt deshalb, den Starkbierausschank um einen Tag zu verlängern. Die Behörden genehmigen die Verlängerung.

25. März 1888 – Rekruten greifen ihren Vorgesetzten an

München-Au * Gleichzeitig entsteht an anderer Stelle ein zweiter Konflikt. Angetrunkene Rekruten des Infanterie-Leib-Regiments entdecken unter den Gästen einen verhassten Sergeanten. Der Vorgesetzte gilt in der Kaserne als „Leuteschinder“. Die Rekruten nutzen die Gelegenheit zu einer spontanen Racheaktion und verprügeln ihn. Freunde des Sergeanten greifen ein und kommen ihm zu Hilfe. Die Auseinandersetzung weitet sich rasch über die Kellerhalle und den Biergarten aus. Schließlich gilt die Parole „Jeder gegen jeden“. Maßkrüge fliegen durch die Luft, während die Beteiligten mit Fäusten und „Hackelstegga“, Spazierstöcken mit gebogenem Griff, aufeinander einschlagen. Zahlreiche Gäste suchen unter den Tischen Schutz; dennoch werden viele Menschen verletzt. Zu Beginn des Tumults stehen dem Saalschutz lediglich ein Gendarmeriewachtmeister und wenige Ordnungskräfte zur Seite. Gegen die gewaltbereite Menge sind sie machtlos. Sie alarmieren weitere Gendarmen sowie die Wache des nahe gelegenen



Zuchthauses und die dort einquartierten Infanteristen. Doch auch die eintreffenden Soldaten können die Schlägerei zunächst nicht beenden. Die beiden gleichzeitig entstandenen Konflikte haben sich inzwischen zu einer unübersichtlichen Massenschlacht verbunden, die den gesamten Salvatorkeller erfasst.

Oktober 1890 – Friedrich von Bodelschwingh und die Brockensammlung

Bielefeld-Bethel * Friedrich von Bodelschwingh fasst den Aufruf: „Sammelt die übrigen Brocken, auf dass nichts umkomme.“ Dieser Satz wird später zum Leitspruch der Brockensammlung. Mit dieser neuartigen Form einer Sozialeinrichtung verfolgt Bodelschwingh ein doppeltes Ziel: Zum einen sollen durch das Einsammeln und Wiederaufbereiten beschädigter oder nicht mehr benötigter Haushaltsgegenstände arbeitslose und erwerbsbeschränkte Menschen sinnvoll beschäftigt werden. Zum anderen sollen hilfsbedürftige Personen Zugang zu günstigen Gebrauchsgegenständen erhalten.

1891 – Deutschland will seinen Kolonialbesitz ausweiten

Berlin * Neben der Deutschen Kolonialgesellschaft zählt bald auch der im Jahr 1891 gegründete, extrem nationalistische Alldeutsche Verband, dessen Programm stark von rassistischem und antisemitischem Gedankengut geprägt ist. Nun versucht Deutschland durch den Erwerb weiterer Handelsvertretungen seinen Kolonialbesitz auszuweiten. Im Vordergrund stehen jetzt aber Fragen des nationalen Prestiges und der Selbstbehauptung in einer sozialdarwinistisch verstandenen Konkurrenz der Großmächte. Denn Deutschland als kolonialpolitischer Nachzügler muss den ihm zustehenden Anteil jetzt einfordern.

1891 – Pastor Friedrich von Bodelschwingh gründet das Brockenhaus

Bethel - Berlin * Der evangelische Pastor Friedrich von Bodelschwingh gründet in Bethel und Berlin ein sogenanntes Brockenhaus. Mit dieser neuen Form einer Sozialeinrichtung will Bodelschwingh durch die Abholung und Verarbeitung schadhafter oder im Haushalt nicht mehr verwendeter Gegenstände arbeitslosen und erwerbsbeschränkten Personen Beschäftigung verschaffen und gleichzeitig Hilfsbedürftigen billige Gebrauchsgegenstände vermitteln. Die Idee setzt sich rasch durch und schon bald darauf arbeiteten die Brockenhäuser in allen größeren Städten Deutschlands.



1893 – Alois Wolfmüller beschäftigt sich intensiv mit den Motorproblemen

Landsberg * Alois Wolfmüller beschäftigt sich in seiner Geburtsstadt Landsberg intensiv mit den Motorproblemen. Beim Lesen der Zeitschrift Radfahr-Humor und Radfahr-Chronik wird der Ingenieur auf den Münchner Chefredakteur und Sportjournalisten, aufmerksam. Es kommt zu einer geschäftlichen Vereinbarung zwischen Alois Wolfmüller und Heinrich Hildebrand. Unter Mithilfe seines Jugendfreundes aus Landsberg, des Ingenieurs Hans Geisenhof, entstehen die ersten Modelle. Die Tüftler mieten dafür den Stadel des Unterzethmayrhofes in der Münchner Straße 133 in Unterföhring an und bringen dort den neuartigen Motor zum Laufen. Doch bei den ersten Fahrversuchen „zeigte das Vehikel eine Neigung zum Krebsgang“, wie es Alois Wolfmüller ausdrückt. Das heißt, dass das Gefährt rückwärts läuft. Als er wenige Tage später vorwärts lief, ist die Beschleunigung so groß, dass der Motor abgestellt werden muss und danach einfach nicht mehr anspringen will. Die Zündung ist eines der noch nicht gelösten Probleme. Die Polizei untersagt zeitweise alle Fahrversuche, da wegen „der großen Schnelligkeit die Leute auf dem Trottoir (...) einen Nervenschock bekommen“ könnten. Alois Wolfmüllers Ansuchen, sein Motorrad auf dem Hauptplatz in Landsberg erproben und vorführen zu dürfen, wird abgelehnt, da man alles absperren und sämtliche Vierbeiner, vor allem Pferde und Kühe, aus der Stadt verbannen müsste, da keines dieser Tiere je ein mit einem Verbrennungsmotor angetriebenes Fahrzeug gehört, gerochen oder gesehen habe. Nachdem das Motorrad seine erste Einhundert-Kilometer-Strecke bestanden hat, reichen die Konstrukteure das Patent für ihr Zweirad mit Petroleum- oder Benzinmotorbetrieb ein.

September 1893 – Berufungsprozess enthüllt Machtmissbrauch

München * Im Berufungsprozess zwischen Hofrat Ludwig Peter Ritter von Klug und dem Journalisten Wilhelm Bogler stellt das Gericht fest, dass der Kauf, obwohl er durch die „Ausbeutung der Notlage der Verkäufer“ und durch „Vorspiegelung falscher Tatsachen“ zustande kam, rechtlich nicht zu beanstanden sei. Dennoch erhärtet sich der Vorwurf gegenüber Ritter von Klug, dass er bei Ankauf des Grundstücks - durch Missbrauch seiner amtlichen Stellung - privaten Nutzen gezogen hat. Deshalb wird die Strafe für Wilhelm Bogler wegen Beleidigung auf 300 Mark verringert, vom Vorwurf der verleumderischen Beleidigung wird er freigesprochen. Weitere Details, die den Tatbestand der Vorteilsnahme im Amt erfüllen, kommen im Verlauf der Gerichtsverhandlung ebenso zur Sprache wie das Hinwegsetzen des Klägers über vorhandene Bauvorschriften. Ritter von Klug will vor dem Oberlandesgericht seine Niederlage revidieren - doch dort wird der Fall nicht angenommen. So erlangt das Urteil des Landgerichts München I Rechtskraft. Aufgrund der zeitlichen Abläufe und personellen Verflechtungen muss hier von einer frühen Amigo-Affäre gesprochen werden.



April 1894 – Standortsuche für das Sieges-Denkmal

München-Haidhausen * Das Stadtbauamt erklärt sich mit dem Vorschlag eines „Siegfried-Brunnens im Forum der Wörthstraße“ [= Bordeauxplatz] einverstanden. Der Verwaltungsrat der Prinzregent-Luitpold-Stiftung, der die Finanzierung des Denkmals übernehmen soll, erklärt aber, dass der Standort nicht zwingend in Haidhausen sein müsse. Erstmals wird die Prinzregent-Luitpold-Terrasse in die Diskussion einbezogen. Somit stehen drei mögliche Aufstellungsorte für das „Denkmal der glorreichen Siege der bayerischen Truppen von 1870/71“ zur Verfügung: das Forum in der Wörthstraße, der Orleansplatz und die Prinzregent-Luitpold-Terrasse.

1897 – Der Bau der Heilig-Kreuz-Kirche ist nahezu vollendet

München-Obergiesing * Bis auf wenigen Ausnahmen ist der Bau der Heilig-Kreuz-Kirche vollendet. Den Innenraum der Kirche bestimmen lediglich drei Materialien: Stein, Holz und Gold. Bis auf die Glasmalereien der Fenster und die Seitenaltäre ist er völlig unifarbig. Der Hochaltar der Heilig-Kreuz-Kirche, mit einer Gesamthöhe von 16 Metern, ist - wie die meisten Einrichtungsgegenstände - Geschenke oder Stiftungen reicher Münchner Privatiers. Seine Plastiken werden mit einer grauen, steinfarbenen Fassung versehen, die Gewänder haben Goldsäume. Ebenfalls vergoldet ist der Hintergrund des Mittelbildes. Das Kreuz gegenüber der Kanzel stammt noch aus der alten Kirche.

1900 – Einstellungsbedingungen für Frauen im Fernsprechdienst

München * Für Frauen im Fernsprechdienst gelten folgende Einstellungsbedingungen: „Die Bewerberinnen - Mädchen oder kinderlose Witwen - müssen zwischen 18 und 25 Jahre alt sein, eine gute häusliche Erziehung erhalten und sich sittlich tadellos geführt haben, von entstellenden Gebrechen frei und körperlich vollkommen gesund sein, namentlich ein gutes Seh- und Hörvermögen sowie normale Atmungswerkzeuge besitzen und nicht zu Ohrenleiden, Nervosität und Bleichsucht neigen. Zur Einstellung als Telegraphengehülfin ist im allgemeinen eine Körpergröße von mindestens 158 cm erforderlich. Die Bewerberinnen dürfen keine Schulden haben. Es können in der Regel nur solche Bewerberinnen angenommen werden, welche in dem Orte der Beschäftigung dauernd festen Familienanhalt durch nahe Verwandte haben und bei diesen wohnen. Ausnahmen hiervon unterliegen der Genehmigung der Ober-Postdirektion. [...] Die Beschäftigung ist eine widerrufliche und gewährt keinen Anspruch auf Zulagen, Unterstützungen usw. Die Verheiratung hat den Verlust der Stelle zur



Folge.“ Neben den günstigen Lohnkosten werden die Damen auch wegen ihrer - als weibliche Sozialisation beschriebenen - geschlechtsspezifischen Eigenschaften wie Einfühlungsvermögen, Aufmerksamkeit, Genauigkeit, Höflichkeit, Geduld, einfach „die ausgleichenden und vermittelnden Qualitäten der Frau“, eingestellt. Gerade in der Anfangsphase des Vermittlungsdienstes müssen die Frauen die Pannen, Störungen und Kapazitätsprobleme der Technik mit ihrer „natürlichen Veranlagung“ ausgleichen. Sie kommen meistens aus gutem Hause, sind unverheiratet, besitzen eine ordentliche Schulbildung - zum Teil sogar mit Fremdsprachenkenntnissen - und verfügen über einen einwandfreien Leumund. Mit diesen Voraussetzungen garantieren sie ein adäquates Benehmen im Umgang mit den „sozial hochgestellten Telefonabonnenten“. Aus einer Vielzahl von Bewerberinnen können die bestqualifiziertesten Frauen ausgewählt werden, die aufgrund ihrer Vorbildung, Sozialisation und Jugend als hoch motivierte Arbeitskräfte mit wenig anderen Berufs- oder Aufstiegschancen anerkannt sind. Die jungen Damen haben eine Aufnahmeprüfung in Rechnen, Geographie und Aufsatz zu absolvieren. Nach einer halbjährigen Probezeit müssen sie eine mündliche Prüfung ablegen und praktisch beweisen, dass sie Telefon- und Telegrafengeräte bedienen können. Die Tätigkeit in der Telefonvermittlung wird jetzt als dauerhafte Beschäftigung für Frauen verstanden. Wie schwer der Beruf der Telefonistin war, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, beispielsweise von der Größe der Stadt und der Art der Vermittlungsstelle. Die Arbeit einer Ortsvermittlungskraft gilt als monoton und - darüber sind sich die Arbeitsmediziner einig - stellt hohe Anforderungen an das Nervensystem. „Eine über mehrere Jahre tätige Telefonistin musste einfach hysterisch werden“. Die wöchentliche Arbeitszeit schwankt - je nach Schwere des Dienstes - zwischen 42 und 48 Stunden, nur jeder dritte Sonntag ist frei. Die Dienstschicht dauert elf Stunden; Urlaub gibt es keinen. Der Durchschnittsverdienst einer Telefonvermittlungskraft liegt etwas über dem von weiblichen Kaufhausangestellten und etwas unterhalb der Einkünfte von Lehrerinnen. Nur einzelne Kräfte können zur Aufsicht aufrücken. Während des Dienstes ist das Tragen einer einheitlichen Dienstbluse aus dunkelblauem Stoff vorgeschrieben, da man befürchtet, dass „bei der Eigenart der weiblichen Natur nur zu leicht ein gegenseitiges Überbieten in der äußeren Erscheinung Platz greifen würde“.

27. Juli 1900 – Kaiser Wilhelm II. hält seine berühmt-berüchtigte Hunnenrede

Bremerhaven * Kaiser Wilhelm II. hält in Bremerhaven seine berühmt-berüchtigte „Hunnenrede“. Anlässlich der Verabschiedung des deutschen Ostasiatischen Expeditionskorps zur Niederschlagung des Boxeraufstandes im Kaiserreich China spricht der Kaiser die Worte: „Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht!“ „Wie vor tausend Jahren die Hunnen [...] sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in der Überlieferung



gewaltig erscheinen lässt, so möge der Name Deutschland in China in einer solchen Weise bestätigt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.“

15. August 1900 – „Die gefangenen Chinesen haben wir alle totgeschossen“

Berlin - Provinz Shandong - China * Im Reichstag verlesen Sozialdemokratische Abgeordnete Briefe von deutschen Soldaten, die an der brutalen Niederschlagung des Boxer-Aufstandes in China teilgenommen haben. Darin heißt es: „Die gefangenen Chinesen haben wir alle totgeschossen, aber auch alle Chinesen, die wir sahen und kriegten, haben wir alle niedergestochen und -geschossen“.

26. August 1900 – Weitere Briefe von der Niederschlagung des Boxer-Aufstandes in China

Berlin - Provinz Shandong - China * In einem anderen Brief eines deutschen Soldaten, der an der Niederschlagung des Boxer-Aufstandes in China teilgenommen hat, heißt es: „68 Gefangene sind gezwungen worden, ihr eigenes Grab zu schaufeln; dann wurden sie mit den Zöpfen aneinander gebunden, worauf sie erschossen wurden und rückwärts in das Grab fielen.“ Oder ein anderer Bericht, der besagte: „Am Sonntagnachmittag haben wir 74 Gefangene mit dem Bajonett erstechen müssen.“

1901 – Für die italienischen Arbeiter genügen die Zustände ohnehin

Oberföhring * Der Oberföhringer Bürgermeister und Ziegeleibesitzer Fritz Meyer antwortet dem Bezirksamt auf detaillierte Beanstandungen folgendermaßen: „Für unsere italienischen Arbeiter [...], die sich vom frühen Morgen bis zum Eintritt der Dämmerung im Freien aufhalten und bei Eintritt der rauheren Jahreszeit wieder in ihre Heimat reisen, genügen die Dachschrägen in den Trockenställen vollkommen. Sie sind leicht ventilierbar und gegen Zugluft abgesperrt und wenn in denselben noch für genügend Abstand der Bettstellen, für mehr Licht, Ordnung und Reinlichkeit gesorgt wird, dann sind sie sogar gesund zu nennen. Auf alle Fälle sind sie viel gesünder als die Schlafstätten der meisten Arbeiter in München“. Die Auflage nach stabil gebauten Toiletten nannte er „sehr wohl gemeint, praktisch aber wirkungslos“, denn, so der Ziegeleibesitzer weiter, „der Italiener kennt am Haus keinen Sitzabort und geht auch bei uns nur ungern in einen solchen und wenn er nicht in nächster Nähe ist, gar nicht, und die für unsere Landwirtschaft so wertvollen Fäkalien gehen verloren“.



Juni 1903 – Die Münchner Brockensammlung

München-Isarvorstadt * In den Mitteilungen der Münchner Brockensammlung heißt es: „Die Münchner Brockensammlung erbittet und läßt kostenfrei durch ihre Leute abholen: Alte, auch zerbrochene Möbel, jeder Art gebrauchter Kleiderstücke, Wäsche, abgetragene Schuhe, Hüte, Strümpfe, alle Arten Bücher, Broschüren, Zeitungen, Papier, Marken, Zeugreste und Lumpen, Schirme, Zigarrenabschnitte, Korke, Staniolkapseln, Flaschen, Glas, Körbe, altes Werkzeug, Metall und Geschirre aller Art, Militär-Effekten, kurz alles, was im Hause unnütz umherliegt.“ Da stellen also die wohlhabenden Bürger Münchens ihre ausgedienten oder aus der Mode gekommenen Möbel und Dinge des täglichen Bedarfs, kurz „all den Kram des Speichers und Kellers, der überflüssig, hindernd und störend im Wege liegt“, kostenlos zur Verfügung, um sie dann an Interessenten zu verkaufen oder - zu kleinsten Preisen - den Bedürftigen zur Verfügung zu stellen. Lumpen, Knochen und Altmetall werden in eigens aufgestellten Tonnen gesammelt und dann zur Weiterverarbeitung an einschlägige Unternehmer weiterverkauft. Die privaten Organisatoren geben die Gegenstände an die Bedürftigen ausdrücklich nicht gratis ab. Im Gegenteil, sie legen großen Wert darauf, dass die Käufer eine - wenn auch noch so geringe - Eigenleistung erbringen. Man will den Bedürftigen zwar tätige Hilfe zukommen lassen, ohne sie jedoch in die Rolle von würdelosen Almosenempfängern zu drängen.

13. Dezember 1906 – Mehrheit gegen die Fortsetzung des südwestafrikanischen Kolonialkrieges

Berlin * Bei der Abstimmung im Reichstag kommt eine knappe Mehrheit von 177 zu 168 gegen den Nachtragshaushalt zur Fortsetzung des südwestafrikanischen Kolonialkrieges zustande. Daraufhin lässt Reichskanzler Bernhard Fürst von Bülow - in Einvernehmen mit Kaiser Wilhelm II. - noch am gleichen Tag den Reichstag auflösen.

5. November 1913 – Prinzregent Ludwig III. proklamiert sich selbst zum König

München * Prinzregent Ludwig III. proklamiert sich selbst zum König. König Otto I. wird damit durch seinen Vetter Prinzregent Ludwig III. entthront. Eine 27-jährige Regentschaft geht dadurch zu Ende. Nachdem diese unumstößlichen Fakten geschaffen sind, erkennt der Landtag an, „daß am 4. November 1913 die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Beendigung der Regentschaft bestanden haben“. Die Abgeordneten stimmen dem Antrag brav zu. Daraufhin erklärt König Ludwig III., dass durch seine Thronbesteigung der Titel und die Ehrenrechte König Ottos I. nicht berührt werden. Bayern hat damit - bis zum Tod König Ottos I. am 11. Oktober 1916 - zwei Könige und damit eine Doppelmonarchie. Doch die Vorgänge um



die Inthronisation schadet dem Ansehen König Ludwigs III. und der Monarchie schwer. Deshalb rührt sich auch keine Hand, als exakt fünf Jahre später die Monarchie in Bayern als erster deutscher Einzelstaat sang- und klanglos zusammenbricht.

23. Juli 1914 – Österreich-Ungarn setzt Serbien ein 48-stündiges Ultimatum

Berlin * Da man in Berlin befürchtet, dass Österreich-Ungarn an Geltung verlieren könnte, wenn es sich nicht gegen diesen Affront wehren würde, stellte die k.u.k.-Regierung dem Königreich Serbien ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum, in dem sie die Belgrader Regierung auffordert, einer österreichischen Kommission zu gestatten, auf serbischem Gebiet die Umstände des Attentats von Sarajevo zu untersuchen. Außerdem soll sich Serbien verpflichten, alle an der Mitwirkung an dem Attentat verdächtigten serbischen Beamten und Offiziere zu entlassen.

28. Juli 1914 – Suche nach überzeugenden Argumenten

Berlin - Wien * Der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg bemüht sich inzwischen halbherzig, die Wiener Regierung von ihrem harten Kurs abzubringen. Er ist zwar von der „Unvermeidbarkeit“ eines Großen Krieges überzeugt, will aber gegenüber der Öffentlichkeit den Nachweis führen, dass die Aggression von Russland ausgeht. Denn, so Bethmann Hollweg in einem Schreiben an die K.u.K.-Regierung, ein europäischer Krieg lässt sich ohne Zustimmung der Bevölkerung nicht führen, weshalb es „eine gebieterische Notwendigkeit [ist], dass die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts [...] unter allen Umständen Russland trifft“. Die Mahnung verhallt ungehört, weil gleichzeitig der deutsche Generalstabschef Helmuth von Moltke seinem österreichischen Kollegen Conrad von Hötzendorf versichert, dass Deutschland selbstverständlich den österreichisch-ungarischen Kriegskurs unterstützen wird.

31. Juli 1914 – Kaiser Wilhelm II. verhängt den Kriegszustand - außer in Bayern

Berlin - München * Mit der kaiserlichen Verhängung des Kriegszustands verändern sich auch die Rahmenbedingungen für Bayerns Eigenständigkeit grundlegend. Die bisher auf den bayerischen König vereidigte Armee wird damit nämlich dem Deutschen Kaiser unterstellt. Doch ist dazu zuvor eine offizielle Feststellung des Kriegszustandes von Seiten des bayerischen Königs notwendig.



August 1914 – Mata Hari kann in die Niederlande einreisen

Berlin - Den Haag * Ohne gültige Aufenthaltspapiere und ohne Gepäck schafft Mata Hari gerade noch die Ausreise in die Niederlande. Dort absolviert sie ein paar Auftritte am Theater und findet in Den Haag eine standesgemäße Bleibe. Sie will jedoch weiter nach Paris.

2. August 1914 – Am Sonntag die Möglichkeit zum Einkaufen und zum Heiraten

München * Die Militärflichtigen nutzen am Sonntag die Möglichkeit zum Einkaufen und zum Heiraten. Denn an diesem 2. August hatten sowohl die Geschäfte, wie auch die Standesämter geöffnet. Im August 1914 heiraten rund vier Mal so viele Paare wie im April. Und auch die katholischen Kirchen sind voll. Man nutzte die Zeit zum Beichten und zur Kommunion.

2. August 1914 – Die Stadt hat sich durch den Krieg sofort verändert

München * Den Frauen werden Sanitätskurse angeboten, da nur wenige über entsprechende Kenntnisse verfügen. Pensionierte Lehrerinnen und Lehrer werden aufgefordert, sich für die Dauer der Schulferien um die Kinder zu kümmern. Nicht eingezogene Studenten und alle in den Wehrkraftvereinen organisierten Jugendlichen sollen sich als Erntehelfer melden. Schauspieler und Autoren sollen während der Dauer des Krieg auf ihre Tantiemen verzichten und sich mit dem Zehrpennig für Speise und Trank begnügen. Theaterdirektoren sollen ihren Ausstattungsetat möglichst weit herunterfahren: „Das Publikum wird in diesen Zeiten eine einfache Ausstattung und andere Mängel gerne in Kauf nehmen. Spielt deutsche und patriotische Stücke zu mäßigen Preisen“. Hausbesitzer klagen, dass viele Mieter infolge des Kriegszustandes keine Miete zahlen wollen.

5. September 1915 – Zar Nikolaus II. übernimmt den Oberbefehl

Mogilew * Zar Nikolaus II. übernimmt den Oberbefehl über die russischen Streitkräfte aufgrund der militärischen Niederlagen, der Versorgungsnot im Reich, der Arbeiteraufstände und der Meutereien der Soldaten.

24. März 1916 – 18 SPD-Iler aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen



Berlin * In der SPD kommt es im Zusammenhang mit einem Not-haushalt zum offenen Bruch in der Frage der Unterstützung der deutschen Kriegspolitik. Hugo Haase hält im Reichstag eine Anti-Kriegs-Rede, in der er auch die durch die Regierung verschuldeten Zustände von Unterernährung und Hunger unter Teilen der Bevölkerung anklagt. Im Parlament kommt es zu einem Krawall. Der im Rahmen dieser Parlamentssitzung von der Regierung vorgestellte Notetat wird von jenen 18 SPD-Reichstagsabgeordneten, die bereits am 21. Dezember 1915 gegen die Kriegskredite stimmten, ebenfalls abgelehnt. Die anderen SPD-Abgeordneten bewilligen den Regierungsvorschlag. Mit der Begründung von Disziplin- und Treubruch werden die 18 Abgeordneten in einer anschließenden SPD-Fraktionssitzung aus der Fraktion ausgeschlossen. Die 18 Abweichler bilden daraufhin die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - SAG als Fraktionsgemeinschaft. Sie betrachten sich weiterhin als Mitglieder der SPD. Aus der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft geht im April 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD hervor. Die USPD wird bei den revolutionären Ereignissen in Bayern die entscheidende Rolle spielen. Karl Liebknecht und Otto Rühle lehnen den Anschluss an die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft - SAG ab.

8. Februar 1917 – Zinndeckel-Bestandsaufnahme

München * Weil der Bedarf an Zinn für kriegswichtige Rüstungsprodukte sehr hoch ist, erlassen die Generalkommandos eine Bekanntmachung, die „die Bestandserhebung, Beschlagnahme und Enteignung von Bierglasdeckeln und Bierkrugdeckeln aus Zinn und die freiwillige Ablieferung von anderen Zinn-Gegenständen“ beinhaltet.

25. August 1917 – Fünf Anführer des Matrosenaufstandes werden zum Tode verurteilt

Wilhelmshaven * Fünf Anführer des Matrosenaufstandes vom 5. August 1917 werden zum Tode verurteilt. Drei Todesurteile werden in Haftstrafen umgewandelt. Der Oberbefehlshaber der deutschen Flotte, Admiral Reinhard Scheer, besteht jedoch auf der Erschießung der beiden Heizer Max Reichpietsch und Albin Köbis, die als Hauptredner bei den Protestversammlungen aufgetreten waren.

18. September 1917 – Die SPD bringt den Antrag Auer-Sußheim ein

München-Kreuzviertel * Ein von der SPD in der Bayerischen Abgeordnetenversammlung eingebrachter Reformantrag, genannt „Antrag Auer-Sußheim“, fordert: Ersetzung des



Zweikammersystems durch das Einkammersystem. Aufhebung der Kammer der Reichsräte. Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum Landtag für alle volljährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Ausbau der Gesetzesinitiative des Landtags. Beseitigung des königlichen Sanktionsrechts. Ernennung der Minister und Bundesratsmitglieder nach Vorschlag des Landtags. Selbstbestimmungsrecht des Landtags in Bezug auf Zusammentritt und Vertagung. Einjähriger Staatshaushalt. Beseitigung aller Vorrechte der Geburt und des Standes, Aufhebung der bisherigen Privilegien der Standesherren, Abschaffung des Adels. Verbot der Bildung neuer und der Vergrößerung bisheriger Fideikomnisse. Auflösung der bestehenden Fideikomnisse. Aufhebung der bisherigen Privilegien des Königs und der Mitglieder der königlichen Familie, insbesondere der Steuer- und Portofreiheit, der Unverantwortlichkeit und des besonderen Gerichtsstandes. Trennung der Kirche vom Staat, Aufhebung der Privilegien der anerkannten Religionsgemeinschaften. Vollkommene Durchführung der Gewissens-, Religions- und Kultusfreiheit.

7. November 1917 – Kraft- und Pferdewagenbesitzer gründen eine Einkaufsgenossenschaft

München * Die Münchner Kraft- und Pferdewagenbesitzer gründen eine Einkaufsgenossenschaft, um die durch den Ersten Weltkrieg entstandene Mangelsituation an Kraftstoff, Reifen, Öle und Pferdefutter zu begegnen. Aus dieser Einkaufsgenossenschaft entwickelte sich die heutige Münchner Taxi eG.

8. Januar 1918 – Präsident Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm

Washington - Berlin * Der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson schlägt ein 14-Punkte-Programm vor. Es sieht Folgendes vor: „Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheime internationale Abmachungen mehr bestehen, sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt getrieben werden“. „Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren, außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, [...]“. „Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, [...]“. „Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbare Maß“. „Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, [...]“. „Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Russland bezüglichen Fragen, [...]“. „Belgien muss [...] geräumt und wiederhergestellt werden, [...]“. „Das ganze französische



Gebiet muss geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. [...]“. „Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Volksangehörigkeit“. „Den Völkern Österreich-Ungarns [...] sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden“. „Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. [...]“. „Den türkischen Teilen des Osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbstständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zurzeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbstständigen Entwicklung gegeben werden. [...]“. „Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; [...]“. „Ein allgemeiner Verband der Nationen muss gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten“. Mit Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm sollen die deutsch-russischen Friedensverhandlungen unterlaufen werden. Schon deshalb lehnt das Deutsche Reich das Programm ab.

27. Januar 1918 – Kurt Eisner soll auf der Krupp-Betriebsversammlung sprechen

München-Isarvorstadt * An der USPD-Versammlung in den Kolosseumbierhallen nehmen einige Vertrauensleute der Krupparbeiter der Bayerischen Geschützwerke teil. Sie fordern Kurt Eisner, Sarah Sonja Lerch und Albert Winter sen. auf, am nächsten Tag in der von den Gewerkschaften und den Mehrheitssozialdemokraten einberufenen Betriebsversammlung zu sprechen. Bis dahin gibt es keine Verbindung zwischen der Münchner USPD und den Betrieben. Erst dadurch - und nicht durch die Organisation der USPD - kommt der Kontakt zu den Arbeitern der Münchner Rüstungsbetriebe zustande.

28. Januar 1918 – Hunderttausend Arbeiter treten in Berlin in den Streik

Berlin * Am ersten Tag des Ausstands folgen rund 100.000 Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik. Das Motto heißt: „Frieden und Brot!“. Ihre Hauptforderungen lauten: Den sofortigen allgemeinen Frieden ohne Annexion und Kontributionen, das vollständige Presse- und Koalitionsrecht, sowie Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Entmilitarisierung der Betriebe und Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, die Freilassung und Aufhebung des Zuchthausurteils gegen Karl Liebknecht, sowie die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen und Verurteilten. Für Deutschland fordern die von den Streikenden gebildeten



Berliner Arbeiterräte eine „durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen“. Das Vorbild der österreichischen Kolleginnen und Kollegen hat auch die deutsche Arbeiterschaft ermutigt. Die Versammelten rufen die Arbeiterschaft der Kriegsgegner auf, es ihnen gleichzutun und ebenfalls in einen Massenstreik einzutreten, „denn erst der gemeinsame, internationale Klassenkampf schafft Arbeit und Brot“. Zur Umsetzung dieser Forderung sollte es allerdings nicht kommen. Dafür gelingt es den revolutionären Obleuten - zwar widerstrebend, aber strategisch sehr geschickt, - auch die Mehrheits-SPD in den Kampf zu integrieren. Das ist ein beachtenswerter Versuch der Wiederannäherung.

30. Januar 1918 – Den Streikenden wird mit Bestrafung gedroht

Berlin * Auch hier schlägt - wie zuvor schon in Wien - das Imperium zurück. Am Nachmittag lässt der für Berlin zuständige Befehlshaber, Generaloberst Gustav von Kessel, alle Versammlungen und Streikkomitees verbieten und verlautbaren: Wer sich den Befehlen nicht fügt, setzt „sich schwerster Bestrafung nach den Vorschriften des Belagerungszustandes aus; die Wehrpflichtigen unter ihnen werden außerdem militärisch eingezogen werden.“ Der Arbeiterrat gibt nicht nach. Die Arbeitskampfmaßnahmen werden erfolgreich weitergeführt.

2. Februar 1918 – Die Beendigung der Streikmaßnahmen wird beschlossen

München-Isarvorstadt * Am Abend finden im Gewerkschaftshaus in der Pestalozzistraße 40/42 Einigungsverhandlungen zwischen den von der USPD geführten Streikenden und der MSPD statt. Sie führen zu keinem Erfolg. Die Streikleitung erklärt sich allerdings mit der MSPD einverstanden, die die Forderungen der Arbeiter der Reichsregierung unterbreiten will. Ebenso ist sie mit der Wiederaufnahme der Arbeit am Montag, dem 4. Februar einverstanden. Letztlich ist es den Behörden - in Zusammenarbeit mit der SPD und den Gewerkschaften - gelungen, die Streiks zu beenden.

15. März 1918 – Sarah Sonja Lerch wird ins Gefängnis Stadelheim überstellt

München-Au - München-Stadelheim * Die noch immer an Zahnschmerzen leidende Sarah Sonja Lerch wird aufgrund der „Steigerung ihrer seelischen Erregungszustände“ vom Gerichtsgefängnis Neudeck in Gefängnis Stadelheim gebracht.



23. April 1918 – Erneut eine Reform zur Verhältniswahl abgelehnt

München-Kreuzviertel * Der Antrag der Sozialdemokraten und der Liberalen, die Kammer der Abgeordneten nach dem Verhältniswahlsystem wählen zu lassen, kommt für die bayerische Regierung zur Unzeit. Heinrich Held, der Führer der Zentrumsfraktion, lehnt den Vorschlag ab, da das Verhältniswahlrecht zwei Nachteile habe: Es zerstört die Beziehungen zwischen den verschiedenen Ständen und ihren parlamentarischen Vertretern und das System wäre darauf ausgerichtet, dass die parlamentarische Kontrolle in den Händen professioneller Parteipolitiker zu liegen käme. Die Zentrumspartei will die Verhältniswahl nur in einigen großen Städten Bayerns, und nur auf der Grundlage der Volkszählung von 1910 zulassen. Auf 42.000 Einwohner sollte ein Abgeordneter gewählt werden. Die MSPD lehnt den Zentrums-Vorschlag als unzulänglich ab und will die Regelung auf das gesamte Staatsgebiet ausdehnen. Sie fordert eine durchgreifende Neueinteilung der Wahlkreise, um so das fehlende Gleichgewicht zwischen Stadt und Land herzustellen. Die bayerische Regierung stellt sich auf die Seite des Zentrums, weshalb die Wahlrechtsreform erneut abgelehnt wird.

17. Juni 1918 – Interner Widerstand gegen die MSPD-Reichstagspolitik

Bayreuth * Der Gautag der nordbayerischen MSPD zeigt, wie sehr die dortigen Organisationen den bisherigen Kurs des Parteivorstandes kritisch oder gar direkt ablehnend bewerten. Erhard Auer stößt mit seiner Taktik der nahezu bedingungslosen Unterstützung der Regierung ohne erkennbare Gegenleistung in seiner eigenen Partei auf zunehmenden Widerstand. In der verabschiedeten Resolution zur politischen Lage heißt es: „Wir verlangen daher, dass die Reichstagsfraktion in Übereinstimmung mit dem Willen der Wählerschaft und mit den Forderungen unseres Programms zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen des arbeitenden Volkes nunmehr von der bloßen Kritik dazu übergeht, von den schärfsten parlamentarischen Machtmitteln Gebrauch zu machen und durch ihre Abstimmungen die Mitverantwortung für die Politik der Reaktion und des Landraubes abzulehnen.“

28. August 1918 – Österreichs Kaiser Karl sieht den Krieg verloren

München * Der österreichisch-ungarische Kaiser Karl besucht König Ludwig III. und schildert diesem „die verzweifelte Lage unserer Mächtegruppe“, was der König mit den Worten „Also haben wir den Krieg verloren“ bestätigt. Der habsburgische Kaiser bittet den König „inständig, in seiner Eigenschaft als ältester und mächtigster deutscher Bundesfürst, Kaiser Wilhelm die Lage klipp und klar zu schildern und kategorisch auf einen möglichst baldigen Friedensschluss zu



drängen“. Bayerns König Ludwig III. erklärt sich damit einverstanden.

24. September 1918 – Das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung

Berlin * Im Vorwärts wird das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung veröffentlicht. Die Mehrheitssozialdemokraten verlangen: Den Beitritt Deutschlands zu einem Völkerbund, der Streitfälle friedlich regelt. Ein klares Eingehen auf das 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten. Die Aufhebung der Diktatfrieden mit Rumänien und Russland und den Abzug der dort eingesetzten deutschen Besatzungstruppen. Belgien, Montenegro und Serbien sollen geräumt werden. Freie, allgemeine und gleiche Wahlen in den Ländern des Deutschen Reichs, was vor allem Preußen mit seinem Dreiklassen-Wahlrecht meint. Keine Nebenregierungen, womit die Oberste Heeresleitung - OHL gemeint ist. Die Berufung der Regierungsmitglieder aus der Reichstagsmehrheit, also MSPD, Linksliberale und Zentrum. Versammlungs- und Pressefreiheit, und damit die Beendigung des Belagerungszustandes. Die Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen. Die bürgerlichen Parteien sind die Bündnispartner der Mehrheitssozialdemokraten, nicht die USPD.

29. September 1918 – Ludendorff erhält die Zustimmung für sein Waffenstillstandsgesuch

Spa - Berlin * Staatssekretär Paul von Hintze verhandelt am Vormittag mit Generalquartiermeister Ernst Ludendorff über das weitere Vorgehen. Ludendorffs Forderung nach einem Waffenstillstandsgesuchen binnen 24 Stunden, das unter die Verantwortung der Reichstagsmehrheit gestellt wird, wird - bei aller Gefahr für Heer, Volk, Reich und Monarchie - von Hintze befürwortet. Ludendorff begründet es damit, dass er nicht mehr dafür garantieren kann, eine militärische Katastrophe an der Westfront zu verhindern. Staatssekretär Paul von Hintze will eine „Revolution von oben“ und damit einen vollständigen Systemwechsel vornehmen. Eine Umbildung der jetzigen Regierung lediglich durch Hinzuziehen einiger Parteienvertreter hält er nicht für ausreichend. Der Gedanke gefällt Ludendorff, da ein radikaler Bruch mit der bisherigen Regierung die Glaubwürdigkeit gegenüber den Kriegsgegnern erhöhen würde. Der Generalquartiermeister erhält die Zustimmung für das weitere Vorgehen vom Staatssekretär Paul von Hintze und vom greisen Reichskanzler Georg Friedrich Graf von Hertling. Anschließend informiert Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg gemeinsam mit Staatssekretär Hintze, aber ohne den Reichskanzler, Kaiser Wilhelm II.. Dieser ist sowohl mit der Regierungsumbildung als auch mit dem Waffenstillstandsgesuch einverstanden.



30. September 1918 – Die deutsche Wehrkraft ist auf die Hälfte gesunken

Deutsches Reich * Die Iststärke der deutschen Bataillone ist auf die Hälfte ihres Sollstandes gesunken. 22 Divisionen werden ganz aufgelöst.

5. Oktober 1918 – Das vorläufige Mindestprogramm der USPD-Parteiführung

Berlin * Die USPD-Parteiführung hat konkrete Vorstellungen, welche Maßnahmen in der gegebenen, reichlich verfahrenen Lage ergriffen werden sollen. Außenpolitisch fordert sie die Räumung der von deutschen Truppen besetzten Gebiete und die Abänderung der Diktatfriedensschlüsse im Osten. Innenpolitisch will sie die Amnestierung der politischen Gefangenen, Aufhebung des Belagerungszustandes, bürgerliche Freiheitsrechte, Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, demokratisches Wahlrecht in allen Bundesstaaten und die durchgreifende Parlamentarisierung der Verfassung. Diese Punkte werden dabei als vorläufiges Mindestprogramm verstanden.

6. Oktober 1918 – Wenig Ängste vor der Abdankung des Kaisers

Berlin - München * Der bayerische Gesandte am Kaiserhof, Hugo Graf von Lerchenfeld, berichtet in einem Brief an den Ministerpräsidenten Otto von Dandl: „Wenn etwa der Frieden von der Abdikation [= Abdankung] abhängig gemacht werden sollte, so würde der Kaiser ohne Zweifel in den Schritt einwilligen. Selbst in den königstreuesten Kreisen der Hauptstadt wird die Abdikation als ein unter Umständen nicht abwendbarer Schritt besprochen.“

7. Oktober 1918 – Die Abdankung des Kaisers keinesfalls zulassen

Berlin * Kabinettschef Friedrich von Berg erklärt Reichskanzler Max von Baden im Garten der Reichskanzlei, er dürfe „unter keinen Umständen über die Abdankung des Kaisers auch nur mit sich reden lassen“.

12. Oktober 1918 – Im Zustande einer latenten Revolution

Berlin * Ministerpräsident Otto von Dandl trifft sich mit seinen Kollegen aus Sachsen, Württemberg, Baden und Mecklenburg in Berlin zu einem Gedankenaustausch. Die Anwesenden



betrachten die politische Entwicklung „mit großer Sorge“. Man befinde sich sogar schon „im Zustande einer ‚latenten Revolution‘“. Es gibt Staatsstreichgelüste auf der extremen Rechten, als „noch gefährlicher“ wird eingeschätzt, das die Unabhängige Sozialdemokratische Partei - USPD zurzeit „außerordentliche Fortschritte“ macht. Die anwesenden Ministerpräsidenten erwarten allerdings die Lösung der Probleme nicht vom eigentlich zuständigen Reichskanzler Max von Baden, sondern setzen ihre Hoffnungen auf die Führer der Mehrheitssozialdemokratie.

14. Oktober 1918 – Aus Bronzefiguren soll Kriegsmaterial werden

München * In zwei Listen werden Bronzefiguren aufgeführt, die den Metallbedarf der Rüstungsbetriebe geopfert werden sollen. Die erste Liste beinhaltet Werke, auf die man ersatzlos und für immer verzichten will. Dazu gehört unter anderem die Schwind-Büste auf der Praterinsel, das Senefelder-Denkmal, ein Germaniabrunnen und das Brunnenbuberl, das sich seinerzeit noch in der Anlage in der Sonnenstraße befindet. Auf der zweiten Liste stehen Werke die nach dem Krieg wieder rekonstruiert werden sollen. Dazu zählt unter anderem das Maxmonument, Standbilder von Schiller und Goethe und der Wolfsbrunnen am Kosttor. Die nur wenig verbleibende Zeit bis zur Revolution rettet die Bronzeplastiken und macht sie zu den Gewinnern der Revolution und der neu entstandenen Demokratie.

16. Oktober 1918 – Die Oberste Heeresleitung instruiert die Presse

Spa - Berlin * Der Sprecher der Obersten Heeresleitung - OHL, Major Würz, instruiert die Presse: „Unter allen Umständen muß der Eindruck vermieden werden, als gehe unser Friedensschritt von militärischer Seite aus. Reichskanzler und Regierung haben es auf sich genommen, den Schritt von sich ausgehen zu lassen. Diesen Eindruck darf die Presse nicht zerstören. Sie muß immer wieder betonen, dass die Regierung es ist, die getreu ihren wiederholt geäußerten Prinzipien sich zum Friedensschritt entschloss“. Diese Direktive wird weitestgehend beachtet.

21. Oktober 1918 – Lieber ein Kapitulationsfriede als den Zusammenbruch

München - Königreich Bayern * Das Kriegsministerium erhält anonyme „Stimmen aus dem Mittelstande Bayerns“ zugeschickt. Darin wird unter der Berufung auf die allgemeine Volksmeinung gefordert: „Der Friede muss sobald als möglich herbei geführt werden, gleich ob



günstig oder ungünstig.“ Ein Kapitulationsfriede sei immer noch besser als der unausweichliche Zusammenbruch.

24. Oktober 1918 – Hindenburg fordert die Armee zum äußersten Widerstand auf

Spa * Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Generalquartiermeister Erich Ludendorff erlassen ohne Rücksprache mit dem Reichskanzler einen Heeresbefehl, in dem sie die Forderungen des US-Präsidenten Woodrow Wilson vom 23. Oktober 1918 als unannehmbar bezeichnen und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen fordern. „Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar. Sie ist der Beweis, dass der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht. Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand zu mit äußersten Kräften fortzusetzen.“ Die totale Niederlage vor Augen, vollzieht die militärische Führung nochmal eine Kehrtwende und flüchtet sich in die Wahnvorstellung eines immer noch möglichen Widerstandes, der einen ehrenvollen Frieden erzwingen soll. Das taktisch ungeschickte, aber wohl so beabsichtigte Vorgehen der Obersten Heeresleitung - OHL raubt der deutschen Regierung auch noch den allerletzten Verhandlungsspielraum.

24. Oktober 1918 – Wehrfreudige Artikel im Vorwärts

Berlin * Bei seiner Rede im Reichstag führt Friedrich Ebert aus, dass die Sozialdemokraten auch dann ihr Land nicht im Stich lassen, wenn der ersehnte Friede nicht zustande käme. Selbst der sozialdemokratische Vorwärts druckt wehrfreudige Artikel und erklärt, dass es besser ist weiterzukämpfen, als einen „demütigenden Frieden“ hinzunehmen.

2. November 1918 – Ein bayerisches Abkommen über parlamentarische Reformen

München-Kreuzviertel * Unter dem Eindruck der revolutionären Unruhen im Deutschen Reich schließt die bayerische Regierung mit Delegierten der im Landtag vertretenen Parteien ein Abkommen über parlamentarische Reformen, in der wesentliche Forderungen der SPD erfüllt werden. Sie beinhaltet: Die Einführung der Verhältniswahl zur Kammer der Abgeordneten. Eine ergiebige Verstärkung der Kammer der Reichsräte durch Vertreter der Gemeinden, der Hochschulen und der wichtigsten Berufs- und Erwerbsstände. Von den Prinzen des Königlichen Hauses gehören nur noch der Kronprinz und fünf weitere der Reichsräte an. Keine



weitere Ernennung erblicher Reichsräte. Ein Veto der Reichsrätekommer gegen ein Gesetz kann durch dreimalige Abstimmung der Abgeordnetenkommer überstimmt werden. Die Einjährige Finanzperiode. Als Minister können nur Personen berufen werden, die das Vertrauen der Kammern des Landtags besitzen. Ein Ministerium für Soziale Fürsorge wird neu gebildet und mit einem Sozialdemokraten besetzt. Ferner sollen vier Abgeordnete als Minister ohne Portefeuille [= Ressort, Ministerium] berufen werden, einer davon aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion. Die notwendige Kabinettsumbildung ist für den 8. November angekündigt. Die Verhältniswahl zur Abgeordnetenkommer ist eine alte sozialdemokratische Forderung und die Vereinbarungen über die Kommer der Reichsräte laufen auf eine Demokratisierung der Kommer der Adelligen und des hohen Klerus hinaus. Dadurch hätte die Bayerische Verfassung zugleich parlamentarisiert werden sollen. Auch die Vorschrift aus dem Wahlgesetz von 1896, wonach kein Abgeordneter zum Minister berufen werden darf, würde durch diese Gesetzesvorlage abgeschafft werden. Über den Königlichen Erlass über die Parlamentarisierung Bayerns soll am 6. November 1918 die Abgeordnetenkommer abstimmen und sich am 8. November die Kommer der Reichsräte mit dieser Vorlage befassen. Doch dazu wird es nicht mehr kommen. Obwohl die sozialdemokratische Münchener Post die Vereinbarung als „Beginn der Demokratisierung Bayerns“ feiert, stehen viele Sozis dieser Demokratisierung von oben sehr skeptisch gegenüber.

7. November 1918 – Die Räte sollen den Ablauf des Umsturzes organisieren

München-Ludwigsvorstadt * Der Mathäserbräu wird aufgrund seiner zentralen Lage zwischen Hauptbahnhof, Wittelsbacher Palais, Landtagsgebäude, Außenministerium, Residenz und Polizeipräsidium als Hauptquartier der Revolutionsbewegung ausgewählt. Die Funktion der spontan entstandenen revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte besteht zunächst darin, den Ablauf des Umsturzes zu organisieren und seinen Erfolg sicherzustellen. Die Räte fungieren als Organe der Revolution. Sie leiten umgehend Maßnahmen ein: Bewaffnete Soldaten patrouillieren auf Lastkraftwagen die Nacht hindurch und sollen - wenn nötig - die Ordnung aufrecht erhalten. Vor den wichtigen öffentlichen Gebäuden werden Wachen aufgestellt. Die Verkehrs- und Nachrichtenzentren werden übernommen. Die wichtigen Zeitungsredaktionen und Verlagshäuser werden besetzt, um Bekanntmachungen zu drucken und die Bevölkerung mit Informationen zu versorgen.

7. November 1918 – Die Beamten haben dem Volkswohl zu dienen

München - Königreich Bayern * Der Bayerische Verkehrsbeamtenverein schreibt in Hinblick auf



die Kieler Matrosenaufstände und der Anspielung des Bayerischen Kuriers auf die Beamten vom Vortag: „Die Beamten haben unbekümmert um die politischen Vorgänge dem Volkswohl zu dienen; sie haben durch rastlose, ununterbrochene Arbeit Handel und Wandel aufrechtzuerhalten und insbesondere alles zu vermeiden, was einer regelmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Brennmaterial usw. hinderlich wäre. Die Wandlung, die sich im Staate vollzieht, muss der Beamte über sich ergehen lassen. Nur dann dient er seinem Volke. Der werdende Volksstaat braucht unbeeinflusste Diener und die wird er in der derzeitigen Beamtenschaft finden“.

7. November 1918 – Das Beratungsergebnis des Ministerrats wird dem König mitgeteilt

München-Graggenau * Ministerpräsident Otto von Dandl und Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich überbringen das Ergebnis der Beratungen des Ministerrats an König Ludwig III., der sich damit „ohne Weiteres einverstanden“ erklärt. „Wir müssen fort - und zwar gleich“, sagt der König zu seiner anwesenden Familie. Für Dandl heißt das freilich, dass sich lediglich die königliche Familie auf den Weg ins vorläufige Exil machen darf. Die „Damen“ und „Jungfrauen“ müssen bleiben. Als sich die erste Hektik gelegt hat, zaudert der König mit seinem Schicksal. Hat man ihm doch nach der Rückkehr vom Englischen Garten in die Residenz noch versichert, dass man die Lage voll im Griff habe. Als aber die ersten Demonstranten vor der Residenz aufziehen, sagt man dem König, man kann für seine Sicherheit nicht mehr garantieren; es empfehle sich, die Stadt möglichst schnell und unauffällig zu verlassen. „Dass man mich gar nicht über die Lage unterrichtet hat!“, klagt er, „hab‘ ich denn niemand, der sich um mich hätte annehmen können?“.

7. November 1918 – Der Königliche Staatsrat drängt den König zur Flucht

München-Maxvorstadt * Um 19 Uhr erklärt Kriegsminister Philipp von Hellingrath, er sei machtlos, da ihm in der Stadt keine Truppen mehr zur Verfügung stehen. Er will noch versuchen, mit Truppen außerhalb Münchens in Verbindung zu treten. Ihr Fazit lautet: „Da nach den vorliegenden polizeilichen Meldungen damit gerechnet werden muss, dass die Revolutionäre in der Nacht außer den Ministerien auch die Residenz besetzen und den König sowie die kranke Königin behelligen und versuchen werden, den ersteren zur Abdankung zu zwingen, sind alle Minister der Ansicht, dass der König mit seiner nächsten Familie vorerst bis zur Klärung der Lage München verlasse.“ Ministerpräsident Otto von Dandl und Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich überbringen den Rat an König Ludwig III.. Dieser erklärt sich damit „ohne Weiteres einverstanden“.



8. November 1918 – Der Provisorische Nationalrat des Volksstaats Bayern konstituiert sich

München-Kreuzviertel * Noch in der Nacht konstituiert sich der Provisorische Nationalrat des Volksstaats Bayern. Er löst die 163 gewählten Abgeordneten des Bayerischen Landtags ab. Voraussetzung ist, dass, entsprechend der Machtverhältnisse und im Interesse der Einigung des Proletariats, die Mehrheitssozialdemokraten beteiligt werden müssen, obwohl sie die Revolution mit allen Mitteln verhindern wollten und sich Erhard Auer mit der „gewaltsamen Niederschlagung der Aufständischen“ noch in der Nacht vom 7. zum 8. November einverstanden erklärt hat. Aber gegen die MSPD kann nicht regiert werden. Deshalb zieht Eisner zur ersten öffentlichen Sitzung des provisorischen Nationalrates am 8. November 1918 - neben den Delegierten des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats sowie Vertretern der Gewerkschaften und Berufsverbände - die sozialdemokratische Fraktion des alten Landtags, die Fraktion des Bauernbundes und drei liberale Abgeordnete - Ludwig Quidde, Hübsch und Kohl - hinzu.

8. November 1918 – Die Waffenstillstandsverhandlungen im Wald von Compiègne

Compiègne * Die Deutsche Abordnung zum Abschluss des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen mit dem Staatssekretär Matthias Erzberger an seiner Spitze, reist zu Verhandlungen mit Marschall Ferdinand Foch. Als Verhandlungsort hat die französische Seite einen Eisenbahnwaggon in einem Waldstück der Gemeinde Rethondes bei Compiègne ausgewählt, wo sich bis März 1918 der Sitz des Alliierten Oberkommandos befunden hatte. Die Delegation wird von Marschall Foch mit den Worten „Was führt die Herren hierher? Was wünschen Sie von mir?“ begrüßt. Auf die Erwiderung, man wünsche Vorschläge über einen Waffenstillstand entgegen zu nehmen, antwortete Foch: „Ich habe keine Vorschläge zu machen.“

Er legt dafür eine fertige Liste mit Waffenstillstands-Bedingungen, verbunden mit einem 72-stündigen Ultimatum zur Annahme oder Ablehnung vor. Vor allem die Franzosen, auf deren Boden der Krieg vier Jahre gewütet und gewaltige Zerstörungen hinterlassen hatte, fordern eine drakonische Bestrafung des Deutschen Reiches.

9. November 1918 – Innenminister Auer gegen Einmischungsversuche der Räte

München * In einer Bekanntmachung des Innenministers Erhard Auer wird erläutert, dass „bis auf weiteres die sämtlichen Stellen, die bisher mit der Versorgung der Bevölkerung sowie mit der Überwachung und Regelung des Verkehrs mit Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs betraut waren, weiter arbeiten“. Nur diese offiziellen Stellen dürfen entsprechende Anordnungen erlassen und durchführen. „Unberechtigte Einmischung Dritter wird nicht geduldet



werden.“ Das richtet sich eindeutig gegen Einwirkungsversuche der Räte.

10. November 1918 – Die Beamtenorganisationen fordern das Recht auf Mitbestimmung

München - Freistaat Bayern * Die Beamtenorganisationen dringen unmittelbar nach der Revolution darauf, ihre schon lange vertretene Forderung nach Mitbestimmung der Beamtenschaft zu verwirklichen. Vom neuen Volksstaat, der allen seinen Bürgern das „Recht auf Mitwirkung“ zugestehen will, erwartet man wie selbstverständlich, dass auch den Beamten ein weitgehendes „Recht auf Mitbestimmung“ zugestanden wird.

12. November 1918 – Georg Heim und die Bauernbündler

Regensburg - München * Der Bauerndoktor genannte Georg Heim schreibt an Kurt Eisner: „Sie haben jetzt ein Vorparlament, Soldatenrat, organisierte Arbeiter und Bauern. Von organisierten Bauern kann ich nicht sprechen, denn zunächst sind nur Bauernbündler im Bauernrat und einige willkürlich geladene Bauern. Unsere Arbeit wird ein anderes Gewicht haben, wenn wir als Standesorganisation vollwertig dem Vorparlament angehören.“

14. November 1918 – Die Revolutionäre werden zur Minderheit

München * Der am ersten Revolutionstag (7. November) in München entstandene Zentralarbeiterrat hat sich aus dem im Mathäserbräu gewählten Arbeiterrat entwickelt. Er ist gleichbedeutend mit dem Revolutionären Arbeiterrat, der umgehend die Organisation von Betriebsräten in München ergreift. Die Münchner Betriebsräte gaben sich eine Geschäftsordnung und wählten ihren eigenen Münchner Arbeiterrat. Dieser wird von Gewerkschaftsführern geleitet. Er beansprucht für sich die legitime Vertretung des Münchner Proletariats zu sein. An diesem 14. November zwingt der Münchner Arbeiterrat den Revolutionären Arbeiterrat zur Annahme der nachstehenden Forderungen: Die Mitgliederzahl des Revolutionären Arbeiterrats ist auf fünfzig zu beschränken. Der Revolutionäre Arbeiterrat wird sich mit den 550 Vertretern des Münchner Arbeiterrats zusammenschließen. Diese vereinigte Körperschaft wird dann einen neuen Zentralarbeiterrat wählen; von dessen fünfzig Mitgliedern darf der Revolutionäre Arbeiterrat zehn bestimmen. Innerhalb der Arbeiterräte in München bilden die Revolutionäre nunmehr eine Minderheit.



15. November 1918 – Innenminister Auer: Kein Handlungsspielraum für die Räte

München - Freistaat Bayern * Innenminister Erhard Auer informiert die nachgeordneten Regierungsstellen und Behörden auch über die Zusammenarbeit mit den Räten. Er empfiehlt „dringend, die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, die sich allerorten gebildet haben, [...] tunlichst zu benutzen, einerseits, um dadurch das etwa mangelnde Personal so weit notwendig zu ersetzen, andererseits aber auch diese Räte zu beschäftigen und dadurch das Verantwortungsgefühl in der Bevölkerung wieder zu wecken“. Auer macht aber auch deutlich aufmerksam, dass die Räte den Behörden untergeordnet sein sollen. „Ein eigenständiger Handlungsraum soll ihnen nicht zugestanden werden“.

15. November 1918 – Kurt Eisners Regierungsprogramm

München * Die von der Regierung des Volksstaates Bayern veröffentlichte Kundgebung trägt unverkennbar die schwärmerisch-idealistische Handschrift von Kurt Eisner. Der Aufruf „An das bayerische Volk“ mit seinen konkreten Hinweisen wird von den Zeitgenossen „wegen der realistischen Zustandsbeschreibung und der Ausgewogenheit der darin angekündigten Maßnahmen“ als offizielles Regierungsprogramm verstanden und findet selbst bei der bürgerlichen Presse positive Aufnahme. Darin wird einerseits die volle Freiheit der Religionsgesellschaften und die Ausübung ihres Kultus gewährleistet. Andererseits fordert Eisner die gleiche Freiheit für die Schule wie für die Kirche. Ein neues Volksschulgesetz mit fachmännischer Schulaufsicht wird darin angekündigt. Das bedeutet die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht und damit die Ausschaltung des bisherigen starken kirchlichen Einflusses auf das Schulwesen. Neu stellen sich auch die Fragen der staatlichen Alimentierung, der steuerlichen Behandlung und dem öffentlich-rechtlichen Charakter der Kirche sowie der Besetzung der Bischofsstühle und der Pfarreien.

26. November 1918 – Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernräte

München - Freistaat Bayern * Der Ministerrat beschließt - in Abwesenheit von Kurt Eisner - nach Abstimmung mit den Vollzugsausschüssen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte die Vorläufigen Richtlinien für die Arbeiter- und Bauernräte. Die Richtlinien stellen einen Kompromiss der gegensätzlichen Vorstellungen des bayerischen Ministerpräsidenten vom 20. November und seines Innenministers Erhard Auer vom 18. November dar. Das bedeutet jedoch, dass wesentliche Elemente aus beiden Entwürfen ebenso unberücksichtigt bleiben müssen, wie der Entwurf des Revolutionären Arbeiterrats vom 19. November 1918. Die Räte erhalten zwar die



von Eisner vorgeschlagene Stellung im Staat, doch werden sie nur mit den Kompetenzen ausgestattet, die ihnen Auer zugestehen will. Die Räte bilden demnach „bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems“, dennoch bleibt ihnen im Verhältnis zu den Behörden nur das Recht auf Auskunft und Gehör. Ein Kontrollrecht wird ihnen ebenso wenig zugestanden wie die Vollzugsgewalt. Damit haben sich Innenminister Erhard Auer und die Mehrheitssozialdemokraten mit ihren Vorstellungen im Wesentlichen durchgesetzt. Die Richtlinie für die Bauernräte bleibt die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Bauernräte, bis der Landtag am 21. Mai 1920 das Gesetz über die Aufhebung der Arbeiterräte beschließt.

28. November 1918 – Kurt Eisner lobt den Bauernrat

München * Kurt Eisner äußert sich zu den Bauernräten wie folgt: „Ich lege ganz besonderen Wert auf den Bauernrat, der ist sehr wichtig, ist meine Lieblingsschöpfung, und die Revolution wäre ohne die Bauern hier in München nicht zustande gekommen.“

30. November 1918 – Die Vereinigung Revolutionärer Internationalisten wird gegründet

München * Der Kreis um Erich Mühsam gründet die Vereinigung Revolutionärer Internationalisten - VRI. Sein Ziel ist, die Revolution siegreich zu Ende zu führen - auch gegen den Widerstand des zu wählenden Parlaments. Erich Mühsam lehnt zudem die stark zentralistisch geprägten Positionen des am 11. November 1918 in Berlin ins Leben gerufenen Spartakusbundes strikt ab. Dennoch gehören viele VRI-Mitglieder zur später gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands - KPD. In einem Flugblatt fassen sie ihre Ziele zusammen: „Revolutionäre, internationalistisch gesinnte, kommunistische Arbeiter und Soldaten! Männer und Frauen! Nicht alle Volksgenossen sind mit dem bisherigen Verlauf der Revolution einverstanden. [...] Wir verlangen die Verwirklichung des Sozialismus als Krönung der gegenwärtigen Volksbewegung. [...] Wir blicken nicht auf den Weg, sondern aufs Ziel. Das Mittel der Revolution heißt Revolution. Das ist nicht Mord und Totschlag, sondern Aufbau und Verwirklichung“. Geschäftsstelle ihrer neuen Vereinigung wird das Wirtshaus Braunauer Hof in der Frauenstraße. Erich Mühsam bezeichnet die Stunden hier als die „eigentlich beste Zeit der Revolution“.

7. Dezember 1918 – Ein Verweis für die Krawallmacher

München-Kreuzviertel * In der Ministerratssitzung sprechen sich der Justizminister Johannes



Timm und der Kultusminister Johannes Hoffmann für die Verhaftung von Erich Mühsam und anderen aus. Eisner entgegnet: „Es ist gar nichts Ernstes hinter der Sache gestanden. Auch Mühsam war nicht dafür [gemeint ist der Vorfall in Erhard Auers Wohnung], das Ganze war mehr faschingsartig.“ Die Regierung Eisner erlässt lediglich einen Verweis an die Krawallmacher.

10. Dezember 1918 – Spontan, disziplinwidrig und unaufhaltsam löst sich die Truppe auf

Berlin * Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division und das Bundesbataillon ziehen durch das Brandenburger Tor in Berlin ein. Sebastian Haffner schreibt später darüber: „Die Truppe hatte sofort nach Eberts Begrüßungsansprache begonnen, sich aufzulösen - spontan, disziplinwidrig, unaufhaltsam. [...] Der Krieg war zu Ende, alle waren froh, dass sie ihn lebend überstanden hatten, alle wollten nach Hause - und Weihnachten stand vor der Tür. Sie waren nicht mehr zu halten.“

13. Dezember 1918 – Ministerpräsident Kurt Eisner, das Parlament und die Räte

München-Kreuzviertel * Ministerpräsident Kurt Eisner konkretisiert auf der zweiten Sitzung des Provisorischen Nationalrats sein Konzept über die Zusammenarbeit von Parlament und den Räten. Dabei stellt er heraus: „Jeder, der arbeitet, also auch jede Organisation von Arbeitenden, soll nicht nur die persönlichen und beruflich-wirtschaftlichen Interessen vertreten, nicht nur die Standes- und Gewerbsinteressen, sondern sie soll die gesamte Arbeit eines bestimmten Berufs in den Dienst der Demokratie stellen.“ Die „produktive Demokratie“ soll im Gegensatz zur „formalen staatsrechtlichen Demokratie“ nicht nur das „Recht gleicher Teilnahme“, sondern die „Pflicht gleicher Mitarbeit“, also die „lebendige Teilnahme aller Glieder des Volkes an der Gesamtheit der Nation“, beinhalten. „Die Nationalversammlung muss die oberste, souveräne, gesetzgebende Körperschaft sein, sonst wäre sie ja kein Parlament, kein demokratisches Parlament. Die künftige Nationalversammlung ist die Gesetzgeberin, die souveräne Gesetzgeberin, aber in den Räten liegt die moralische Kraft der Massen. Von hier aus soll der lebendige Geist der Demokratie und des Sozialismus hinüber strömen in das Parlament der Abgeordneten.“

27. Dezember 1918 – Neuanfang auf föderaler Grundlage

Stuttgart * In Stuttgart beginnt eine gemeinsame Sitzung der süddeutschen Staaten. An dem Stuttgarter Ländertreffen nehmen teil: Kurt Eisner, der Ministerpräsident von Bayern, Anton



Geiß, der Ministerpräsident von Baden, Wilhelm Blos, der Ministerpräsident von Württemberg und Carl Ulrich, der Ministerpräsident von Hessen. Die Initiative zu diesem Treffen ging vom badischen Ministerpräsidenten Anton Geiß aus, der als Ziel der Konferenz die Abstimmung über das weitere Vorgehen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung sieht. Kurt Eisner lässt die aktuellen Verfassungsfragen und den künftigen Friedensschluss in die Tagesordnung aufnehmen, um auch hier eine gemeinsame Strategie und gemeinsame süddeutsche Interessen zu entwickeln. Der bayerische Ministerpräsident legt dazu ein Papier zur Beschlussfassung vor: „Die [...] Vertreter der revolutionären Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen erklären es für ihre Überzeugung, dass die künftige Gestaltung der Einheit des Deutschen Reichs durch Vertrag der Einzelstaaten zustande kommen muss. Um diese Neubildung zu erleichtern und zu fördern, beschließen die Vertreter der genannten süddeutschen Staaten, zunächst sich zur Wahrung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu verbinden.“ Eisner schwebt ein Süddeutscher Bund unter Aufnahme von Deutsch-Österreich vor, der das Übergewicht Norddeutschlands aufheben würde, möglicherweise sogar die Führung bei der Neubildung des Deutschen Reiches beanspruchen könnte. Aus seiner Sicht ist das Deutsche Reich durch die Revolution untergegangen und muss daher völlig neu gegründet werden. Dazu muss ein neuer Staatsvertrag geschlossen werden. Bayerns Ministerpräsident will den preußischen Zentralismus vom Süden her - gegen Preußen und Berlin - reformieren. Er will einen Separatfrieden schließen zwischen dem Süddeutschen Bund - unter Einschluss Deutsch-Österreichs - und den Entente-Mächten, dem dann alle deutschen Einzelstaaten beitreten könnten. Der Vorschlag Eisner, insbesondere die Infragestellung des Reichs, wird allgemein abgelehnt. Zu unterschiedlich sind die Interessen und Standpunkte. Das bayerische Positionspapier kommt nicht einmal zur Abstimmung. Kurt Eisner, der den kompromisslosen Neuanfang wollte, ist damit gescheitert. Nicht einmal seine Begleiter, Innenminister Erhard Auer und Ministerialrat Josef von Graßmann, haben ihn unterstützt.

12. Januar 1919 – Die Stimmung des Faschingsonntags, nur ohne Masken

München * Josef Hofmiller notiert über den Wahlsonntag in sein Tagebuch: „Heute Wahl zum Bayerischen Landtag. Gutes, etwas frisches Wetter, heiter und klar, geeignet zu Demonstrationen, von denen aber bis jetzt nicht viel zu bemerken. [...] Die Wahlbeteiligung war sehr stark, die Leute standen an wie um Butter, Zigaretten oder Pferdefleisch. Der Anblick der zahlreichen Frauen und Soldaten in und vor dem Wahllokal fiel auf. [...] Der Anblick der Maximilianstraße hatte etwa die Stimmung des Faschingsonntags (nicht Dienstags!), nur ganz ohne Masken, soweit nicht die ‚Soldaten‘ maskiert waren, die zahlreich herumlaufen und von denen ein großer Teil offenbar noch nie in einer Uniform gesteckt ist. Aber die vielen Plakate in



allen möglichen Farben, sehr schreiend, erinnerten an diejenigen der karnevalistischen Unterhaltungen. Die Parteien rückten vielfach mit einer Art Musik an, Trommel, auch dünnem Blechorchester, Knaben trugen Plakate an Stangen, dann kamen Soldaten mit roten Fahnen, dann Reiter auf roten Sätteln, hinterher eine Rotte ganz kleiner Jungen. Durchschnitt fünf bis sieben Jahre, genau wie an Fasnacht.“

13. Januar 1919 – Razzia beim Soller und beim Metzgerbräu im Tal

München-Angerviertel * Beim Soller und im Metzgerbräu im Tal werden durch ein umfangreiches Polizeiaufgebot Razzien durchgeführt. 220 Personen werden verhaftet und ein Lastwagen mit aus Militärbeständen stammendem Hehlergut beschlagnahmt.

18. Januar 1919 – Nuntius Pacelli soll noch nicht zurückkehren

München * Als Erzbischof Michael von Faulhaber von Lorenzo Schioppa, der rechten Hand des Nuntius Eugenio Pacelli, nach der Wahl der Nationalversammlung gefragt wird, ob der Nuntius aus der Schweiz wieder nach München zurückkehren könne, antwortet Faulhaber: „Nach Lage der Dinge wird Ministerpräsident Eisner sofort wieder versuchen, eine amtliche Verbindung mit Monsignore Pacelli zu gewinnen, und die bayerischen Bischöfe werden in dieser Verbindung eine Legitimierung der Revolutionsregierung und ein Ärgernis für das ganze Land erblicken. Die bayerischen Bischöfe haben sich nämlich damals geweigert, die früheren königlichen Konkordatsrechte (z.B. bei Besetzung der Pfarreien) ohne weiteres auf die neue Regierung zu übertragen, und haben deshalb die Verhandlungen mit der Regierung abgebrochen. Für die kirchenpolitische Lage in Bayern wäre es verhängnisvoll gewesen, wenn damals auch nur der Schein amtlicher Beziehungen zwischen dem auswärtigen Ministerium und der Nuntiatur entstanden wären.“

3. Februar 1919 – Die Sozialisierungskommission kündigt ihren Rücktritt an

Berlin * Die am 4. Dezember 1918 gebildete Kommission zur Erarbeitung eines Sozialisierungskonzepts kündigt in einem Schreiben an die Regierung, dem noch amtierenden Rat der Volksbeauftragten, ihren Rücktritt an, da in der Öffentlichkeit „Zweifel an dem Ernst der Sozialisierungsabsichten der Regierung“ entstanden sind.



13. Februar 1919 – Eisner erhält von der Frankfurter Zeitung Unterstützung

Frankfurt am Main * Zu den wenigen bürgerlichen Zeitungen, die Eisners Wirksamkeit in Bern gerecht wird, gehört die Frankfurter Zeitung. Sie schreibt: „Wer aber in so überaus gehässiger Weise die Arbeit Eisners in Bern entstellt, verdächtig und herabwürdigt, wie das neuerdings geschehen ist, der hat nicht verstanden, worauf es eigentlich beim Sozialistenkongress ankam. [...] Herr Eisner hat sich [...] in Bern um die deutsche Sache verdient gemacht; insbesondere ist die Annahme der sehr erfreulichen Resolution über die Gefangenen auf sein Wirken zurückzuführen.“

21. Februar 1919 – Die Öffentlichkeit reagiert politisch desorientiert

München * Die Öffentlichkeit, die das feige Attentat auf Kurt Eisner verabscheut, reagiert politisch desorientiert. Das wirkt sich in einem Zweifel an der Richtigkeit der Wiedereinführung des Parlamentarismus aus und führt zu einer raschen Wiederbelebung der Tätigkeit der Räte. Oskar Maria Graf beschreibt in „Wir sind Gefangene“ die Situation: „Ich sah Zitternde, ich sah Wutblasse und Blutgierige. Überall wiederholte sich das gleiche Schreien nach Rache. Die Massen kamen ins Treiben, der Strom floss durch die Stadt. Das war anders, ganz anders als am 7. November. Wenn jetzt einer aufgestanden wäre und hätte gerufen: ‚Schlachtet die Bürger! Zündet die Stadt an! Vernichtet alles!‘ es würde geschehen sein. Die tausend kleinen Stürme hatten sich vereinigt, und ein einziger dumpfer, dunkler, ungewisser Losbruch begann. Ich spürte es an mir am genauesten: Noch nie war ich so völlig Massentrieb gewesen wie jetzt, noch nie war ich so eins mit den Tausenden. Auf die Theresienwiese jagten die Züge. Unter der Bavaria redeten viele; Toller trug ein Gedicht vor. Die Frauen wurden ergriffen davon, die Männer schrieten nach Waffen. Dann wurde verkündet, im Zeughaus seien sie. Ein dichter Haufen zog dahin ab, ich lief mit dem Zug wieder in die Stadt. Voran marschierten Matrosen und Soldaten wie zum Sturm. Die roten Fahnen wehten. Die verschlossenen Türen des Deutschen Theaters wurden eingeschlagen, die Scheiben klirrten, es krachte, und alles peitschte in den Saal. ‚Der Arbeiter- und Soldatenrat tagt von heute ab in Permanenz!‘ brüllte ein Matrose.“

21. Februar 1919 – Die Nachricht von Eisners Ermordung verbreitet sich in Windeseile

München * Die Nachricht von Eisners Ermordung verbreitet sich in Windeseile. Von überall her strömen die Massen an den Tatort. Aus dem stark angefeindeten USPD-Politiker ist ein „Märtyrer der Revolution“ geworden, dem alle noch einmal huldigen wollen. Die Schriftstellerin Richarda Huch erinnert sich an die Schüsse: „Jedermann verdamnte und beklagte nun die verhängnisvolle



Kugel des jungen Arco. Es war gerade, als ob sie nur gefallen, um der stockenden Revolution einen neuen Auftrieb zu geben.“ Dabei wäre mit dem Rücktritt Kurt Eisners und der Konstituierenden Sitzung des Bayerischen Landtags vermutlich die Revolution in Bayern beendet gewesen. Eine gesetzmäßig gewählte Regierung - angeführt von den Mehrheitssozialisten und Demokraten - hätte ihr Amt übernommen. Da sich die neue Regierung rechtlich und politisch in einer starken Position befand, wäre sie nur unter ganz außergewöhnlich schwierigen Umständen zu stürzen gewesen. Doch mit der verbrecherischen Tat und der politischen Dummheit des Grafen Anton von Arco auf Valley wird die Zweite Revolution eingeleitet.

21. Februar 1919 – Die Kommunisten verlangen die sofortige Ausrufung der Räterepublik

München * Es ist ein ähnliches Machtvakuum entstanden wie am 7. November 1918. Alleine die Räte verfügen noch über ein gewisses Maß an Handlungsfähigkeit. Niemand ist mehr an der Übernahme der Regierung durch die Sozialdemokraten interessiert. Die Kommunisten um Max Levien verlangen die sofortige Ausrufung der Räterepublik. Verhandlungen mit den Mehrheitssozialisten lehnen sie als Verrat ab. Die Kommunisten sind aber prinzipiell zur Zusammenarbeit mit der USPD bereit. Auch gegen Kurt Eisner haben sie plötzlich nichts mehr einzuwenden und loben - jetzt, wo es freilich zu spät ist - in einem Aufruf an das bayerische Proletariat sein ehrliches und edles Streben, das „Ideal des Sozialismus“ zu verwirklichen. Ausgerechnet die radikale Linke, die zu seinen Lebzeiten scharf gegen Eisner Stimmung gemacht hat, nimmt jetzt für sich in Anspruch, sein Vermächtnis verwirklichen zu wollen.

21. Februar 1919 – Kurt Eisners letzte Rede

München-Kreuzviertel * Die aufgrund von Kurt Eisners Ermordung nicht mehr gehaltene Rücktrittsrede beginnt mit den Worten: „Meine Herren und verehrte Frauen!“. In seinem Tätigkeitsbericht führt er zu seiner 105 Tage andauernden Regierungszeit folgendes aus: „[...] Am 8. November kam die revolutionäre Regierung zustande, die heute vor den von ihr versprochenen neuen Landtag tritt. In diesem Augenblick ist es uns ein Bedürfnis, Rechenschaft abzulegen, was wir gewollt, was wir getan. In einer Zeit der schwersten Erschütterungen, des drohenden Zusammenbruchs übernahmen wir die Regierung und führten sie bis hierher durch Monate aufreibender Arbeit, ernster Gefahr und leidenschaftlicher Erregungen. Wir waren uns bewusst, dass wir die Aufgabe von ungeheurer Verantwortlichkeit auf uns genommen hatten, trotz der verhängnisvollen Erbschaft eines unter den Flügen des Volkes zusammengebrochenen Systems das im tiefsten Grunde kranke Leben der Gemeinschaft allmählich der Genesung



näherzuführen. Genesung auf dem Wege, dass das Volk in dem es im Aufschwung revolutionärer Kraft zur Selbstbestimmung emporwuchs, mit dem neuen Bewusstsein der eigenen Macht, im Kampf um die Sicherung seiner Freiheit, im Glauben an den endgültigen Sieg der Demokratie und des Sozialismus, durch das Elend der Gegenwart sich in die Zuversicht künftiger Größe rettete.[...].“ Kurt Eisner geht in seiner Abschiedsrede als Ministerpräsident auf die Erfolge in den verschiedenen Ressorts ein. So hebt er seinen Kampf um die „föderative Grundlage unseres deutschen Staatenbundes“ hervor, da „ein großes Staatswesen sich um so reicher und gesünder entfalte, je lebendiger und selbstständiger die einzelnen Glieder sich zu gestalten vermöchten“. Zu seiner Friedenspolitik führt er aus: „Nur eine Politik der unbedingten Wahrhaftigkeit, der kühnen Offenheit und des gegenseitigen Vertrauens führt zu jenem Frieden, nach dem die zertretende Menschheit schmachtet“. Er hebt seine Anstrengungen zur Wiederherstellung der durch den Krieg zertrümmerten „Internationale der Arbeiter“ hervor, denn nur wenn sie erstarkt, ist die Freiheit jeden Volkes verbürgt. In Eisners Redemanuskript liest sich das so: „So fasste ich - wenn mir eine mehr persönliche Zwischenbemerkung gestattet ist - meine Arbeit jüngst in Bern auf, wo ich erreichte, dass die Vertreter aller Völker, Hass und Erbitterung vergessend, für die Erlösung der deutschen und österreichischen Gefangenen sich vereinigten“. Der Passus zu den „Räten“ ist vergleichsweise kurz gehalten, obwohl sie die Stütze der Eisner'schen Politik bilden. Er verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, „dass die Räte sich in jenen Grenzen, in denen sie sich bei uns entwickelt haben, als unentbehrlich für die Schaffung einer tätigen Demokratie erweisen werden“. Ein weiteres von Kurt Eisner angesprochenes Thema ist die „Ernährungslage“. Dabei stellt er fest: „Im allgemeinen sind die Ernährungsverhältnisse nach der Revolution bei uns in Bayern zum mindesten nicht schlechter geworden. Sehr ungünstig ist nach wie vor unsere Versorgung mit Kohlen und sonstigen Rohstoffen“. Dabei stellt er dar, welche Maßnahmen von der Regierung eingeleitet worden sind. Breit behandelt Eisner das Thema „Demokratisierung“, die auch in der „Gemeinde, Distrikt und Kreis beachtet werden, deren Selbstverwaltung [...] durchgeführt werden wird“. Und weiter: „Das Kriegsministerium hat sich nach der Revolution in ein Ministerium für militärische Angelegenheiten, in ein Ministerium zur Liquidierung des Krieges gewandelt. [...] Die Demokratisierung der Armee [...] wurde durchgeführt. [...] Die Änderung der Militärgerichtsordnung war eine wichtige Errungenschaft des neuen Geistes“. Nun folgt eine Beschreibung über die politischen Umwälzungen und Demokratisierung in der Justizverwaltung und die Einrichtung von Volksgerichten. Auch auf Fragen der Amnestie und Begnadigungen geht Kurt Eisner in seinem Redeentwurf ein. Ein weiterer Punkt seines Tätigkeitsberichts ist die Tätigkeit des Kultusministeriums, das „die Erneuerung des gesamten Volksbildungs- und Erziehungswesen“ vorbereitet hat. Im Verhältnis von „Schule und Kirche“ erklärt er: „Für jede Demokratie kann nur der unantastbare Grundsatz gelten, dass die Dreiheit der Schule zugleich mit der Freiheit der Kirche gesichert werden müsse“. Eisner erklärt die „Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht“ und die „Aufhebung des Zwangs zur Teilnahme am Religionsunterricht“ den



Grundsatz, dass „ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme am Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden dürfe. Das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern wurde durch die Errichtung von Schülerausschüssen und Schülerversammlungen freier gestaltet“. Außerdem erklärt der Ministerpräsident, dass „die Entwürfe des Volksschullehrergesetzes und des Schulbedarfsgesetzes einer gründlichen Durcharbeitung unterzogen wurden“. Ein weiterer kultureller Bereich sind die staatlichen Theater. Dazu führt Kurt Eisner aus: „Infolge der Revolution kamen die ehemaligen Hoftheater in den Bereich des Kultusministeriums. In dem jetzigen Nationaltheater vollzog sich zugleich die Demokratisierung des gesamten Betriebes“. Nun folgen Kurt Eisners Ausführungen zur bayerischen Verkehrsverwaltung und der Finanzverwaltung. Sehr ausführlich geht er auf die Tätigkeit des am 14. November 1918 neu geschaffenen Ministeriums für soziale Fürsorge ein. Er hebt dabei hervor, „die Schaffung neuer Referate, um die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen mit allen staatlichen Mitteln wahrzunehmen. Es wurde ein Referat für Arbeitsrecht geschaffen, für Angestelltenfragen, für Beamtenfragen usw.. Die Einrichtungen der Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung und im Wohnungswesen wurden ausgebaut und durchgeführt, soweit es unter den bestehenden Verhältnissen möglich war. Leider konnten in dieser kurzen, unruhigen Zeit nicht alle Pläne, die das Ministerium entworfen hatte, befriedigend ausgeführt werden. Der Gewerbeaufsicht, dem Gesundheitswesen, den Kriegsbeschädigten wandte das Ministerium seine größte Aufmerksamkeit zu. Es sind auch hier Erfolge zu verzeichnen, doch nicht in so großem Maße, wie es im Interesse der leidenden Volksgenossen unbedingt notwendig gewesen wäre. Für die Parias [= jemand, der unterprivilegiert, von der Gesellschaft ausgestoßen ist] unter dem arbeitenden Volk, für die sogenannten Dienstboten, wurde ein neues Recht geschaffen. Ein Landarbeiterrecht ist in Ausarbeitung, wobei alle beteiligten Kreise der Landwirtschaft mitarbeiten. Der Kleinwohnungsbau, das Siedlungswesen wurden in weitgehendem Maße gefördert. Notstandsarbeiten wurden angeregt und Zuschüsse wurden zur Verfügung gestellt, um Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, denn das Problem der Arbeitslosen kann nur durch Arbeitsbeschaffung gelöst werden. Die sozialpolitische wichtigste Tat des Ministeriums war die Proklamierung des Achtstundentages, die von der Erkenntnis ausging, dass die rationelle Verkürzung der Arbeitszeit der Ausgangspunkt aller sozialpolitischen Maßnahmen, die auf die physische, geistige und moralische Hebung der Arbeiterklasse abzielen, sein muss. Für Erwerbslosenunterstützung wurden im Dezember rund zwei Millionen, im Januar rund zehn Millionen verausgabt. Zur Deckung der Kosten der Notstandsarbeiten wurde dem Haushalt des Ministeriums die Summe von zwölf Millionen Mark bewilligt und für überschreitbar erklärt. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen wurden im ganzen rund zwei Millionen Mark Reichszuschüsse und eine Million Staatszuschüsse zugesichert“. Soweit seine Ausführungen zum Sozialministerium. Kurt Eisners Rede, die er aufgrund seiner Ermordung nicht mehr im bayerischen Landtag vortragen konnte, endet mit den Worten: „Die revolutionäre Regierung hat



einstimmig beschlossen, ihre Ämter dem auf dem revolutionären Wahlrecht beruhenden Landtag zur Verfügung zu stellen. Sie ist zugleich bereit, die Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Um die Neubildung zu beschleunigen, wird die Regierung unverzüglich dem Landtag den Entwurf eines vorläufigen Staatsgrundgesetzes zur Beratung und Beschlussfassung zugehen lassen, das bis zur Vollendung der Verfassung die Grundlage für die Arbeiten des Parlaments und der Regierung bieten soll. Ein Entwurf der Verfassung selbst ist gleichfalls fertig gestellt; wir wollen ihn noch als Vermächtnis unserer demokratischen und sozialistischen Gesinnung der Öffentlichkeit übergeben, bevor die bisherige revolutionäre Regierung von dem Werk zurück tritt, über das das letzte Urteile die Geschichte fällen wird.“

23. Februar 1919 – Arbeiter können unter bestimmten Umständen eine Waffe erhalten

München-Theresienwiese * Auf der Theresienwiese versammeln sich gegen 13 Uhr mehrere Tausend Personen. Hier können freigewerkschaftlich organisierte oder einer sozialistischen Partei zugehörige Arbeiter eine Waffe erhalten, wenn sie mindestens 20 Jahre alt und an der Waffe ausgebildet sind. Ob und in welcher Anzahl Waffen ausgegeben wurden, ist unklar. Gegen 16 Uhr formiert sich ein Demonstrationszug zur Innenstadt, der sich am Schiller-Denkmal auflöst.

26. Februar 1919 – Das Erzbischöfliche Palais wird gestürmt

München-Kreuzviertel * Um 11 Uhr stürmen sechs Männer, darunter vier Soldaten mit Gewehr das Erzbischöfliche Palais und stellen die Frage: „Warum ist da nicht beflaggt?“ Erzbischof Michael von Faulhaber schreibt: „Die Soldaten standen mit Gewehr am Fenster, so daß die Menge auf der Straße den Terror sah. Besonders ein junger Zivilist benahm sich sehr frech: Schleifen am Parkettboden, macht sich am Altar und Altarstein zu schaffen, schimpft über die leer stehenden schönen Räume. Andere Leute hätten keine Wohnung. [...] Bis der Sekretär von mir heimkam, flatterten bereits die zwei Fahnen“.

7. März 1919 – Eine Bande plündert Villen im Osten der Stadt

München-Bogenhausen * Eine Bande plündert Villen im Osten der Stadt. Mit Gewehren, Pistolen und Handgranaten stürmen sie die Häuser und rauben Bargeld, Schmuck, Waffen und sonstige Wertgegenstände.



23. März 1919 – Einführung der Betriebsräte auf SPD-Konferenz beschlossen

Weimar * Die SPD-Parteikonferenz beschließt die Einführung der Betriebsräte: „Zur Mitwirkung an Sozialisierungsmaßnahmen, zur Kontrolle sozialistischer Betriebe, zur Überwachung der Gütererzeugung und Verteilung im gesamten Wirtschaftsleben sind gesetzlich geordnete Arbeitervertretungen zu schaffen. In dem zu diesem Zweck schleunigst zu schaffenden Gesetz sind Bestimmungen zu treffen über die Wahl und Aufgaben von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. Es sind weiter Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeiterrat vorzusehen, die vor dem Erlass wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetze ebenso wie die Vertretungen aller übrigen schaffenden Stände gutachtlich zu hören sind und selbst Anträge auf Erlass solcher Gesetze stellen können. Die entsprechenden Bestimmungen sind in der Verfassung der deutschen Republik festzulegen.“

24. März 1919 – Thomas Mann: Hoch der Kommunismus!

München * In dem Tagebuch von Thomas Mann findet sich die Mitteilung: „Die Nachrichten aus der Welt erschüttern mich sehr. Rücktritt des Grafen Karolyi und Ausrufung der Sowjet-Republik in Ungarn. Verständigung mit Moskau und Anmarsch russischer Truppen. In Wien kommunistische Demonstration. In Italien Übergang des gesamten Sozialismus zum Kommunismus. Alles gegen den Entente-Imperialismus gerichtet [...]. Ich wünsche es fast nicht mehr, daß das ‚Siegerpack‘ sich durch die Wirkungen seiner Niedertracht in Ungarn witzigen lässt. Ablehnung des Friedens durch Deutschland! Aufstand gegen den Rhetor-Bourgeois! Nationale Erhebung, nachdem man sich von den Schwindel-Phrasen dieses Gelichters das Mark hat zermürben lassen, in Form des Kommunismus denn meinetwegen, ein neuer 1. August 1914!

Ich bin imstande, auf die Straße zu laufen und zu schreien ‚Nieder mit der westlichen Lügendemokratie! Hoch Deutschland und Russland! Hoch der Kommunismus!‘“

2. April 1919 – Oskar Maria Graf beschreibt die Münchner Lebenssituation

München * Die Regierung Hoffmann strotzt in den letzten Märztagen nicht gerade vor Tatendrang. Wirtschaftlich geht's bergab, das miserable Wetter und der Schnee hindern alle weiteren Bemühungen. Oskar Maria Graf beschreibt die Situation folgendermaßen: „Die Stadt machte seit Tagen einen verwahrlosten Eindruck, und die Menschen fingen an, aufeinander böse zu werden. Im Rathaus und im Landtag berieten Parteien und Ausschüsse in einem fort. Niemand wusste mehr, wer regiert. Ratlosigkeit und Unsicherheit gingen um. In der Stadt



nämlich herrschte die Revolution und auf dem Lande die Gegenrevolution. Der Bahnverkehr stockte, wilde Streiks tobten, die Geschäftswelt war in tausend Ängsten, vor den Brotläden stauten sich lange Reihen und krakeelten mürrisch. Manchmal schlugen sie die Fenster ein, aber sie fanden kein Brot. Die ganze Maschinerie des täglichen Getriebes schien aus den Fugen, und ein ungeheurer Druck lag über der Stadt. Der Hunger wurde immer drohender. Draußen auf den vielen Straßen und Sträßlein des flachen Landes trieb kein Viehtransporter mehr dahin, holperten keine watschelnden Milchfuhrwerke mehr zur nächsten Bahnstation. Jäh, fast von einem Tag auf den andern, gab es keine Milch, keine Butter, kein Ei und kein Fleisch mehr. Auf dem Güterbahnhof standen die leeren Waggons zu Dutzenden auf den angerosteten Schienen, die weiten Hallen gähnten schaurig leer, der Schlacht- und Viehhof lag still, und verlassen dehnten sich die sonst stets belebten Marktplätze aus“.

3. April 1919 – Ratschläge für das weitere politische Vorgehen in Bayern

München - Berlin * Ministerpräsident Johannes Hoffman fährt mit dem Nachtzug nach Berlin, um Ratschläge für das weitere politische Vorgehen in Bayern einzuholen. Reichskanzler Philipp Scheidemann weist Hoffmann an, in der Rätefrage keine Kompromisse zu dulden. Falls es die Zustände in München nicht erlauben, solle er den Landtag in eine ruhigere Stadt in Nordbayern verlegen. Reichswehrminister Gustav Noske bietet Hoffmann die militärische Hilfe der Reichswehr an, verlangt aber im Gegenzug den Verzicht Bayerns auf seine militärischen Sonderrechte und die bedingungslose Anerkennung des neuen Reichswehrgesetzes. Johannes Hoffmann lehnt ab. Er will selbst für Ordnung sorgen durch die Gründung einer aus Freiwilligen bestehenden Volkswehr. Der Freistaat Bayern hat zu diesem Zeitpunkt noch die Souveränität und ist damit noch im Besitz der Reservatrechte über das Militär, die Post und die Bahn.

5. April 1919 – Errungenschaften der Revolution auf Dauer erhalten

München * Am 5. und 6. April findet der Gautag der Sozialdemokraten Südbayerns statt. Die Versammelten erklären sich mit der Errichtung einer Räterepublik einverstanden, wenn sich die drei sozialistischen Parteien [SPD, USPD und Kommunisten] an der Durchführung beteiligen. Es geht ihnen um den Erhalt der „Errungenschaften der Revolution gegen alle Anschläge der Reaktion“.

10. April 1919 – Hedwig Kämpfer wird als Richterin in das Revolutionstribunal aufgenommen



München * Hedwig Kämpfer wird als einzige Frau als Richterin in das 28 Personen umfassende Revolutionstribunal aufgenommen. Lida Gustava Heymann schreibt über sie: „Niemand erlebte ich, dass ein Mann selbst bei bestem Willen und Bemühen zustande brachte, was einer Frau, Hedwig Kämpfer, beim Revolutionstribunal gelang. [...] Ihre Fragestellung war einfach, natürlich, führte von Tatsache zu Tatsache, bis das Eingeständnis unvermeidbar geworden war, ihr psychologisches Einfühlungsvermögen arbeitete untrüglich. Der Abzuurteilende war für sie, was für den Musiker sein Instrument ist, das er meisterhaft zu spielen versteht, ihm die feinsten Töne entlockt.“

12. April 1919 – Ebert fordert die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern

Berlin - Bamberg * In einem drängenden Telegramm fordert Reichspräsident Friedrich Ebert vom bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, dass „die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern baldigst erfolgt, zumal da nach neueren mir zugegangenen Nachrichten aus München man dort anfängt, sich an die Räteregierung zu gewöhnen. Wenn die wirtschaftlichen Maßnahmen, welche Sie in Aussicht genommen haben, nicht in kürzester Zeit zum Ziel führen, erscheint mir als einzige Lösung militärisches Vorgehen. Dass je rascher und durchgreifender dieses erfolgt, um so weniger Widerstand und Blutvergießen zu erwarten ist, hat uns die Erfahrung an anderen Stellen gelehrt.“ Damit ist das Schicksal der bayerischen Revolution besiegelt. Eine Niederschlagung nach dem Beispiel des Spartakus-Aufstandes in Berlin ist naheliegend. Unter dem Druck aus Berlin gibt Bayerns Ministerpräsident Hoffmann nach. Nun wird auf Landesebene dasselbe Muster durchgespielt wie das auf Reichsebene bereits erprobte: Der Bund mit antirevolutionären, auch antidemokratischen rechten Kräften, um der Linken Herr zu werden. Militärminister Ernst Schneppenhorst wird beauftragt, bayerische Freiwilligenverbände aufzustellen. Ministerpräsident Hoffmann bittet Berlin telefonisch um Verstärkungen. Die Reichstruppen dürfen in Bayern einmarschieren. Auch das von dem bayerischen Oberst Franz Ritter von Epp im thüringischen Ohrdruf gebildete Freikorps wird gegen München in Marsch gesetzt. Während aus dem Westen württembergische Truppen anrücken, sammeln sich im Süden die Freikorps. Rund 30.000 Mann sind im Anmarsch, als sich der Ring um München schließt. Für die Rote Armee wird der Kampf gegen die an Zahl, Ausrüstung und Professionalität überlegenen Weißen nicht mehr zu gewinnen sein.

13. April 1919 – Flugblatt: Verhängung des Kriegszustandes über München

München * Anschläge - mit der Unterschrift „Die Garnison München“ - verkünden die Verhängung des Kriegszustandes über München. Die Entscheidung fällt, nachdem das Leibregiment



erklärt, dass es sich in der ganzen Auseinandersetzung neutral verhalten will und eine Unterstützung der Republikanischen Schutztruppe ablehnt.

13. April 1919 – Das Regierungsprogramm der Kommunistischen Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Die Proklamation der Zweiten Räterepublik ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn Münchens Isolation in Gesamtbayern ist noch weiter gestiegen und von außen ist keine Unterstützung zu erwarten, da die Reichsregierung Herr der militärischen Lage ist. Eine vage Hoffnung verbindet sich allenfalls mit Aufständen in Österreich. Eugen Leviné will ein revolutionäres Exempel statuieren, den „Massen Anschauungsunterricht geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird“, und hofft, auch eine niedergeschlagene Räterepublik würde weitere Emanzipationsversuche herausfordern. Gegenüber ihrer Vorgängerin bemüht sich die kommunistische Räteregierung mit Hochdruck um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Ihr geht es nicht um die bloße Übernahme der Gewalt, sondern um die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates. Vorrang besitzt die Bildung eines eigenen Behördenapparates mit verschiedenen Kommissionen und die Schaffung einer Roten Armee. Zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschvorhaben tritt bis zum 23. April ein Generalstreik in Kraft. Das gesamte Bankwesen wird unter der Leitung von Emil Maenner und Towia Axelrod nationalisiert, die Gewerbe- und Industriebetriebe vorerst nicht sozialisiert, aber der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt. Mit drakonischen Strafandrohungen wird versucht, gegen Plünderer und „Revolutionsschmarotzer“ vorzugehen. Die bürgerliche Presse wird verboten. Während des Generalstreiks erschienen allein die kostenlos verteilten „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“. Trotz großer Anstrengungen bleiben auch die Herrschaftsorgane der Zweiten Räteregierung weitgehend ineffizient - es fehlt an zuverlässigen Kräften und der Zeitdruck ist groß.

14. April 1919 – Polizeipräsident Johann Dosch nimmt Hausdurchsuchungen vor

München * Johann Dosch, der neue Polizeipräsident, nimmt mit acht Mitgliedern der Roten Armee auf eigene Faust Hausdurchsuchungen vor. Er beschlagnahmt dabei Gegenstände im Wert von rund 100.000 Mark.

16. April 1919 – Erich Mühsam tritt in den Hungerstreik

Ebrach * Erich Mühsam tritt im Zuchthaus Ebrach in einen Hungerstreik, um gegen seine



Verhaftung und die Zustände im Zuchthaus zu protestieren.

16. April 1919 – Gustav Lanauer distanziert sich von der kommunistischen Räterepublik

München * Gustav Landauer schreibt an den Aktionsausschuss: „Ich habe mich um der Sache der Befreiung und des schönen Menschenlebens willen der Räterepublik zur Verfügung gestellt; als der alte Zentralrat von einer Organisation ersetzt worden war, die vom Vertrauen der Münchner Arbeiterschaft getragen zu sein schien. Sie haben meine Dienste bisher nicht in Anspruch genommen. Inzwischen habe ich Sie am Werke gesehen, habe Ihre Aufklärung, Ihre Art den Kampf zu führen, kennengelernt. Ich habe gesehen, wie im Gegensatz zu dem, was Sie ‚Schein-Räte-Republik‘ nennen, Ihre Wirklichkeit aussieht. Ich verstehe unter dem Kampf, der Zustände schaffen will, die jedem Menschen gestatten, an den Gütern der Erde und der Kultur teilzunehmen, etwas anderes als Sie. Ich stelle also fest - was schon vorher kein Geheimnis war - , dass die Abneigung gegen eine gemeinsame Arbeit gegenseitig ist. Der Sozialismus, der sich verwirklicht, macht sofort alle schöpferischen Kräfte lebendig; in Ihrem Werke aber sehe ich, dass Sie auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet [...] sich nicht darauf verstehen. Diese Mitteilung bleibt von mir streng privat; es liegt mir fern, das schwere Werk der Verteidigung, das Sie führen, im geringsten zu stören. Aber ich beklage aufs schmerzlichste, daß es nur noch zum geringsten Teil mein Werk, ein Werk der Wärme und des Aufschwungs, der Kultur und der Wiedergeburt, ist, das jetzt verteidigt wird.“

28. April 1919 – Giesinger Kommunisten stürmen das Polizeipräsidium

München-Kreuzviertel * Am Abend stürmen achtzig bis einhundert Giesinger Kommunisten das Polizeipräsidium, entwenden und vernichten Material des Erkennungsdienstes und der Fahndungsabteilung und verwüsten das Gebäude. Wertgegenstände und Waffen werden gestohlen. Die Steckbriefsammlung, die Akten der Zigeuner-Nachrichtenstelle und die Einwohnerlisten türmen sich meterhoch in den Höfen des Präsidiums. Sie werden teilweise mit Benzin übergossen und angezündet.

28. April 1919 – Die Regierungssoldaten werden indoktriniert

Freistaat Bayern * Die Regierungssoldaten werden in den Tagen vor dem Einmarsch nach München intensiv indoktriniert. Man warnt sie davor, dass ihnen die sofortige Erschießung droht, wenn sie den Spartakisten in die Hände fallen. Gleichzeitig erklärt man ihnen, dass jeder Feind



ein minderwertiger Ausländer sei. Unter diesen Umständen stößt der Befehl, jeden zu erschießen, der sich den Regierungstruppen widersetzt, auf breite Zustimmung.

3. Mai 1919 – Rudolf Egelhofer wird ohne Gerichtsverhandlung erschossen

München-Graggenau * Der im Keller der Residenz inhaftierte Rudolf Egelhofer wird in aller Frühe zum Verhör geholt. Wenig später wird er mit einem Kopfschuss getötet. Da der Exekution keine Gerichtsverhandlung vorausgeht, handelt es sich bei der Erschießung Rudolf Egelhofers um vorsätzlichen Mord. Ernst Toller schreibt später in seinen Erinnerungen: „Egelhofers Gegner nannten ihn einen Bluthund, in Wahrheit war er ein sensibler Mensch, den erst das Erlebnis der Kieler Matrosenaufstände hart und mitleidlos gemacht hat“.

5. Mai 1919 – Zustände wie 1914 in Belgien

München-Haidhausen * Josef Hofmiller wird von seinem Schwager informiert, dass in seinem Wohnviertel „die Straßenkämpfe so schlimm [waren], wie 1914 in Belgien. Wer mit der Waffe in der Hand angetroffen wurde, wurde auf der Stelle erschossen. Es ist jetzt so weit gekommen, dass viele Gewehre von Kindern mitgeführt werden, die angeben, sie hätten sie gefunden“.

14. Mai 1919 – Forderungen der bürgerlichen Parteien an die Regierung

München * Die bürgerlichen Parteien in München fordern von der Regierung: Die sofortige Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände; die Wiederaufnahme eines geregelten Polizeibetriebes; die Entwaffnung der Roten Armee; die Aufstellung einer Volkswehr; durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der demokratischen Verfassung; die Festnahme und Bestrafung der für die ungesetzlichen Zustände verantwortlichen Führer und die Ausweisung aller politisch nicht einwandfreien landfremden Elemente. Da die Abgabe der Waffen und Munition nur zögerlich vonstatten geht, werden Belohnungen ausgesetzt.

1920 – Das Geschäftsfeld der Firma Münchner Möbelheim, vormals Falk & Fey

München * Die Firma Münchner Möbelheim, vormals Falk & Fey betätigt sich mit der „Einrichtung von Wohnungen nach eigenen Entwürfen, Handel und Kommissionshandel von Waren aller Art insbesondere Antiquitäten und Kunstgegenständen, außerdem Übernahme von



Versteigerungen“.

1921 – Der Karl-Valentin-Film „Drei Stunden im Himmel“ entsteht

München * Der in diesem Jahr entstandene Karl-Valentin-Film „Drei Stunden im Himmel“ ist verschollen.

26. Juni 1922 – Reichspräsident Ebert erlässt erneut zwei Republikschutz-Verordnungen

Berlin * Reichspräsident Friedrich Ebert erlässt erneut zwei Republikschutz-Verordnungen. Ein Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wird eingerichtet und die Straftatbestände neu aufgelistet.

19. September 1922 – Faulhaber verhindert Ordensverleihung an Adenauer

München-Kreuzviertel - Rom-Vatikan * Kardinal Michael von Faulhaber schreibt an den Unterstaatssekretär im Vatikan, Giuseppe Pizzardo, über die öffentliche Auseinandersetzung mit Konrad Adenauer: „Er behauptete, die Revolution sei organisch geworden, die gestürzten Herrscherhäuser seien morsche Bäume gewesen, der deutsche Katholizismus sei auf das deutsche Vaterland angewiesen. [...] Ich bitte darum Eure Exzellenz, es möge keine päpstliche Kundgebung erfolgen, die von den Katholiken als Zustimmung zur Politik des Zentrums und zu einer Koalition mit der Sozialdemokratie ausgelegt werden könnte. Präsident Adenauer wird die päpstliche Auszeichnung, die früher für den Präsidenten üblich war, nicht erhalten können“.

Damit verhindert Kardinal Faulhaber, dass Konrad Adenauer den sonst üblichen päpstlichen Orden bekommt. In einer eigenwilligen Rechtfertigung gegenüber dem bayerischen Gesandten beim Vatikan schreibt Faulhaber am selben Tag: „[...] Damit habe ich nicht die Verfassung von Weimar und die republikanische Staatsform an sich verurteilt; denn eine Verfassung kann rechtmäßig zustandegekommen sein, ohne daß dadurch die vorausgehende Revolution legitimiert wird. Ein unehelich Geborener kann ein ordentlicher Mensch werden, ohne daß damit die uneheliche Mutterschaft als solche Rechtsdasein erhält.“

8. November 1923 – Adolf Hitler stürmt mit einem Stoßtrupp den Bürgerbräukeller

München-Haidhausen * Adolf Hitler stürmt mit einem bewaffneten Stoßtrupp den



Bürgerbräukeller, in dem die Freie Vereinigung von Erwerbsständen zu einer Veranstaltung eingeladen hatte, und erklärte die „Nationale Revolution“ für „ausgebrochen“. Am nächsten Tag machen sich die Putschisten auf den Weg in die Innenstadt. An der Feldherrnhalle kommt es zu einer Schießerei mit der Landespolizei. Sechzehn Putschisten und vier Polizisten kommen dabei ums Leben.

1926 – In der Maffei'schen Fabrik sind 44 Dampfschiffe entstanden

München-Englischer Garten - Hirschau * In der Maffei'schen Fabrik in der Hirschau sind 44 Dampfschiffe für deutsche Seen und Flüsse entstanden.

21. Dezember 1926 – Einstweilige Verfügung gegen das Valentin-Bühnenstück „Im Senderaum“

München * Theaterdirektor Hermann Haller, der im Berliner Admiralspalast seine bekannte „Haller Revue“ aufführt, erwirkt am Landgericht München eine einstweilige Verfügung gegen das Valentin-Karlstadt-Bühnenstück „Im Senderaum“. Es geht dabei um Plagiatsvorwürfe gegen Karl Valentin, wobei nicht der Münchner Komiker, sondern der Leiter des Deutschen Theaters, Hans Gruß, der das Valentin-Bühnenstück „Im Senderaum“ aufgeführt hat, im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen steht. Hermann Haller behauptet in seiner Anklageschrift, dass Karl Valentin sein später entstandenes Bühnenstück „Im Rundfunksenderaum“ aus dem Sketch „Hinter den Kulissen des Rundfunks“ von Roland Jeans aus Hermann Hellers Revue „An und Aus“ geklaut hätte. Der Kläger verlangt die Unterlassung der weiteren Karl-Valentin-Aufführungen, Rechnungslegung über die aus den bisherigen Aufführungen erzielten Einnahmen und natürlich Schadensersatz.

1. Januar 1927 – Die evangelische Martin-Luther-Kirche wird eingeweiht

München-Obergiesing * Die Martin-Luther-Kirche ist fertig zur Einweihung. Natürlich erreichte diese Kirche nicht die Dimensionen der katholischen Heilig-Kreuz-Kirche, ist aber mit elf Metern Breite und 19 Metern Länge durchaus eine der größeren evangelischen Kirchen Münchens. Auf jeden Fall ist sie die höchstgelegene. Bereits am Tag der Einweihung reichen ihre 800 Plätze nicht mehr aus für die hereindrängenden Giesinger Protestanten. Anders als bei früheren Kirchenbauten ist hier ein Zentrum mit Kirche und großem Pfarrhaus entstanden. Trotz der hohen Kosten von 971.225 Mark kann man die Kirche noch mit reichem Bauschmuck und einer Orgel



ausstatten. Außen, auf der Bronzetür des Hauptportals, sind die wichtigsten der 95 Thesen Luthers zu lesen; rechts und links davon stehen die Figuren der vier Evangelisten und der vier großen Propheten. Das Innere der Kirche ist mit Gemälden ausgestattet, die alle einem theologischen oder geschichtlichen Programm folgen.

1929 – Der Stummfilm „Die beiden Musikal-Clowns“ wird gedreht

München * Der Stummfilm „Die beiden Musikal-Clowns“ nach der Originalszene „Die verhexten Notenständer“ von Karl Valentin und Liesl Karlstadt entsteht.

August 1929 – Ein „Florida für die Armen“ mitten in Haidhausen

München-Haidhausen * In der Münchner Chronik der Süddeutschen Sonntagspost findet sich eine Reportage über die Vorkommnisse während der besonders heißen „Hundstage“. Ein Journalist beschreibt darin, mit welcher jubelnder Begeisterung die Haidhauser, besonders die Kinder, den neuen Brunnen angenommen haben. „Der Magistrat“, so der Zeitungsschreiber, hat den Kindern „ein kleines Paradies“ spendiert, ein „Florida für die Armen“, mit frischem, kaltem Wasser und einer Fontäneninsel in der Mitte, bei dem eigentlich nur die einladende Tafel „Familienbad für Kinder“ fehlt. Die Kleinen waten „lustig hinein in den Märchenbrunnen zu den dreißig anderen, die da planschen und spritzen, pfeifend und singend, umgeben von einem Kranz wohlwollender erwachsener Zuschauer“. Ein wahres Geschenk, denn die Badeanstalt kostet „ein Zehnerl Eintritt, das man erst haben muß, wenn man es ausgeben will“. Der gelobte Münchner Stadtrat reagiert auf die Hymnen unbeholfen und verlegen. Denn, so die Verlautbarung, er „hat gar nicht gewußt, was die Haidhauser Wirbelköpfe aus seinem Brunnen gemacht haben!“ Und weiter, die „Stadtverwaltung“ hat „es erst erfahren durch Zuschriften einiger galliger Umbewohner, die sich in ihrer Ruhe gestört fühlen, die nicht verstehen, daß diese kleinen blassen Körperchen, die trotz der Ferien ans Großstadtpflaster gebannt sind, sich ein wenig austollen wollen. Ruhestörung! Es war ein Irrtum. Der Brunnen ist mißverstanden worden von den Kindern, von den Zuschauern, sogar von dem wackeren Polizeimann, der schmunzelnd vorbeiging und ebenfalls dachte, es sei ganz in Ordnung so“. Im Gegenteil. „Die Haidhauser hatten das Waten einfach auf eigene Faust eingeführt“ und angesichts der „Hundstage“ die „amtliche Billigung“ vorausgesetzt, muss sich der Journalist von der Stadtverwaltung belehren lassen. Natürlich muss ein Schild her, eine „leuchtende Verbotstafel“ mit der Aufschrift „Waten und Baden verboten“. Die sarkastische, weder die Stadtverwaltung noch die Miesmacher schonende Reportage stammt aus der Feder des nachmaligen SZ-Chefredakteurs und Herausgebers der Münchner Abendzeitung, Werner Friedmann.



September 1929 – Konsul Heilmann ersteigert die Villa Stuck

München-Haidhausen * Konsul Albert Heilmann, der Ehemann der Stuck-Tochter Mary, erhält für sein Gebot von 351.000 Mark den Zuschlag für die Villa Stuck. Die Versteigerung kam zustande, weil sich die Witwe und die Tochter Stuck nicht über den Wert des Hauses einigen konnten.

1. Januar 1930 – Karl Valentin und Liesl Karlstadt spielen das „Clownsduett“ in Berlin

Berlin * Karl Valentin und Liesl Karlstadt treten im Berliner Kabarett der Komiker mit dem Bühnenstück „Clownsduett“ (= „Die verhexten Notenständer“) auf. Das Berliner Engagement endet am 15. Januar.

18. September 1931 – Angelika Maria „Geli“ Raubal begeht Selbstmord

München-Haidhausen * Die 23-jährige „Privatstudierende“ Angelika Maria „Geli“ Raubal begeht in Adolf Hitlers Wohnung am Prinzregentenplatz 16 Selbstmord durch Erschießen. Es handelt sich dabei um eine Tochter von Hitlers Halbschwester Angela Raubal. Die schweren Verletzungen und die weitere Umstände, über die die Münchener Post berichtet, signalisieren der Öffentlichkeit den Verdacht auf ein Verbrechen. Die Staatsanwaltschaft beauftragt deshalb sofort den Polizeiarzt, die Leiche nochmals zu untersuchen.

23. September 1933 – Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße in Berg am Laim

München-Berg am Laim • Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße und des Schüleinsplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schülein war Hauptaktionär und Aufsichtsrat-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schülein dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in



Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“ 23. September 1933: Antrag auf Umbenennung von Schüleinstraße und Schüleinplatz München-Berg am Laim * Der NSDAP-Stadtrat W. Holzwarth stellt den Antrag auf Umbenennung der Schüleinstraße und des Schüleinplatzes in Berg am Laim. In seiner Begründung gibt er an, dass der „Kommerzienrat Joseph Schülein keine besonderen Verdienste, weder in sozialer Hinsicht, noch um die Stadtgemeinde München im Besonderen, nachgewiesen werden können“ und aus diesem Grund „keine Veranlassung besteht, dass in einem nationalsozialistischen Staate eine Strasse und ein Platz nach einem Juden benannt werden. Schülein war Hauptaktionär und Aufsichtsrat-Vorsitzender der Löwenbrauerei und bei seinem nicht unbeträchtlichen Einkommen und grossem Vermögen, dürfte es wohl nicht als besonderes Verdienst anzurechnen sein, wenn er von diesen Geldern wieder einen kleinen Bruchteil der Allgemeinheit für bestimmte Zwecke zur Verfügung stellte. [...] Ausserdem hat meines Wissens gerade Schülein dafür gesorgt, dass der grösste Teil der Landbrauereien Bayerns [mehrere 1.000 Betriebe] durch die Löwenbrauerei aufgekauft wurden. Sämtliche aufgekauften Betriebe wurden sofort geschlossen, wodurch die in Bayern blühende Land-Bier-Industrie vollständig vernichtet wurde. Die daraus sowohl für die einschlägige Industrie und das Handwerk, als auch für den Arbeitslosenmarkt entstandenen und zugefügten Schäden sind gar nicht zu übersehen.“ Der Antrag steht im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Politik, jüdische Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben und dem Stadtbild zu verdrängen. Er markiert einen weiteren Schritt der systematischen Ausgrenzung und Diskriminierung der Familie Schülein nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten.

16. Februar 1935 – Keine Probleme mit der „Fallschwertmaschine“ in Valentins Panoptikum

München * Das Bayerische Innenministerium hat mit der Ausstellung der Nachbildung der im Gefängnis Stadelheim genutzten „Fallschwertmaschine“ in Karl Valentins Panoptikum keinerlei Probleme. Denn: „Der unbefangene Besucher kommt bei der Besichtigung dieser Hinrichtungsszene wohl nicht auf den Gedanken, dass die Darstellung genau der Wirklichkeit entspricht, vielmehr hält er sie, wie auch die sonstigen Gegenstände des Juxmuseums für ein Erzeugnis der verschrobenen Fantasie des Ausstellers Valentin.“ Durch ein Verbot dieser Hinrichtungsszene würden zweifellos mehr abträgliche Wirkungen ausgelöst werden, als durch deren Weiterduldung.“

1936 – Heinrich Himmler bestimmt die Aufgaben des Lebensborn e.V.



Berlin * Heinrich Himmler bestimmt die Aufgaben des Lebensborn e.V. im Detail. Mindestens vier Kinder sollen in jeder SS-Familie aufwachsen, da die „Frage vieler Kinder [...] nicht Privatangelegenheit des einzelnen, sondern Pflicht gegenüber seinen Ahnen und unserem Volk“ ist. „Falls unglückliche Schicksalsumstände der Ehe eigene Kinder versagen, soll jeder SS-Führer rassistisch und erbgesundheitslich wertvolle Kinder annehmen und sie im Sinne des Nationalsozialismus erziehen [...]“. Punkt 2 bestimmt als Aufgabe des Vereins: „Rassistisch und erbbiologisch wertvolle werdende Mütter unterzubringen und zu betreuen, bei denen nach sorgfältiger Prüfung der eigenen Familie und der Familie des Erzeugers [...] anzunehmen ist, daß gleich wertvolle Kinder zur Welt kommen“. Wenn schwangere Frauen nachweisen können, dass unter ihren Vorfahren keine Juden sind, und wenn ihnen zudem SS-Ärzte ihre sogenannte erbbiologische Gesundheit bestätigen, wird ihnen - um eine Abtreibung zu verhindern - die Aufnahme in ein Entbindungsheim des Lebensborn e.V. versprochen. Die Verwirklichung der rassistischen Komponente der NS-Weltanschauung zielt auf die Ablösung der alten Führungsschichten durch eine neue, biologisch geformte nationalsozialistische Elite.

1937 – Wilhelm Sensberg führt die Museum-Lichtspiele

München-Au * Von 1937 bis zum Kriegsende Ende April 1945 ist Wilhelm Sensberg der Betreiber des Filmtempels in der Au. Welche politische Gesinnung die Betreiber des Lichtspielhauses während der NS-Zeit bevorzugten, ist nicht bekannt. Auf alle Fälle standen die Kinobetreiber und -besitzer in dieser Zeit unter strenger Aufsicht nationalsozialistischer Aktivisten.

14. Februar 1937 – Mit dem Konkordat der Nazi-Regierung das Vertrauen ausgesprochen

München-Kreuzviertel * In einer Predigt in der Michaelskirche schätzt Kardinal Michael von Faulhaber den Konkordatsabschluss folgendermaßen ein: „Zu einer Zeit da die Oberhäupter der Weltreiche in kühler Reserve und mehr oder minder voll Mißtrauen dem neuen Deutschen Reiche gegenüberstanden, hat die katholische Kirche, die höchste sittliche Macht auf Erden, mit dem Konkordat der neuen deutschen Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen“. Für das Ansehen der nationalsozialistischen Regierung im Ausland war diese Aussage eine Tat von unschätzbbarer Tragweite.

1938 – Der Valentin-Karlstadt-Kurzfilm „Der Antennendraht/Im Senderraum“

München-Geiseltal * Nicht sicher ist der Entstehungszeitpunkt des



Valentin-Karlstadt-Kurzfilms „Der Antennendraht/Im Senderaum“. Regie führt Joe Stöckl. Er könnte aber bereits 1937 entstanden sein.

1938 – Der Valentin-Karlstadt-Kurzfilm „Der Antennendraht/Im Senderaum“

München * Nicht sicher ist der Entstehungszeitpunkt des Valentin-Karlstadt-Kurzfilms „Der Antennendraht/Im Senderaum“. Regie führte Joe Stöckl. Der Film könnte bereits 1937 entstanden sein.

Oktober 1938 – Die „Reichsfluchtsteuer“ für die Familie Haas wird auf 125.000 RM festgesetzt

München * Nachdem die Familie Haas ihren „Antrag auf Ausreise“ gestellt hat, wird die „Reichsfluchtsteuer“ auf 125.000 RM festgesetzt. Das entspricht dem Wert des Immobilienbesitzes. Als es dann im Oktober 1938 zum Verkauf an die „Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands, Landesstelle München“ kommt, wird der Wert der Häuser von den staatlichen Prüfern auf nur mehr 45.000 RM festgesetzt. Damit geht der Kauf für ein Butterbrot über die Bühne. Die finanziellen Belastungen der „Reichsfluchtsteuer“ bleiben dennoch bestehen. Daneben werden der Familie Haas noch alle wertvollen Gegenstände abgenommen.

12. November 1938 – Hermann Göring erlässt eine Sühneverordnung für Juden

Berlin * Hermann Göring, der Beauftragte für den Vierjahresplan zur Kriegsvorbereitung, erlässt eine Sühneverordnung, die zur Finanzierung der Aufrüstung gedacht ist. Die Juden deutscher Staatsangehörigkeit müssen zusammen eine Milliarde Reichsmark wegen „ihrer feindlichen Haltung gegenüber dem deutschen Volk und Reich“ zahlen. Weiterhin werden alle Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben ausgeschaltet. Und schließlich gibt es die Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes. Sie besagt: „Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen. Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.“ In München wird eine eigene Arierungsstelle in der Widenmayerstraße 27 eingerichtet, die die Enteignung und Gettoisierung der jüdischen Bevölkerung durchführen soll.



1. September 1939 – Adolf Hitler erlässt den Euthanasiebefehl

Berlin * Der Euthanasiebefehl Hitlers, wird zwar erst Ende Oktober 1939 geschrieben, aber auf den 1. September 1939 rückdatiert. „Träger minderwertigen Erbgutes“ (siehe 14. Juli 1933) gelten den Nazis als „lebensunwertes Leben“. Das geheime Ermächtigungsschreiben Adolf Hitlers hat die planmäßige Tötung von 100.000 Erwachsenen und 20.000 Kindern zur Folge. Die Verwirklichung des Euthanasieprogramms soll vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden, weshalb die unmittelbar Hitler unterstellte Kanzlei des Führers der NSDAP mit der Vorbereitung und Durchführung der Tötungsmaßnahmen beauftragt wird. Die Euthanasie-Aktion wird inoffiziell als Aktion T 4 bezeichnet, nach dem Sitz der zuständigen Dienststelle in der Berliner Tiergartenstraße 4. Um keinen Verdacht zu erregen, werden in den Tötungsanstalten eigene Standesämter zur Ausstellung der Todesurkunden eingerichtet. Die Angehörigen erhalten eine Mitteilung, dass der Kranke „unerwartet an einer Krankheit“ gestorben und bereits eingeäschert worden ist.

1940 – Entbindungsheime und Kinderheime des Lebensborn e.V.

Europa * Im Deutschen Reich (einschließlich Österreich) besitzt der Lebensborn e.V. neun Entbindungsheime und zwei Kinderheime. Für die Geburt unehelich gezeugter Kinder deutscher Besatzungstruppen eröffnet der Lebensborn e.V. in Belgien, Frankreich, Luxemburg und Norwegen insgesamt zwölf Entbindungsheime. Alleine in Norwegen kommen 8.000 bis 9.000 Kinder zur Welt. Jedes Lebensborn-Heim besitzt ein eigenes Standesamt und eine polizeiliche Meldestelle.

7. August 1940 – Pater Rupert Mayer wird ins Kloster Ettal verbannt

Ettal * Pater Rupert Mayer wird wegen seines bedrohlichen Gesundheitszustandes und auf Anordnung des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, für den Rest des Krieges ins Kloster Ettal verbannt. Er muss im Kloster leben, darf das Klostergelände nicht verlassen und keine Messen in der Öffentlichkeit zelebrieren.

1943 – Der Seidenbau ist von kriegsentscheidender Bedeutung

Deutsches Reich * Der Seidenbau ist von kriegsentscheidender Bedeutung, denn: „Naturseide lässt sich nur durch Kunstseide ersetzen, wenn es sich um die Herstellung von



Luxusgegenständen (Bekleidungsstücke) handelt. Sie ist unersetzlich für technische Zwecke und für den Bedarf des Heeres (Fallschirme).“

Mai 1945 – Müllentsorgung in Bombentrichtern, Geländemulden und Kiesgruben

München-Untergiesing * Von den 1.350 Harritschwägen, die im Jahr 1939 im Dienst der Müllabfuhr standen, sind bei Kriegsende fünfzig Prozent vernichtet, der Pferdebestand ist sogar um siebzig Prozent gesunken. Um den Betrieb aufrecht erhalten zu können, behilft sich die Stadt mit Holzvergaser-Autos und alten Wehrmachtsfahrzeugen. Die Arbeitskräfte kommen aus anderen städtischen Stellen. Da es sonst keine Entsorgungsmöglichkeiten gibt, lässt man den Müll einfach in Bombentrichtern, Geländemulden und Kiesgruben verschwinden, die bei späteren Bauvorhaben als teure Altlasten wieder zum Vorschein kommen.

15. August 1945 – Neubeginn der Kammerspiele nach 1945

München-Graggenau * Die neu gegründete „Schaubude“ gibt ihre erste Vorstellung in den Münchner Kammerspielen. Das Schauspielhaus ist zu diesem Zeitpunkt der einzige Münchner Theatersaal, der die Bombenangriffe so weit überstanden hat, dass er unmittelbar wieder bespielt werden kann. Obwohl der Saal zunächst von der amerikanischen Besatzungsmacht als Kino für ihre Soldaten genutzt wird, ermöglicht der Theater- und Musikoffizier Walter Behr die Freigabe für deutsche Aufführungen. Wenige Wochen später spielt auch das ausgebombte Volkstheater in den Kammerspielen. Das Haus entwickelt sich damit zu einem wichtigen Treffpunkt und Ausgangsort des kulturellen Neubeginns in München. Außerdem entwickelte sich der Hof der Kammerspiele schnell zur Kontaktbörse für Theaterleute. Erich Kästner schlug später scherzhaft vor, dort eine Tafel mit der Inschrift „Hof des Wiedersehens 1945“ anzubringen.

1. Oktober 1948 – Das Bayerische Rundfunkgesetz tritt in Kraft

Freistaat Bayern * Das Bayerische Rundfunkgesetz tritt in Kraft. Zwei Ziele standen bei den amerikanischen Überlegungen zur Rundfunkpolitik nach amerikanischem Vorbild im Vordergrund: Vermeidung von staatlicher Einflussnahme Dezentralisierung. Als Vermächtnis dieser Politik vereint die ARD heute neun Rundfunkanstalten unter ihrem Dach.



1949 – Die Kfz-Zulassungsstelle für den Landkreis München-Land

München-Au * Im Landratsamt am Lilienberg wird die Kraftfahrzeug-Zulassungsstelle für den Landkreis München-Land eröffnet. Die rasch anwachsende Motorisierung führt zu katastrophalen Zuständen in der kurzen und schmalen Sackgasse Am Lilienberg.

4. September 1949 – Die Erfindung der Currywurst

Berlin-Charlottenburg * Herta Heuwer, die seit August 1949 in Berlin-Charlottenburg einen Imbissstand betreibt, soll an diesem Tag die Currywurst erfinden. Weil nur wenige Gäste kommen, beginnt sie aus Langeweile mit verschiedenen Zutaten und Gewürzen zu experimentieren. Sie vermischt Tomatenmark, Currypulver, Worcestershiresauce, Paprika, Pfeffer und weitere Gewürze, deren genaue Zusammensetzung sie geheim hält. Die so entstandene Sauce gibt sie über eine gebratene und in Stücke geschnittene Brühwurst, die sie in einer Pfanne auf einem Spirituskocher zubereitet. Das neue Gericht nennt sie „Spezial-Curry-Bratwurst“. Eine Portion kostet 60 Pfennig. An diesem Entstehungsdatum bestehen allerdings Zweifel. Heuwer beschreibt den Tag später mit den Worten: „Es goss kleine Kinderköpfe.“ Die amtlichen Wetteraufzeichnungen zeichnen jedoch ein anderes Bild: Demnach bleibt es am 4. September 1949 in Berlin trocken. Die Entstehung der Currywurst ist zudem eng mit den politischen und kulturellen Verhältnissen der Nachkriegszeit verbunden. Internationale Zutaten bilden die Grundlage für eine Spezialität, die später als typisch deutsch gilt. Currypulver, dessen europäische Variante auf die britische Kolonialgeschichte in Indien zurückgeht, wird durch die britischen Besatzungstruppen in Deutschland leichter verfügbar. Ketchup verbreitet sich unter dem Einfluss der US-amerikanischen Soldaten. Ohne die britischen und US-amerikanischen Besatzungsmächte entsteht die Currywurst vermutlich nicht in ihrer heute bekannten Form.

4. August 1950 – Die zerstörte Schmederer-Villa

München-Au * Die Lokalbaukommission beauftragt an die Besitzerin der ehemaligen Schmederer-Villa, Frieda Krone, mit der Beseitigung des „gefährdenden Zustandes“. Die Villa musste im Zweiten Weltkrieg den Bombenhagel über sich ergehen lassen - und wurde dabei größtenteils zerstört.

24. Juli 1952 – Weltpremiere von „Zwölf Uhr mittags“



New York * Der Western „Zwölf Uhr mittags“ [„High Noon“] feiert in New York seine Weltpremiere. Der Film mit Gary Cooper in der Hauptrolle gilt heute als einer der bedeutendsten Western der Filmgeschichte. Die Handlung spielt nahezu in Echtzeit: Marshal Will Kane muss sich allein einer Gruppe von Verbrechern stellen, nachdem die Bewohner seiner Stadt ihn im Stich lassen. Der Film wird häufig als Gleichnis für Zivilcourage, persönliche Verantwortung und den Mut verstanden, auch gegen den Widerstand der Mehrheit für seine Überzeugungen einzustehen. „Zwölf Uhr mittags“ wurde zu einem großen internationalen Erfolg und gewann vier Oscars, darunter für Gary Cooper als bester Hauptdarsteller sowie für den Titelsong „High Noon (Do Not Forsake Me, Oh My Darlin‘)“. Das Werk beeinflusste Generationen von Filmschaffenden und zählt bis heute zu den Klassikern des amerikanischen Kinos.

1959 – Das Schiller-Denkmal kommt in die gegenüberliegende Grünanlage

München-Maxvorstadt * Das Schiller-Denkmal, das bis dahin auf dem Platz der Opfer des Nationalsozialismus gestanden hat, kommt in die gegenüberliegende Grünanlage.

30. April 1967 – Einweihung der Versöhnungskirche im KZ Dachau

Dachau * Die evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau wird feierlich eingeweiht. Die Predigt hält der ehemalige KZ-Häftling Martin Niemöller. Die Kirche war auf Initiative ehemaliger Dachau-Häftlinge als Ort des Gedenkens, der Versöhnung und der christlichen Verantwortung entstanden.

1970 – Der Hochaltar der Anna-Klosterkirche wird rekonstruiert

München-Lehel * Der Hochaltar der Anna-Klosterkirche, ein Werk der Gebrüder Asam, wird rekonstruiert. Nur dessen Herzstück, der Tabernakelbau von Johann Baptist Straub, und die beiden großen, den Altar flankierenden Stuckfiguren haben den Brand von 1944 überstanden. Die restliche Ausstattung des Hauptaltars muss neu gestaltet werden, wobei die Rekonstruktion des Hochaltarbildes bis ins Jahr 1975 hinein andauert. Auch dieses Bild war eine völlige Neuschöpfung, da nur ein Schwarz-Weiß-Foto zur Rekonstruktion vorliegt.



1975 – Der Antonius-Altar wird vollkommen neu konzipiert

München-Lehel * In den Jahren 1975 und 1976 widmet man sich den beiden Hauptseitenaltären im Mittelschiff der Anna-Klosterkirche. Der Antonius-Altar wird dabei vollständig neu konzipiert. Ursprünglich als Nepomuk-Altar errichtet, später zum Ludwigs-Altar umgestaltet, erhält er nun seine heutige Bestimmung als Antonius-Altar. Der heilige Antonius gilt als Patron der bayerischen Franziskaner. Seine Oberarm-Reliquie, die Kaiser Ludwig IV. der Baier im Jahr 1330 den Münchner Franziskanern schenkte, wurde 1480 in einem spätgotischen Reliquiar gefasst und später in einem barocken Schrein präsentiert. Seit 1827 befindet sie sich in der Annakirche im Lehel. Der Überlieferung nach rettete ein Franziskanermönch die kostbare Reliquie nach dem Bombenangriff aus dem brennenden Gotteshaus. Die 1682 entstandene Antonius-Statue auf dem Altar wird heute von kleinformatischen, modern gestalteten Bildtafeln gerahmt.

9. Dezember 1976 – Der Trennungsbeschluss von Wildbad Kreuth wird aufgeweicht

Bonn * Franz Josef Strauß bietet nach einer Sitzung des CSU-Landesvorstandes und der CSU-Landesgruppe der CDU neue Gespräche an. Der Trennungsbeschluss von Wildbad Kreuth ist zwar nicht aufgehoben, aber „durch neue Vorschläge“ überlagert worden.

1979 – Günter Tremmel will die Turbinen der Bäcker-Kunstmühle wieder aktivieren

München-Untergiesing * Nachdem die Turbinen der ehemaligen Bäcker-Kunstmühle mehrere Jahre stillstanden, erweckt sie der Kfz-Mechanikermeister Günter Tremmel - mit viel Geld, Engagement, Überzeugungskraft und noch mehr Eigenarbeit - zu neuem Leben. Diese Fähigkeiten sind die notwendigen Voraussetzungen dafür, dass der aus Bad Feilnbach stammende Techniker sein Ziel erreichen kann.

18. November 1986 – Die Anti-Atom-Partnerschaft muss aufgehoben werden

Regensburg * Die Regierung der Oberpfalz beanstandet die Anti-Atom-Partnerschaft als unvereinbar mit der bayerischen Landkreisordnung. Auf staatliche Weisung hebt der Schwandorfer Kreistag die Vereinbarung mit Salzburg wieder auf. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit endet damit jedoch nicht: Im November 1987 vereinbaren Salzburg und Schwandorf eine rechtlich weniger angreifbare Umweltpartnerschaft.



16. November 1993 – „... Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt“

München * Klaus Warnecke, Landtagsabgeordneter der SPD schreibt in der Süddeutschen Zeitung einen Leserbrief und bringt darin folgende Meinung zum Ausdruck: „[...] Die Hindenburgs, Ludendorffs und ihre monarchistischen Attrappen hatten das Volk im Reichsdurchschnitt im Herbst 1918 auf 500 bis 600 Kalorien pro Tag und Nase heruntergehungert. [...] 200.000 bayerische Soldaten waren gefallen. [...] Während sich die Monarchie von dannen stahl und die Generäle an der Dolchstoß-Legende zu stricken begannen, gab es in München eine einzige Kraft, die halbwegs Ordnung in das Chaos zu bringen versuchte und den Umständen entsprechend auch brachte: die von den Konservativen und Reaktionären aller Richtungen bisher aus jeder politischen Verantwortung ferngehaltenen Sozialdemokraten und deren linkspazifistische Absplitterung die USPD mit Eisner an der Spitze. [...] Der totale politisch/militärisch/soziale Scherbenhaufen des Winters 1918/19 war das Erbe des Großmachtwahns der Feldmarschälle und Monarchen. Das Kabinett unter Ministerpräsident Kurt Eisner mit dem Innenminister Erhard Auer und Albert Roßhaupter, die sich auf den eigentlichen Ordnungsfaktor in München, die Arbeiterräte, stützen konnte, hat Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt. Das wahre Chaos begann erst, als der rechtsradikale Offizier Graf Arco den Pazifisten Kurt Eisner am 21. Februar 1919 auf offener Straße ermordete. [...]“

1. Dezember 1994 – Moshhammer mit der Unterbringung der Freunde der Au einverstanden

München-Au * Der Modeschöpfer Rudolph Moshhammer erklärt sich mit der Unterbringung der Freunde der Vorstadt Au in den Räumen des Karl-Valentin-Geburtshauses in der Zeppelinstraße 41 einverstanden. Der Passus wird in dem Vertrag aufgenommen.

2005 – Einführung eines Wiesn-Masskruges aus Plastik vorgeschlagen

München-Theressienwiese * Der Wiesnwirt-Sprecher und Wirt des Löwenbräu-Festzeltes, Ludwig Wiggerl Hagn, schlägt die Einführung eines Wiesnkruges aus Plastik vor, der 800 Gramm leichter als ein Glaskrug (1.300 Gramm) ist. Der Vorstoß scheitert: „Ich hab' ja nur darüber nachgedacht. Machen tu' ich das sowieso net. Oder nur, wenn der Gast einverstanden ist“.

12. Februar 2014 – Die Pink Panthers überfallen Chopard in der Maximilianstraße 11



München-Graggenau * Vermutlich die Pink Panthers, die erfolgreichste Diebesbande der Welt, überfällt gegen 11 Uhr das Juweliergeschäft Chopard in der Maximilianstraße 11. Der Überfall dauert nur Sekunden. Die Räuber zertrümmern mit einer Stoff umwickelten Axt die versperrte Eingangstüre, bedrohen den Sicherheitsmann mit einem Schraubenzieher, schlagen vier Vitrinen ein und erbeuten hauptsächlich Uhren und Schmuck von noch unbekanntem Wert. Anschließend flüchten die fünf Männer zu Fuß in verschiedene Richtungen. Die Räuber haben aber nicht mit den Münchnern gerechnet, die sofort die Verfolgung aufnehmen und über ständigem Handy-Kontakt mit der Einsatzzentrale der Polizei kommunizieren. Nur knapp 20 Minuten später werden vier Jugendliche in der Nähe des Viktualienmarktes festgenommen. Dem fünften Täter gelingt scheinbar die Flucht. Die Polizei nimmt zusätzlich zwei Serben fest. Die Räuber sind noch halbe Kinder: ein 14-jähriger Ukrainer und drei 15 und 16 Jahre alte Moldawier, dazu die 27 und 32 Jahre alten Serben. Ob die Tat wirklich den Pink Panthers zugeordnet werden kann, ist unter den gegebenen Umständen fraglich.

28. April 2014 – Siegfried Able übernimmt das ehemalige Hippodrom als Marstall

München-Theresienwiese * Der Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft befasst sich mit der Frage, wer die Nachfolge für Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz im Hippodrom antreten soll. Sepp Krätz war am 28. März von der Wirtschaftsstrafkammer am Landgericht München I in 36 Fällen wegen Steuerhinterziehung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 570.000 Euro verurteilt. Seine Schanklizenz für den Andechser am Dom hat er bereits verloren, das selbe Verfahren für die Waldwirtschaft in Großhesselohe wird im Mai angeschlossen. Das Wirtzelt wird Siegfried Able, der bisherige Wirt der Kalbskuchl auf der Wiesn, übernehmen. Er ist Betreiber des See-Biergartens Lerchenau mit 1.200 Plätzen, des Eiszaubers am Stachus und seit 2008 auch der Kalbskuchl. Zudem gehören ihm Pizza-Stände im Stachus-Untergeschoss und im Hauptbahnhof, in Letzterem auch der Süßigkeitenstand Münchner Zuckerl. Im Tierpark Hellabrunn hat er einen Biergarten, ein Café und einen Fish-and-Chips-Stand. Siegfried Able wird das Hippodrom in Marstall umbenennen. Auch das Festzelt wird vollkommen neu gestaltet. Seine Kalbskuchl mit 300 Plätzen übernimmt Erich Hochreiter, der Wirt des Biergartens am Viktualienmarkt. Der Besetzung des Wirtzeltes auf der Wiesn gehen hinter den Kulissen heftige Auseinandersetzungen. Deutlich und laut fällt die Kritik an dem seit 1980 praktizierten Vergabesystem der Stadt aus, das zwar korrekt abgewendet worden sei, aber aus einer Zeit stammt, als Volksfeste noch ein reines Reisegewerbe waren. Unangenehm heftig fällt die Kritik des Sprechers der Wiesnwirte, Toni Roiderer, aus. Für ihn ist der „Emporkömmling“



Siegfried Able nur ein „Kioskbetreiber“, der nie „Wunschkandidat“ war. Die etablierten Wiesnwirte wollen sogar ernstlich prüfen, ob sie ihn überhaupt in ihrem Kreis aufnehmen wollen.

Oktober 2014 – Der Wirtschaftswert des Oktoberfestes liegt bei 954 Millionen Euro

München-Theresienwiese * Der geschätzte Wirtschaftswert des größten Volksfestes der Welt liegt bei etwa 954 Millionen Euro. Die Stadt als Veranstalter nimmt lediglich 7,3 Millionen Euro an Stand-entgelten ein. Die Kosten liegen bei 5,7 Millionen Euro. Die Differenz von 1,6 Millionen Euro wird in die Instandhaltung und den Ausbau des Festgeländes investiert.

4. März 2017 – Das Bildungszentrum „Einstein 28“ wird eröffnet

München-Haidhausen * Das Bildungszentrum „Einstein 28“ in Haidhausen kann eröffnet werden. In den vier Gebäuden mit ihren 70 multifunktionalen Räumen findet seither der Unterricht statt. Da bei der Sanierung eines denkmalgeschützten Bestandes immer wieder mit Überraschungen gerechnet werden muss, verzögert sich die ursprünglich geplante Fertigstellung des Gebäudekomplexes der Münchner Volkshochschule von Juli 2016 nach März 2017.

6. Mai 2019 – Eine Gedenktafel für die ermordeten Kolpinggesellen

München-Maxvorstadt * Am Prinz-Georg-Palais am Karolinenplatz 5, dem Sitz des Sparkassenverbands Bayern, wird eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Ermordung von 21 Kolpinggesellen am 6. Mai 1919 enthüllt. Das Andenken an die grausamen Vorgänge vor 100 Jahren kam aufgrund einer Initiative von Frau Dr. Hella Schlumberger zustande. Zur Realisierung des Denkmals trägt das Kolpingwerk, die Versicherungskammer Bayern, der Sparkassenverband Bayern und die Landeshauptstadt München bei.

27. Mai 2021 – Ja, es war Völkermord !

Berlin • Deutschland bekennt sich nach über 110 Jahren zu dem Völkermord an den Herero und Nama. Das Deutsche Reich war von 1884 bis 1915 Kolonialmacht im heutigen Namibia. Bei der Niederschlagung von Aufständen durch die deutsche Schutztruppe zwischen 1904 und 1908 wurden etwa 65.000 von 80.000 Herero und mindestens 10.000 von 20.000 Nama getötet.



25. März 2022 – Söder will über das Konzerthaus „nachdenken“

München-Berg-am-Laim * Ministerpräsident Markus Söder (CSU) rückt vom geplanten Konzerthaus im Werksviertel ab. Er schätzt die Kosten für den Bau inzwischen auf mehr als eine Milliarde Euro. Nach seinen Aussagen geht es ihm „um eine Pause zum Denken“. Deutlich hört man aber heraus, dass er die Kosten für zu groß hält. Das auch angesichts der entstandenen Kosten und Einnahmeausfälle nach zwei Jahren Corona und der noch nicht bezifferbaren ökonomischen Auswirkungen von Russlands Krieg gegen die Ukraine.
